

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Frank Brunssen

Die Revolution in der DDR

Ambivalenzen einer Selbstbefreiung

Mark R. Thompson

Die „Wende“ in der DDR als demokratische Revolution

Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter

Deutsche – zehn Jahre nach der Wende

Ergebnisse einer vergleichenden Ost-West-Untersuchung

Thomas Rausch

Zwischen Freiheitssuche und DDR-Nostalgie

Lebensentwürfe und Gesellschaftsbilder
ostdeutscher Jugendlicher

B 45/99

5. November 1999

Frank Brunssen, Dr. phil., geb. 1957; Studium der Germanistik und Anglistik in Konstanz, Boston und Berlin; seit 1991 Dozent für deutsche Zeitgeschichte an der Universität Liverpool, Großbritannien.

Veröffentlichungen u. a.: „Angst vor Deutschland“ and German Self-Definition, in: *Debatte*, 2 (1994) 1; Das Absurde in Günter Grass' Literatur der achtziger Jahre, Würzburg 1997; The Revolution in the German Democratic Republic: On the Awakening, the Dream and the Sleep of Reason, in: *Journal of Area Studies*, (1998) 13.

Mark R. Thompson, geb. 1960; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und visiting research fellow an der University of Glasgow.

Veröffentlichungen u. a.: *The Anti-Marcos Struggle: Personalistic Rule and Democratic Transition in the Philippines*, New Haven 1995; zahlreiche Aufsätze über Regimetypen und Regimewechsel in Asien und Osteuropa.

Elmar Brähler, Prof. Dr. rer. biol. hum., geb. 1946; seit 1991 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig.

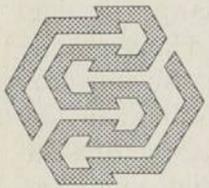
Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) *Körpererleben – ein subjektiver Ausdruck von Leib und Seele*, 2. Aufl., Gießen 1995; (Hrsg. zus. mit Hans-Jürgen Wirth) *Entsolidarisierung. Die Westdeutschen am Vorabend der Wende und danach*, Opladen 1995; (Hrsg. zus. mit Hildegard Felder) *Weiblichkeit, Männlichkeit und Gesundheit*, 2. Aufl., Opladen 1999; (Hrsg. zus. mit Michael Geyer und Aike Hessel) *Gewinne und Verluste sozialen Wandels*, Opladen 1999.

Horst-Eberhard Richter, Prof. Dr. med. Dr. phil., geb. 1923; Leiter des Sigmund-Freud-Institutes Frankfurt am Main.

Veröffentlichungen u. a.: *Eltern, Kind und Neurose*, Stuttgart 1963; *Patient Familie*, Reinbek 1970; *Die Gruppe*, Reinbek 1972; *Lernziel Solidarität*, Reinbek 1974; *Russen und Deutsche*, Hamburg 1990; *Umgang mit Angst*, Hamburg 1974; *Bedenken gegen Anpassung – Psychoanalyse und Politik*, Hamburg 1995; *Als Einstein nicht mehr weiterwußte. Ein himmlischer Krisengipfel*, Düsseldorf 1997.

Thomas Rausch, Dr. rer. pol., geb. 1964; Politikwissenschaftler in Köln und Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: *Zwischen Selbstverwirklichungsstreben und Rassismus. Soziale Deutungsmuster ostdeutscher Jugendlicher*, Opladen 1999; *Von der DDR-Sozialisation zum neuen kulturellen Modell*, in: Rainer Zoll (Hrsg.), *Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch*, Frankfurt a. M. 1999.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Revolution in der DDR

Ambivalenzen einer Selbstbefreiung

I. Das Erwachen der Vernunft

„Daß das Ziel der Revolution heute wie seit eh und je nichts anderes sein kann als eben Freiheit“¹, hat Hannah Arendt bereits in den sechziger Jahren in ihrer berühmten Studie *Über die Revolution* gezeigt. Die Aktualität ihres Diktums bewies sich erneut, als die Ostdeutschen im Herbst 1989 aufbrachen, der Freiheit in der Deutschen Demokratischen Republik zu ihrem Recht zu verhelfen. Den Menschen ging es vor allem anderen darum, sich von den Fesseln eines totalitären Regimes zu befreien, das den Bürgern vierzig Jahre lang die elementaren Bürgerrechte vorenthalten hatte. Interessanterweise basierte dieser Aufbruch auf einem Bewußtseinschritt, an den Immanuel Kant bereits zweihundert Jahre zuvor den eigentlichen „Wahlspruch“ der Aufklärung geknüpft hatte: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“² Kant begriff die Vernunft als ein Werkzeug, welches jedem Menschen die Möglichkeit eröffnet, sich aus der Abhängigkeit von anderen zu lösen, um ein freies, selbstbestimmtes Individuum zu werden.

Gerade weil diese befreiende Kraft der Vernunft für die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung zur Handlungsmaxime wurde, ist eine Untersuchung der Affinität der Opposition zu den Ideen der Aufklärung von zentraler Bedeutung für eine differenzierte Beurteilung der Revolution in der DDR. Bislang ist dieser Bezug nur von wenigen Kritikern erwähnt worden, etwa von Jürgen Habermas, der ausgeführt hat: „Es waren die vernunftrechtlichen Legitimationen der Volkssouveränität und der Menschenrechte, aus denen die revolutionären Forderungen ihre Kraft bezogen.“³ Während von anderer Seite vage behauptet wurde, daß die Ost-

deutschen „unbewußt“⁴ an die Ideen der Aufklärung anknüpften, hat einer der zentralen Aktivisten selbst, der Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer, die bewußte Anlehnung der Opposition an das Zeitalter der Vernunft hervorgehoben: „Die demokratische Emanzipation konnte im Ostblock ... die große bürgerliche philosophische Tradition der Aufklärung aufnehmen.“⁵

Im Frühjahr 1989 wurde in Westdeutschland ein Buch über die DDR veröffentlicht, das den provokativen Titel *Der vormundschaftliche Staat* trug. Sein Verfasser, der ostdeutsche Jurist Rolf Henrich, behauptet darin, daß das „Unternehmen Aufklärung“ in der DDR inzwischen „stillgelegt“⁶ sei, trotz einstmaliger großer Hoffnungen in den Gründerjahren des Sozialismus. Obwohl das Buch in der DDR offiziell überhaupt nicht erhältlich war, reagierte die ostdeutsche *Junge Welt* auf Henrichs Kritik mit einer polemischen Rezension⁷. Ironischerweise bestätigte die Tatsache, daß den Lesern der *Jungen Welt* der ganzseitige Verriß eines Buches zugemutet wurde, das sie weder kaufen konnten, geschweige denn lesen sollten, im Grunde Henrichs zentrale These: Der Staat behandle seine Bürger wie unmündige Kinder.

Das Problem der Entmündigung und Bevormundung war keinesfalls neu, sondern stellte eines der zentralen Defizite des Sozialismus dar; es bestand seit Jahrzehnten und war einer der Hauptgründe für die Krise des „real existierenden“ Sozialismus. Zwar war die Gründung der DDR seinerzeit von der Hoffnung inspiriert gewesen, einen antifaschistischen und antikapitalistischen Staat zu errichten, der eine sozialistische Alternative zu Deutschlands diktatorischer Vergangenheit und zu einigen restaurativen Zügen der Bundesrepublik bot. Doch seit 1949 hatte sich das „neue Deutschland“

1 Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1994², S. 10.

2 Immanuel Kant, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, in: ders., *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik* 1, Werkausgabe Band XI, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt/M. 1977, S. 53.

3 Jürgen Habermas, *Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?*, in: ders., *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*, Leipzig 1992, S. 219 f.

4 Bernward Baule, *Freiheit und Revolution. Die Bedeutung von 1989 für die Berliner Republik*, in: ders. (Hrsg.), *Hannah Arendt und die Berliner Republik*, Berlin 1996, S. 86.

5 Friedrich Schorlemmer, *Training des aufrechten Gangs – Die Rolle der Kirchen bei der demokratischen Emanzipation in der DDR*, in: ders., *Bis alle Mauern fallen. Texte aus einem verschwundenen Land*, Berlin 1991, S. 26.

6 Rolf Henrich, *Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus*, Reinbek 1989, S. 9.

7 Vgl. Henrich! Mir „graut's“ vor dir!, in: *Junge Welt* vom 11. Oktober 1989, S. 5.

immer deutlicher zu einem Staat entwickelt, in dem die Bevormundung der Bürger Programm geworden war. Typische Züge des unaufgeklärten, totalitären Staates bildeten sich heraus: der autokratische Herrscher, die Instrumentalisierung des Rechts, die Verweigerung elementarer Bürgerrechte wie Reisefreiheit, Redefreiheit, Informationsfreiheit oder Versammlungsfreiheit. Ab 1951 mutierte das Amt für Staatssicherheit zu einem Monstrum, das die Bürger einschüchterte und ein Klima der Angst schuf. Mit Beginn der sechziger Jahre perfektionierte die Absurdität der Berliner Mauer den erniedrigenden Eingriff des Staates in das Leben seiner Bürger, indem er sie von der gesamten westlichen Welt abschnitt. Wolf Biermann, dem man 1976 wegen seiner Systemkritik die Rückkehr in die DDR verweigerte, hat diese Zustände zutreffend als „Feudalsozialismus“⁸ charakterisiert; de facto, so Biermann, waren die Ostdeutschen „in Unmündigkeit gehaltene Kinder eines Erziehungsheims hinter Stacheldraht“⁹.

Im Herbst 1989 sahen sich die Verantwortlichen des „real existierenden“ Sozialismus zum ersten Mal ernsthaft in ihrer Allmacht von der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung herausgefordert. Die Opposition setzte sich zusammen aus Schriftstellern, Künstlern, Wissenschaftlern, nicht zuletzt aus Aktivisten der Evangelischen Kirche und der politischen Linken. Obwohl die Bewegung keine homogene Gruppe bildete, waren die Beteiligten sich doch grundsätzlich einig, daß es um die Erneuerung des Sozialismus in der DDR ging. Dieses Ziel wurde verfolgt, indem die Bürgerrechtler ein Projekt zu verwirklichen suchten, das Immanuel Kant als den eigentlichen Sinn der Aufklärung verstanden hatte: den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“¹⁰. Das *Neue Forum* forderte als wichtigste Oppositionsgruppe in seinen öffentlichen Erklärungen explizit den „mündigen Bürger“¹¹ und einen grundlegenden Wandel „vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat“¹². In gleicher Weise äußerten sich die Gruppe *Demokratie Jetzt*¹³ sowie Mitglieder des ostdeutschen Gewerkschaftsbundes, die sich nicht als „politisch urteilsfähige,

mündige sozialistische Persönlichkeiten“¹⁴ behandelt fühlten. Mitarbeiter des Gerhart-Hauptmann-Theaters in Zittau sahen sich ebenfalls von „unserem eigenen Staat entmündigt“¹⁵, weshalb auch das Präsidium der Akademie der Künste der DDR ein „ohnmächtiges Bewußtsein der Bevormundung“ beklagte, „das in direkten Gegensatz zu dem von der veröffentlichten Meinung propagierten Bild des mündigen Staatsbürgers gerät“¹⁶. Die Redaktion der *Neuen Berliner Illustrierten* drängte daher auf die sofortige Beseitigung der „Bevormundung der Medien“¹⁷; Jugendliche verfaßten auf einer Delegiertenversammlung der Oppositionsgruppe *Demokratischer Aufbruch* ein zorniges Flugblatt, in dem es hieß: „Wir haben die Schnauze voll von Bevormundung und Gängelung.“¹⁸

Ab September wurde die Kritik am Staatssozialismus öffentlich auf Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, vor allem in Leipzig, wo sich zunächst die Aktivisten jeden Montag nachmittag nach dem Gottesdienst vor der Nikolaikirche versammelten. Die Protestaktionen erhielten bald regen Zulauf und erreichten am 9. Oktober einen prekären Höhepunkt. Bereits zwei Tage zuvor, während der offiziellen Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestag der DDR, waren die Sicherheitskräfte mit kompromißloser Härte gegen demonstrierende „Sozialismusfeinde“ vorgegangen; der Leiter einer Betriebskampfgruppe hatte in der *Leipziger Volkszeitung* erklärt, er und seine Leute seien „bereit und willens . . . diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß mit der Waffe in der Hand.“¹⁹ Über die Marschroute des Regimes machte sich die Opposition keinerlei Illusionen: Noch im Juni hatte Egon Krenz, damals verantwortlich für öffentliche Sicherheit, der chinesischen Regierung zur „erfolgreichen“ Niederschlagung des Studentenaufstandes auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gratuliert. Älteren Bürgern war der 17. Juni 1953 in Erinnerung, als dem Arbeiteraufstand in Ost-Berlin und anderswo ein blutiges Ende gemacht wurde, ferner die Jahre 1956 und 1968 sowie das Kriegsrecht in Polen Anfang der achtziger Jahre. Aus diesen Gründen erwartete man auch für die Montagsde-

8 Wolf Biermann, Wer war Krenz?, in: ders., Klartexte im Getümmel, Köln 1990, S. 112.

9 Ebd. S. 121.

10 I. Kant (Anm. 2), S. 53.

11 Offener Problemerkatalog (des Neuen Forum): Vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat, in: Gerhard Rein (Hrsg.), Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 18.

12 Ebd. S. 16.

13 Vgl. Aufruf zur Eimmischung in eigener Sache. Flugschrift der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ vom 12. September 1989, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.) „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 35.

14 Offener Brief von Gewerkschaftsmitgliedern des VEB Bergmann-Borsig an den Vorsitzenden des FDGB Harry Tisch vom 29. 9. 1989, in: ebd., S. 45 f.

15 Erklärung der Mitarbeiter des Gerhart-Hauptmann-Theaters Zittau vom 6. Oktober 1989, ebd., S. 67.

16 Erklärung des Präsidiums der Akademie der Künste der DDR vom 4. Oktober 1989, ebd., S. 62.

17 Resolution vom 24. 10. 1989, ebd., S. 144.

18 Flugblatt der Jugend, ebd., S. 175.

19 Günter Lutz, Werk-tätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden, in: Leipziger Volkszeitung vom 6. Oktober 1989, S. 2.

monstration am 9. Oktober 1989 eine gewalttätige Konfrontation. „Die Atmosphäre war hochexplosiv“, schreibt Friedrich Schorlemmer, „wir wußten: Jetzt fällt die Entscheidung.“²⁰ Am Stadtrand von Leipzig hatten Panzer Position bezogen, in den Krankenhäusern bereitete man sich auf den Ernstfall vor.

Eine gewalttätige Zuspitzung zwischen den Sicherheitskräften und den etwa 70 000 Demonstranten konnte glücklicherweise durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren verhindert werden. Die „Leipziger Sechs“ – eine Initiative, zu der neben anderen Kurt Masur, damals noch Dirigent des Gewandhausorchesters Leipzig, gehörte – formulierten einen Aufruf zu Gewaltlosigkeit und „Besonnenheit“²¹, der noch vor Beginn der Abenddemonstration in Kirchen und im Stadtfunk verlesen und den Polizeikräften zugänglich gemacht wurde. Selbst das Zweite Deutsche Fernsehen brachte den Aufruf in den Abendnachrichten. Bereits am Tag zuvor hatte Christa Wolf über den Deutschlandfunk in ähnlicher Weise zu „Besonnenheit, Ruhe und Geduld“²² aufgerufen.

Hinzu kam als weiterer Faktor die von Michail Gorbatschow eingeleitete neue Politik der Sowjetunion. Schon während der Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestag in Ost-Berlin am 7. Oktober hatte Gorbatschow die Position der reformunwilligen SED-Regierung nachhaltig geschwächt, indem er eindeutig zugunsten der Opposition in seiner Grußansprache hervorhob, „welch großes Interesse in der DDR unseren Angelegenheiten, den radikalen Umgestaltungen in der Sowjetunion, entgegengebracht wird“. Überdies hatte er erklärt, daß die Bevormundung der DDR durch die UdSSR beendet sei: „Die Versuche der Unifizierung und Standardisierung in den Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, einerseits der Nachahmung, andererseits der Aufzwingung von irgendwelchen verbindlichen Mustern, gehören der Vergangenheit an ... Die Auswahl der Entwicklungsformen ist eine souveräne Angelegenheit jeden Volkes.“²³ Die UdSSR hatte die Breschnew-Doktrin praktisch abgeschafft, würde sich also nicht wieder – wie im Juni 1953 – mit militärischen Mitteln in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen, und zwar ungeachtet jener

400 000 sowjetischen Soldaten, die 1989 noch in Ostdeutschland stationiert waren. Gorbatschow wußte längst um die anachronistische Position der SED; schließlich konnte er während der offiziellen Parade in Ost-Berlin ja auch die regierungsfeindlichen Sprechchöre der Demonstranten im Hintergrund hören; ein Umstand übrigens, den der hinter ihm stehende polnische Parteisekretär Mieczyslaw Rakowski zum Anlaß nahm, sich mit der Frage zu ihm vorzubeugen: „Michail Sergejewitsch ... ,verstehen Sie, was die da schreien?“ Worauf Gorbatschow entgegnete: „Ich verstehe es.“ Was Rakowski mit der Bemerkung kommentierte: „Das ist doch das Ende!“²⁴ Nur im Kontext dieser Konstellation ist zu verstehen, warum Gorbatschow damals in Berlin jene berühmt gewordene Bemerkung mit Blick auf die unverbesserlichen „Betonköpfe“ in der SED machte: „Gefahren lauern auf diejenigen, die nicht auf das Leben reagieren!“²⁵

Ein weiterer entscheidender Faktor, der ein Blutvergießen auf der Leipziger Montagsdemonstration verhinderte, war die von der Opposition verfolgte gewaltlose Strategie der Vernunft. Die Bürgerrechtsbewegung hatte das Primat der Vernunft zur unbedingten Maxime erhoben und folgte damit Immanuel Kants aufklärerischer Forderung, von der Vernunft nicht allein im Privaten, sondern „in allen Stücken öffentlich Gebrauch zu machen“²⁶. Eben deshalb stand zum Beispiel jenes Berliner Treffen der intellektuellen Elite der DDR – anwesend waren unter anderem Christa Wolf, Christoph Hein, Stefan Heym, Heiner Müller, Stefan Hermlin, Günther de Bruyn – unter dem ausdrücklichen Motto „Gegen den Schlaf der Vernunft“²⁷.

Die Strategie selbst basierte auf der festen Überzeugung, daß Gewaltlosigkeit unter allen Umständen Vorrang haben müsse – denn „das wollen wir ja gerade“, wie Wolf Biermann schrieb, „endlich und endgültig raus aus diesem Teufelskreis der Gewalt!“²⁸ Begreiflich wird diese Denkweise aus der Geschichte des Protests in der DDR, wo die Friedensbewegung in den achtziger Jahren unter dem Dach der Evangelischen Kirche vor allem deshalb gedeihen konnte, weil sie ihren Protest gegen den Kalten Krieg – gegen Neutronen-

24 „Schön, ich gab die DDR weg“. Michail Gorbatschow über seine Rolle bei der deutschen Vereinigung, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 2. Oktober 1995, S. 74.

25 Zitiert nach: Jens Reich, Tagebuch der Wende (Folge 5), in: Die Zeit vom 7. Oktober 1994, S. 8. Jens Reich verbürgt sich für die hier aufgeführte Wiedergabe/Übersetzung der Gorbatschow-Sentenz. Reich zufolge hat Gorbatschow jene „romantischere“ Formulierung – „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ – nie benutzt.

26 I. Kant (Anm. 2), S. 55.

27 Die Versammlung fand am 28. Oktober 1989 in der Berliner Erlöserkirche statt.

28 W. Biermann (Anm. 8), S. 113.

20 F. Schorlemmer (Anm. 5), S. 32.

21 Vgl. Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin 1994, S. 17f.

22 Christa Wolf, Aufforderung zum Dialog. Gespräch mit Gerhard Rein, in: dies., Im Dialog. Aktuelle Texte, Frankfurt/M. 1990, S. 82f.

23 Uns vereinen die Ideale des Sozialismus und des Friedens. Grußansprache von Michail Gorbatschow, in: Neues Deutschland vom 9. Oktober 1989, S. 3f.

bombe, SDI oder die Stationierung von Mittelstreckenraketen – absolut gewaltfrei äußerte. Die Demonstranten des Jahres 1989 konnten sich also auf eine Strategie berufen, die sich bereits über Jahre bewährt hatte. In der Öffentlichkeit fand diese Haltung in ebenso einfachen wie unpräzisen Formen Ausdruck, etwa in Sprechchören oder den Armbinden und Schärpen mit dem Aufdruck „Keine Gewalt“. Bürger organisierten Fastenaktionen und Mahnwachen für politische Gefangene und verwendeten Kerzen als eindringliches Symbol: Jedermann konnte sehen, daß diejenigen, die eine Kerze in der einen Hand hielten und mit der anderen Hand die Flamme schützten, weder fähig noch willens waren, Gewalt anzuwenden. In Leipzig bildeten Bürgerrechtler sogar Menschenketten, um das Hauptquartier der Stasi gegen mögliche Angriffe aufgebracht demonstrierender zu „schützen“. Der Bericht der Volkspolizei vom 9. Oktober 1989 zitiert ein Protestplakat, das den Tenor der Demonstrationen zusammenfaßt: „Leute, keine sinnlose Gewalt, reißt euch zusammen, laßt die Steine liegen.“²⁹

Im Rückblick ist diese Abwesenheit „barbarischer Substanz“ und „blinder Wut“³⁰ auf Seiten der Protestierenden gelegentlich als ein fundamentaler Mangel an revolutionärer Rigorosität kritisiert worden. Zieht man die entscheidende Bedeutung der Gewaltanwendung in der Geschichte der Revolutionen in Betracht, so scheint die Frage tatsächlich berechtigt, ob eine gewalttätige Konfrontation mit dem alten Regime nicht ein notwendiger Akt revolutionärer Konsequenz gewesen wäre. Mit dem Sicherheitsapparat noch in den Händen der SED hätte eine bewaffnete Machtprobe allerdings ein ebenso rasches Ende gefunden wie der Aufstand vom Juni 1953. Vermutlich wäre es in Ostdeutschland wie nach der Studentenrevolte in China auf absehbare Zeit zu einer erbarmungslosen Unterdrückung jeglicher Opposition gekommen. Die Bürgerrechtler wußten, daß die Anwendung von Gewalt eine kontraproduktive Wirkung nach sich ziehen würde. Gewalt hätte dem Staat nicht nur eine Zielscheibe geboten, sondern auch die Rechtfertigung zum unerbittlichen Draufschlagen geliefert. Und selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß der bewaffnete Kampf gegen das Regime zu einer erfolgreichen Selbstbefreiung geführt hätte, wären andere, zutiefst problematische Fragen aufgetaucht: etwa die quälende Frage, ob denn die Blutopfer auf allen Seiten noch in irgendeinem Verhältnis zum Ergebnis der Revolu-

tion stehen. Oder die gleichermaßen quälende Frage, ob ausgerechnet die barbarischen Exzesse einer gewalttätigen Auseinandersetzung einen günstigen Neuanfang markieren für ein Volk, das aufgebrochen war, eine zivile, rechtsstaatliche Ordnung zu errichten. Man kann von Glück sagen, daß die Bürgerrechtsbewegung die Lehre der jüngsten deutschen Geschichte – Gewalt vermehrt in aller Regel nur deutsches Unheil – verinnerlicht hatte.

Von zentraler Bedeutung für die von der Opposition verfolgte Strategie der Vernunft war die Befreiung der Demonstranten von ihrer Angst. Um die Bevölkerung in Unmündigkeit zu halten, hatte die Führung der DDR eine Herrschaft der Angst etabliert, die sich auf jenen berüchtigten „Angst-Apparat“³¹ namens Stasi stützte. Wie in George Orwells literarischen Schreckens-Szenarien prägte Angst die Mentalität der Ostdeutschen: „Angst ist das allerwichtigste“, kommentierte Jens Reich noch im Oktober 1989 die Strategie des SED-Machtapparates, „diese ständige Angst, die in den allermeisten Menschen vorhanden ist.“³² Es gab Angst vor DDR-internen Bedrohungen, der Stasi vor allem, aber auch davor, etwa durch Fehlverhalten die Westreise oder den Ausbildungsplatz zu verlieren³³. Und es gab durch externe Faktoren bedingte Ängste: „Angst vor der Marktwirtschaft, Angst vor Drogen und Aids, Angst vor Ausländern, Angst vor der Zukunft und dem Phantom der Freiheit.“³⁴ Jahrzehntlang hatte dieses Klima der Angst und der Abhängigkeit die Ausbildung eines Selbstbewußtseins verhindert, das es den Ostdeutschen erlaubt hätte, sich öffentlich gegen das Regime aufzulehnen. Gerade deshalb markiert der 9. Oktober in Leipzig den eigentlichen Durchbruch der Revolution, denn die Demonstranten fanden den Mut, sich endlich von ihrer Angst zu befreien. „Die Angst hörte auf“³⁵, konstatierte Christa Wolf. „Die Menschen vergaßen ihre Angst“, schreibt auch Friedrich Schorlemmer, „und gingen auf die Straße.“³⁶ Statt sich der Übermacht der Sicherheitskräfte zu beugen, bestanden die Demonstranten auf ihrer Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Dieser mutige Auftritt der 70 000 in Leipzig zeigte dem Regime, daß die traditionellen Einschüchterungsmaßnahmen nicht

31 Hans Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, München 1992, S. 21.

32 J. Reich, Am wichtigsten ist die Befreiung von der Angst. Gespräch mit Jens Reich, in: *Ö. Rein (Anm. 11)*, S. 29.

33 Vgl. ebd., S. 29.

34 Monika Maron, *Das neue Elend der Intellektuellen*, in: dies., *Nach Maßgabe meiner Begreifungskraft*, Frankfurt/M. 1995, S. 89.

35 Christa Wolf, *Schreiben im Zeitbezug*. Gespräch mit Aafke Steenhuis, in: dies. (Anm. 22), S. 134.

36 F. Schorlemmer (Anm. 5), S. 32.

29 Lageplan der Bezirksdirektion der Volkspolizei vom 9. 10. 1989, in: Bernd Lindner (Hrsg.), *Zum Herbst '89. Demokratische Bewegung in der DDR*, Leipzig 1994, S. 93.

30 Wolf Biermann, *A la lanterne! à la lanterne!*, in: *Der Spiegel*, Nr. 39 vom 21. September 1992, S. 83.

länger den gewünschten Effekt hatten. Die alten Machthaber wagten an diesem Punkt nicht mehr, den Befehl zu Verhaftungen, geschweige denn zum Losschlagen auszugeben; sie wußten, daß es unmöglich geworden war, die Anwendung von Gewalt gegen eine friedliche Menschenmenge zu rechtfertigen – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Vorgänge inzwischen weltweit von den Medien verfolgt wurden. Die Bürgerrechtsbewegung und die Demonstranten hatten ihren wohl wichtigsten Sieg errungen: Die Revolution war nicht mehr aufzuhalten.

Dieser Triumph der Vernunft über die Angst bestimmte auch jene andere berühmt gewordene Demonstration – diejenige am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz, an der mehr als eine halbe Million Bürger teilnahm; sie war zugleich die größte Demonstration in der Geschichte der DDR. Der Bürgerrechtler Christoph Hein konnte die Menge nun als „Liebe mündig gewordene Mitbürger!“³⁷ begrüßen und betonen, daß es der Massenprotest von Leipzig gewesen sei, der „den Schlaf der Vernunft beendete. Es war die Vernunft der Straße, die Demonstration des Volkes.“³⁸ Jene „hellwache Vernunft“³⁹, die auch Christa Wolf in ihrer Rede beschwor, hatte seit dem 9. Oktober in der Tat erstaunliche Fortschritte errungen: Die bloße Tatsache, daß die Alexanderplatzdemonstration offiziell genehmigt worden war, bedeutete, daß die Bürger sich erfolgreich ihre Versammlungsfreiheit erkämpft hatten; die Übertragung der Protestveranstaltung im DDR-Fernsehen bedeutete zudem, daß sowohl Informationsfreiheit als auch Redefreiheit errungen worden waren. Bereits am 18. Oktober hatte Erich Honecker quasi vor dem Druck der Straße weichen und zurücktreten müssen. Kaum zur Kenntnis genommen wurde überraschenderweise, daß auch die Reisefreiheit erkämpft worden war: Einen Tag vor der Demonstration beugte sich Krenz den öffentlichen Forderungen und hob das Verbot der visumsfreien Ausreise in die Tschechoslowakei auf; Mauer und innerdeutsche Grenze hatten damit praktisch ihre ausschließliche und ausschließende Funktion weitgehend verloren.

Den vielleicht eindrucksvollsten Beweis für die geglückte Selbstbefreiung der Menschen lieferte die Wiederentdeckung der authentischen Rede in der DDR. Über Jahrzehnte hatte die SED erfolgreich Denken und Sprache der Bürger manipuliert, indem sie den pluralistischen Dialog unter-

drückte und eine offizielle Sprache verordnete. Alles, was außerhalb der privaten Nische gesagt oder geschrieben wurde, konnte von den Behörden durch zensierende Eingriffe staatlichen Zwecken unterworfen werden. Christa Wolf hat erwähnt, daß es ihr „und anderen seit unserem Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 nicht möglich war, in Zeitungen und Zeitschriften der DDR politische Artikel zu schreiben oder uns in Rundfunk und Fernsehen zu äußern“⁴⁰. Die Partei hatte eine repressive „Kultur des Schweigens“ etabliert, in der viele sich gezwungen sahen, mit „gebundenen Zungen“⁴¹ und einer Schere im Kopf eine Art „Sklavensprache“⁴² zu sprechen, die sich auf die bevormundenden Sprachregelungen der Partei beschränkte. Auf diese Weise nötigte der Staatssozialismus viele Menschen in eine doppelgesichtige, moralisch beschädigende Existenz, die sich in einer gespaltenen sprachlichen Identität niederschlug: Während man sich in der Öffentlichkeit hinter politisch korrekten Phrasen versteckte, weil man nicht zu sagen wagte, was man dachte, schlug man in den eigenen vier Wänden einen ganz anderen Ton an⁴³.

Erst der Herbst '89 bereitete dieser Qual ein Ende, als mit radikaler Offenheit und Sprachwitz die Forderungen der Bürger auf den Transparenten öffentlich wurden. Deshalb pries Stefan Heym auf dem Alexanderplatz die Überwindung der Sprachlosigkeit⁴⁴, und deshalb kreiste Christa Wolfs gesamte Rede um diese überwältigende Erfahrung sprachlichen Erwachens: „Jede revolutionäre Bewegung befreit auch die Sprache: Was bisher so schwer auszusprechen war, geht uns auf einmal frei über die Lippen ... Ja: Die Sprache springt aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie eingewickelt war.“⁴⁵ Die elende Diskrepanz zwischen der offiziell sanktionierten Sprache und ihren vorgegebenen Denkmustern und den persönlichen Ansichten war getilgt, weil nun endlich die privaten Auffassungen der Mehrheit als öffentliche politische Forderungen artikuliert

40 Christa Wolf, Es tut weh zu wissen, in: dies. (Anm. 22), S. 125.

41 Uwe Kolbe, Gebundene Zungen. Ein offener Brief, in: Michael Naumann (Hrsg.), „Die Geschichte ist offen“, DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik. Schriftsteller aus der DDR über die Zukunftschancen ihres Landes, Reinbek 1990, S. 85.

42 Wolf Biermann, Nur wer sich ändert, bleibt sich treu, in: ders., Über das Geld und andere Herzensdinge. Prosaische Versuche über Deutschland, Köln 1991, S. 63. Vgl. auch Wolfgang Thierses Bemerkungen in: Kein Dauergeschwätz. Jurek Becker und Wolfgang Thierse über Macht und das politische Engagement von Künstlern und Intellektuellen, in: Wochenpost vom 9. Juni 1994, S. 28.

43 Vgl. C. Wolf (Anm. 40), S. 123.

44 Stefan Heym, Rede auf dem Alexanderplatz am 4. 11. 1989, in: C. Schüddekopf (Anm. 13), S. 207.

45 C. Wolf (Anm. 39), S. 213 f.

wurden. Wohl zum ersten Mal seit vierzig Jahren hatten sich die Menschen ihre sprachliche Identität und individuelle Selbstbestimmung zurückerkämpft.

II. Der Traum der Vernunft

In den Wochen vor dem 9. November 1989 war es den Ostdeutschen vor allem darum gegangen, der Freiheit in der DDR zu ihrem Recht zu verhelfen. Daß freiheitliche Verhältnisse eine grundlegende Reform des „real existierenden“ Sozialismus erfordern würden, war eine *Conditio sine qua non* für alle an der Revolution beteiligten Gruppen gewesen. Niemand hatte die Existenz der DDR wirklich in Frage gestellt: Kein Oppositionsmanifest oder Transparent hatte einen ernsthaften Hinweis darauf enthalten, daß die Menschen über die Wiedervereinigung nachdachten. Gleichwohl fragten sie sich nach ihrer geglückten Selbstbefreiung, was denn wohl die alte Ordnung ersetzen könne. Stefan Heym formulierte die „Kardinalfrage: Wollen wir die DDR, oder wollen wir sie nicht“⁴⁶ Führende intellektuelle Köpfe der Opposition glaubten an zweierlei: an die Erneuerungsfähigkeit des Sozialismus und an die politische Eigenständigkeit der DDR. Ihre Vorstellungen korrespondierten mit den Reformvorhaben, die Michail Gorbatschow für die UdSSR formuliert hatte: Das *Neue Forum* begriff sich als Ort für „neues Denken“ und protestierte zugleich gegen den Versuch der SED, die Gruppe als „Sozialismusfeinde“⁴⁷ zu brandmarken. Nahezu sämtliche Publikationen der Opposition zeigen, daß man die „Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“⁴⁸ aufrechterhalten wollte, und zwar bei „Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands“⁴⁹. Schriftsteller wie Christoph Hein ermutigten die Ostdeutschen: „Schaffen wir eine demokratische Gesellschaft auf einer gesetzlichen Grundlage, die einklagbar ist. Einen Sozialismus, der dieses Wort nicht zur Karikatur macht.“⁵⁰ Und Stefan Heym, den viele als den Nestor der Bewegung sahen, glaubte, der Sozialismus – „nicht der Stalinsche, der richtige,

den wir endlich erbauen wollen“⁵¹ – sei nun zum Greifen nahe.

Die Sehnsucht nach einem wahrhaft demokratischen Sozialismus ist häufig mit dem Bild des Dritten Wegs assoziiert worden, der ja dem Glauben entstammt, daß es möglich sei, eine Art „überlegene Gesellschaftsordnung“⁵² zu errichten, die sowohl die totalitären Ausprägungen des Kommunismus als auch die unsozialen Züge des Kapitalismus überwindet. Seit dem Prager Frühling von 1968 versinnbildlicht der Name des ehemaligen tschechoslowakischen Parteiführers Alexander Dubček diese Idee. Ursprünglich war der demokratische Sozialismus ein verständlicher und berechtigter Traum gewesen, der sich von der „historischen Hoffnung“⁵³ genährt hatte, nach dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch einen demokratischen und sozialistischen deutschen Staat aufzubauen. Die utopischen Züge des Dritten Weges ähneln stark jenem von Ernst Bloch im *Prinzip Hoffnung* beschriebenen „Tagtraum“, der unterwegs ist auf einer „Wunschstraße“⁵⁴ in ein besseres Morgen und in dessen Namen beispielsweise Wolf Biermann als junger Mann in die DDR übersiedelte. Sowohl Bloch als auch Biermann wollten oder konnten jedoch nicht in der DDR bleiben, weil die Betreiber des „real existierenden“ Sozialismus den sozialistischen Traum zunehmend in einen Albtraum verkehrten.

Der Glaube an sein utopisches Potential und seine Stunde aber lebte ungebrochen fort, auch als die Mauer errichtet wurde, und sogar noch als Soldaten der Volksarmee für den Einmarsch in die Tschechoslowakei mobilisiert wurden. „Aber noch immer hatten wir die Hoffnung“, schreibt zum Beispiel Christa Wolf über den Abbruch des Prager Frühlings, „daß sich hier Kräfte durchsetzen könnten, die den Kern des Traumes vom Sozialismus bewahrten und dafür Verbündete finden würden.“⁵⁵ Später notierte Wolf Biermann über seine Erwartungen in Anbetracht des Mauerfalls: „Die roten Kinderträume kochten noch einmal hoch. Ich glaubte in jenen Tagen, daß die DDR zu guter Letzt doch eine wirkliche DDR werden könnte . . . Mich beflügelten die gestorbenen Hoffnungen auf eine wirklich sozialistische Revolution.“⁵⁶ Und auf dem Alexanderplatz nahm Christa Wolf noch einmal auf jene „Gefühlswörter“ Bezug, indem sie – fast wie in einer Séance – vor Hunderttausenden

46 Stefan Heym, Aschermittwoch in der DDR, in: M. Naumann (Anm. 41), S. 74 f.

47 Erklärung des Neuen Forum zum 40. Jahrestag der DDR. Aufruf an alle Mitglieder, in: C. Schüddekopf (Anm. 13), S. 69.

48 Vorläufige Grundsatzerklärung und Diskussionspapier des Demokratischen Aufbruch (DA) vom 30. Oktober 1989, in: ebd. (Anm. 13), S. 163 und S. 165.

49 Vorläufiges Statut der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, in: G. Rein (Anm. 11), S. 93.

50 C. Hein (Anm. 37), S. 209.

51 St. Heym (Anm. 44), S. 208.

52 Jürgen Habermas, Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf (Anm. 3), S. 217.

53 W. Biermann (Anm. 42), S. 60.

54 Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, in: ders., Gesamtausgabe, Band 5, Frankfurt/M. 1959, S. 128.

55 C. Wolf (Anm. 35), S. 135.

56 W. Biermann (Anm. 30), S. 81.

formulierte: „Eines davon ist ‚Traum‘. Also träumen wir mit hellwacher Vernunft. Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg!“⁵⁷

Der Traum der linken Intellektuellen von der sozialistischen Utopie wurde von den meisten Demonstranten allerdings nicht geteilt. Ihre Transparente forderten die Abschaffung des Sozialismus sowie freie Wahlen, Meinungsfreiheit, den Rücktritt der Regierung Krenz, den Rechtsstaat und das Ende der Stasi. Viele Bürger hatten vom „real existierenden“ Sozialismus genug, zumal man sie nie in einer wirklich demokratischen Wahl nach ihrer Meinung gefragt hatte. Seit der Gründung der DDR hatte deshalb – nach der Flucht von über drei Millionen Menschen bis 1961 – auch in der nachwachsenden Generation der Wunsch nach Übersiedlung in den Westen nicht nachgelassen. Weit über 900 DDR-Bürger bezahlten dieses Begehren mit ihrem Leben, über 170 allein an der Berliner Mauer. Als Ungarn im Sommer 1989 seine Grenze zum Westen öffnete, nutzten Abertausende die Gelegenheit zur Ausreise; und selbst im November 1989, nachdem die SED die Ausreisebeschränkungen aufgehoben hatte, entschieden sich immer noch über 150 000 Menschen, die DDR zu verlassen. Christa Wolf hat bemerkt, daß die jungen Leute der DDR wohl vor allem deshalb den Rücken kehrten, weil der Sozialismus ihnen „keine wie auch immer streitbare, konfliktreiche Identifikation mit diesem Staat, und sei es im Widerspruch“⁵⁸, ermöglicht hatte.

Viele linke Intellektuelle hielten gleichwohl an ihrem Traum fest, weil sie weiterhin glaubten, daß man in der DDR zu einer „wirklich positiven Alternative gegenüber den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland“⁵⁹ kommen könne. *Demokratie Jetzt* bestand auf der Notwendigkeit eines reformierten Sozialismus als unentbehrlichem Gegenentwurf zu den existierenden Gesellschaftsformen: Der Sozialismus „darf nicht verlorengehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß“⁶⁰. Trotz ehrenwerter Erklärungen dieser Art kam es nicht zur Verwirklichung des Dritten Weges in der DDR. Ein Grund

war zunächst, daß innerhalb der Oppositionsgruppen ein auffälliges Führungsdefizit herrschte. Dieser Mangel an Führungspersönlichkeiten unterscheidet die ostdeutsche Revolution generell von ihren Vorläufern in der Moderne und zugleich von parallelen Entwicklungen in Nachbarländern wie Polen und der Tschechoslowakei, wo Lech Walensa und Václav Havel die unangefochtenen Leitfiguren der Opposition waren. Jene Intellektuellen, Künstler und Kirchenleute, die die SED kritisiert und herausgefordert hatten, fungierten in der DDR lediglich als Sprecher, die zum Ausdruck brachten, was viele dachten⁶¹; sie strebten nicht nach einer politischen Führungsrolle. Dadurch entstand das Problem, daß zwar viel über den demokratischen Sozialismus geredet wurde, aber niemand bereit war, die frei werdenden politischen Machtpositionen zu besetzen, als das alte Regime fiel. „Wo ist das Schattenkabinett, ... wo die Reservepartei“, fragte denn auch Stefan Heym, „die den Laden übernehmen und eine neue Ordnung schaffen könnte?“⁶²

Ein zweiter Grund, der die Reform des Sozialismus verhinderte, war die fehlende Geschlossenheit der Bewegung. Die wichtigsten Oppositionsgruppen verfaßten zwar eine „Gemeinsame Erklärung“, in der sie die demokratische Erneuerung und freie Wahlen in der DDR forderten⁶³; und sie versuchten überdies, im Herbst 1989 ihre politische Kraft durch einen Zusammenschluß zu bündeln, der nur aufgrund der Präsenz eines riesigen Polizeiaufgebots nicht zustande kam⁶⁴. Die heterogenen Gruppierungen blieben schließlich aber das, was sie waren; wohl nicht zuletzt auch deswegen, weil gerade die Meinungsvielfalt die Attraktivität der Gruppen ausmachte, die eben „nicht die eine monolithische politische Ausrichtung durch eine neue ersetzen“⁶⁵ wollten. In Anbetracht dieser Gemengelage stellte Stefan Heym die berechtigte Frage: „Was nützt eine Opposition, die nichts ist als ein Tohuwabohu quirlender Meinungen?“⁶⁶

Seine Irritation verweist auf einen dritten Grund, der die Verwirklichung des Dritten Weges verhinderte: den Mangel an brauchbaren Programmen zur Erneuerung der DDR. Jens Reich vom *Neuen Forum* gab gegen Ende Oktober offen zu: „Aller-

57 C. Wolf (Anm. 39), S. 120.

58 Christa Wolf, Überlegungen zum 1. September 1939, in: dies. (Anm. 22), S. 75.

59 Gregor Gysi, Ein „nichtjüdischer Jude“? Gespräch am 9. August 1991, in: Nea Weißberg-Bob (Hrsg.), Der dumme Fuß will mich nach Deutschland tragen. Eine Auseinandersetzung um Deutschland. Gespräche, Gedichte, Briefe, Berlin 1991, S. 215.

60 Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. Flugschrift der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ vom 12. September 1989, in: C. Schüddekopf (Anm. 13), S. 32.

61 Vgl. Klaus Hartung, Der Fall der Mauer. Wer jetzt nur das Scheitern des Realsozialismus sieht, ist blind, in: die tageszeitung vom 6. November 1989, S. 8.

62 Stefan Heym, Aschermittwoch in der DDR (Anm. 41), S. 73.

63 Vgl. Gemeinsame Erklärung vom 4. Oktober 1989 (Anm. 11), S. 122.

64 Vgl. F. Schorlemmer (Anm. 5), S. 31.

65 Jens Reich, Am wichtigsten ist die Befreiung von der Angst, in: G. Rein (Anm. 11), S. 30.

66 St. Heym (Anm. 46), S. 73.

dings fehlt es bis jetzt an langfristigen Programmen, wir haben nur kurzfristige Forderungen.“⁶⁷ Als einer von vielen unterstrich der Leipziger Schriftsteller Heinz Czechowski, daß der DDR in jener Zeit nichts mehr not tat als eine „kreative Programmatik. Aber gerade diese ist nicht in Sicht.“⁶⁸

III. Der Schlaf der Vernunft?

In ihrer Verbindung bieten die genannten Defizite auch eine Erklärung für jenes Ausbleiben politischer Radikalität, das so bezeichnend ist für die Revolution in der DDR und das sie zugleich von anderen Freiheitskämpfen in der Geschichte abhebt. Durchaus angemessen sind die Vorgänge vom Herbst 1989 ja als sanfte, friedliche oder zivilisierte Revolution bezeichnet worden. Allerdings verlieh diese gewaltlose Vernunftstrategie der Bürgerrechtsbewegung den Ereignissen zugleich eine gewisse Ambivalenz. So weckte das zahme Vorgehen der Demonstranten zum Beispiel bei der Lyrikerin Sarah Kirsch ernste Zweifel am erfolgreichen Ausgang der Revolution. Die für die Perversion des Sozialismus, für das Unrecht verantwortlichen SED-Funktionäre müßten zur Verantwortung gezogen, ihre Partei kompromißlos „hinweggefegt“ werden: „Das gehört zu einer Revolution.“⁶⁹ Doch statt die SED politisch und gesellschaftlich radikal auszugrenzen, wurden die Wendehälse mit in den revolutionären Prozeß einbezogen. Im Rückblick drängt sich die Frage auf, warum einflußreichen SED-Vertretern wie Günter Schabowski und Markus Wolf Gelegenheit gegeben wurde, auf dem Alexanderplatz zu sprechen; und man fragt sich überdies, was einen Bürgerrechtler wie Friedrich Schorlemmer dazu brachte, der Menge zu sagen: „Wir wollen und wir können unser Land jetzt nicht ohne die SED aufbauen.“⁷⁰ War die SED-Führung nicht wenige Wochen zuvor noch mit Polizeiwillkür gegen Demonstranten vorgegangen, hatte sie nicht jede Reform für überflüssig erklärt und jegliche Sozialismuskritik pauschal kriminalisiert, zumindest bis zum 9. Oktober?

Niemand in der Opposition verhinderte, daß die SED zum Trittbrettfahrer der Revolution aufstieg. Jens Reich hat versucht zu erklären, daß diese

67 Jens Reich, Am wichtigsten ist die Befreiung von der Angst, in: G. Rein (Anm. 11), S. 28.

68 Heinz Czechowski, Euphorie und Katzenjammer, in: M. Naumann (Anm. 41), S. 31 f.

69 Sarah Kirsch, Kleine Betrachtung am Morgen des 17. November, in: M. Naumann (Anm. 41), S. 80.

70 Friedrich Schorlemmer, Rede auf dem Alexanderplatz am 4. 11. 1989, in: C. Schüddekopf (Anm. 13), S. 212.

Absage an alle Radikalität ein Grundprinzip der Bewegung darstellte; denn schließlich hatte man grundsätzlich nicht nur die Gewalt abgelehnt, sondern „jahrelang gegen das Prinzip und die Praxis der Abgrenzung gestritten und dagegen protestiert“⁷¹. Ein weiterer Grund mag jene „familiäre Verklammerung“ gewesen sein, die selbst kritische Sozialisten in der DDR immer wieder mit ihren Unterdrückern ins Gespräch verstrickte. „Und so redeten wir miteinander“, schreibt diesbezüglich Wolf Biermann, „ja wir waren Familie, bis aufs Blut zerstritten, aber Familie.“⁷² Mit nicht zu überbietender Anmaßung und Verlogenheit könnten daher Leute vom Schlag des SED-Ideologen Kurt Hager öffentlich erklären: „Wir sind doch diejenigen, die den Dialog überhaupt erfunden haben.“⁷³

Die Tatsache, daß es der vollkommen unglaubwürdig gewordenen SED gelang, die Sprache der Opposition zu übernehmen, sie zu manipulieren und zu besetzen, illustriert vielleicht am besten, daß es – ironischerweise – auch dieser Mangel an revolutionärer Radikalität war, der die Möglichkeit einer sozialistischen Alternative in der DDR behinderte. Zum Beispiel veröffentlichte die *Junge Welt* nach der Maueröffnung eine Ansprache des neuen Vorsitzenden Egon Krenz unter dem Titel „Vorstellungen für die revolutionäre Erneuerung des Sozialismus in der DDR“⁷⁴. Der hier von Krenz verwendete Begriff der „revolutionären Erneuerung“ war nur wenige Tage zuvor in der Öffentlichkeit eingeführt worden, und zwar von Christa Wolf in ihrer Rede auf dem Alexanderplatz. An der öffentlichen Sprache war also abzulesen, daß die Grenze zwischen denjenigen, die für eine Erneuerung des Sozialismus kämpften, und jenen, die dessen Perversion zu verantworten hatten, verschwamm. Ein weiteres Beispiel ist Krenz' Antrittsrede vom 18. Oktober, worin er bekanntgab: „Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten.“⁷⁵ Skrupellos versuchte Krenz, die Fortschritte der Revolution für die SED zu reklamieren, indem er ihnen den Namen „Wende“ gab, und er hatte Erfolg damit; denn trotz des Versuchs der Überwindung jener vierzig Jahre andauernden sprachlichen Bevormundung durch die Partei setzte sich einmal mehr eine Sprachregelung der SED durch: Über Nacht war die „Wende“ in aller Munde. Schließlich gelang es der SED sogar, die Idee des Dritten Weges in Form des „demokratischen Sozialismus“ für sich zu verein-

71 Jens Reich, Tagebuch der Wende (Folge 10), in: Die Zeit vom 11. November 1994, S. 6.

72 W. Biermann (Anm. 42), S. 63.

73 Zitiert nach: Jens Reich, Tagebuch der Wende (Folge 7), in: Die Zeit vom 21. Oktober 1994, S. 14.

74 Junge Welt vom 10. November 1989, S. 7.

75 Zitiert nach: J. Reich (Anm. 73).

nahmen: Im Dezember 1989 erweiterte sie zunächst ihren Namen zur SED-PDS, um nur zwei Monate später ihre Diktatur-Vergangenheit zu entsorgen, indem sie vom gerade angenommenen Doppelnamen bloß noch „Partei des Demokratischen Sozialismus“ stehen ließ.

Der Kampf der Ostdeutschen für die Freiheit wurde von Erfolg gekrönt, als in der Nacht des 9. November 1989 die Mauer fiel. Die Vernunft und der Wille zur Mündigkeit hatten über die Ungeheuerlichkeiten des alten Regimes gesiegt; die Geschichte war offen, und für die Menschen stellte sich mit diesem Tag die Frage: Was fangen wir mit unserer neugewonnenen Freiheit an? Auf der Leipziger Montagsdemonstration am 20. November forderte zumindest ein Teil der 250 000 Demonstranten erstmals die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Nur zehn Tage nach der gelungenen Selbstbefreiung wich das freiheitliche Motto „Wir sind das Volk“ dem Ruf nach der Einheit: „Wir sind ein Volk“. Zugleich nutzte Kanzler Kohl die Gunst der Stunde und verkündete ein Zehn-Punkte-Programm, das den Zug in Richtung Wiedervereinigung in Bewegung setzte. Unweigerlich begannen die Anhänger einer sozialistischen Erneuerung der DDR, den Mauerfall als „Niederlage“⁷⁶ oder als „Höhepunkt der Revolution und gleichzeitig ihren Abbruch“⁷⁷ zu sehen. Den Einheitswunsch der Ostdeutschen schrieben sie der Verführungskraft des Kapitalismus zu; Stefan Heym und Konrad Weiß zum Beispiel glaubten, daß die Revolution von den „Warenbergen“⁷⁸, ja dem „glitzernden Tinnel“⁷⁹ erdrückt worden sei, den man den Ostdeutschen in Westdeutschland in den Weg gestellt habe.

Die Tatsache, daß viele Bürger ihre neugewonnene Freiheit dazu nutzten, auf den Vereinigungszug zu springen, läßt sich jedoch nicht einfach auf ihre Berührung mit der westlichen Warenkultur zurückführen. Die Revolution fiel nicht dem Kapitalismus zum Opfer. Es war eher so, daß alle an dieser Revolution Beteiligten – die sogenannten Massen und die aktiven Bürgerrechtler – keine ideale Antwort auf die Frage wußten, was mit der neugewonnenen Freiheit anzufangen sei. Václav Havel, der Kopf der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung, hat zu erklären versucht, warum der Triumph der Freiheit den Menschen derartige Probleme bereitete: „Ich treffe relativ häufig“,

schreibt Havel, „nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas, die sich von totalitären Systemen befreit haben, auf verschiedene Varianten dieser Angst und dieses Gefühls der Leere. Die Menschen haben in diesen Ländern die ersehnte Freiheit hart erkämpft. Doch in dem Augenblick, in dem sie sie gewonnen haben, ist ihnen, als ob sie auf einmal überrascht seien. Sie waren ihr in einem Maße entwöhnt, daß sie plötzlich nicht wissen, was sie mit ihr anfangen sollen. Sie fürchten sie. Sie wissen nicht, womit sie sie füllen sollen. Als ob jener Sisyphos-Kampf dafür plötzlich eine leere Stelle hinterlassen habe. Als ob das Leben auf einmal den Sinn verloren habe.“⁸⁰ Die problematische und ambivalente Seite der Freiheit hat im Rückblick auch Friedrich Schorlemmer reflektiert: „Diese 40 Jahre haben uns geprägt, im Guten wie im Bösen. Wir haben eine andere Mentalität entwickelt, die es uns zunächst nicht leicht macht, uns in der Wirklichkeit zurechtzufinden. Einerseits waren wir durch einen allgegenwärtigen Staat und seine Allmachtspartei ständig bewacht, aber wir waren auch permanent versorgt. Dies hat uns in vielem unselbständig gemacht. Wir sind ständig erzogen, ja dressiert worden und haben uns in einer gewaltlosen Revolution befreit.“⁸¹

Havel wie Schorlemmer verweisen auf den entscheidenden Unterschied zwischen der Fähigkeit eines Volkes, sich aus der Bevormundung durch den Staat zu lösen, und den Schwierigkeiten, dieser hart erkämpften Freiheit einen neuen Sinn zu geben. Beide verstehen den entscheidenden Unterschied zwischen der Selbstbefreiung des Volkes auf der einen und der Entwicklung jedes einzelnen Menschen zu einem freien, selbstbestimmten Individuum auf der anderen Seite. Die Ostdeutschen waren zwar durchaus in der Lage gewesen, die revolutionäre Bewegung „von unten“ zu ermöglichen, aber ihre Mentalität wandelte sich nicht über Nacht. Wie hätte das auch möglich sein sollen? Vierzig Jahre war ihnen die Freiheit vorenthalten worden, und als die Mauer fiel, hatten sie sich gerade erst vier Wochen aus ihrer Unmündigkeit gelöst.

Statt sich für die deutsche Vereinigung zu entscheiden – so würden die Anhänger einer alternativen DDR wohl erwidern –, hätten die Menschen ihre Freiheit nutzen können, indem sie für den Dritten Weg stimmten. Zwei wichtige Aufrufe aus jenen Tagen verdeutlichen allerdings, daß die Bürger

76 Christa Wolf, Zwischenredé. Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Hildesheim, in: dies. (Anm. 22), S. 159.

77 Friedrich Schorlemmer, Vor den Trümmern einer gescheiterten Alternative, in: ders. (Anm. 5), S. 15.

78 Konrad Weiß, Die mißglückte Revolution, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1990) 5, S. 555.

79 St. Heym (Anm. 46), S. 72.

80 Václav Havel, Von der Angst in Mitteleuropa, in: Ulrich Wickert (Hrsg.), Angst vor Deutschland. Die neue Rolle der Bundesrepublik in Europa und der Welt, München 1990, S. 335.

81 Friedrich Schorlemmer, Deutschland, das ich meine, in: ders. (Anm. 5), S. 155.

nicht wirklich die Wahl hatten. Am 8. November veröffentlichten prominente Intellektuelle und Künstler einen Offenen Brief, der die Bürger dazu aufforderte, in der DDR zu bleiben, um „eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt – kein Traum, wenn Sie mit uns verhindern, daß er wieder im Keim erstickt wird“⁸². Bärbel Bohley, Christoph Hein, Kurt Masur, Christa Wolf und andere versprachen, sich für „Demokratisierung; Freie Wahlen; Rechtssicherheit; Freizügigkeit“⁸³ einzusetzen. Am 28. November, demselben Tag, an dem Helmut Kohl sein Vereinigungsprogramm verkündete, veröffentlichte eine Reihe prominenter Persönlichkeiten einen weiteren Appell mit dem Titel „Für unser Land“. Der Moment der Entscheidung sei gekommen, hieß es darin, entweder die Vereinnahmung durch Westdeutschland und somit den „Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte“ hinzunehmen oder einer „sozialistischen Alternative zur Bundesrepublik“ den Weg zu bereiten, einer „solidarischen Gesellschaft“, in der „Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind“⁸⁴. Beide Aufrufe veranschaulichten, daß die Anhänger eines reformierten Sozialismus die Menschen von einem Dritten Weg überzeugen wollten, dessen Beschaffenheit bis dahin niemand präzise definiert und den es im „sozialistischen Lager“ bisher auch nirgendwo gegeben hatte. Abgesehen von dem vagem Versprechen einer solidarischen Gesellschaft beschrieb keine der oben aufgeführten Zielvorgaben ein Zukunftskonzept, sondern alles in allem bewährte Realitäten in der „alten“ Bundesrepublik Deutschland. Das Problem war „die Alternativlosigkeit der Alternative“⁸⁵, wie Heiner Müller zutreffend festgestellt hat. Die Menschen, die zwar die Freiheit errungen, zugleich aber auch Angst vor ihr hatten, weigerten sich daher, den höchst risikoreichen neuerlichen sozialistischen Weg in eine ungewisse Zukunft zu gehen.

Ende November füllte der westdeutsche Bundeskanzler jene von Václav Havel beschriebene „Leere“ mit seinem Vereinigungsprogramm. Helmut Kohls Versprechen, die Lebensverhältnisse in der DDR möglichst rasch denen in Westdeutschland anzugleichen, nahm den Ostdeutschen die Angst vor der Freiheit. Ein im Frühjahr 1990 entrolltes Transparent illustriert das Ausmaß der

82 Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, in: C. Wolf (Anm. 22), S. 170.

83 Ebd., S. 169.

84 Für unser Land, in: C. Wolf (Anm. 22), S. 170 f.

85 Heiner Müller, Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln 1992, S. 359.

neuen Autoritätsfixierung eines Teils der Menschen in der DDR: „Gott schütze unseren Kanzler Helmut Kohl, den Garanten der deutschen Einheit.“ Der Ausgang der ersten freien Wahlen im März 1990 erbrachte den Nachweis, daß die meisten Bürger den Sozialismus nicht mehr wollten: Bündnis 90, die Partei der Bürgerrechtler, erhielt nur 2,9 Prozent der Stimmen. Statt für einen Dritten Weg hatten die Wähler mit 48 Prozent für die konservative Allianz für Deutschland, also für den schnellstmöglichen Weg zur Einheit, gestimmt. Innerhalb weniger Wochen hatte jene hellwache Vernunft den DDR-Bürgern zwar den Weg in die Selbstbefreiung gewiesen, aber danach flüchteten sie, wie Monika Maron zutreffend ausgeführt hat, „aus der verordneten Unmündigkeit in die freiwillige“⁸⁶. Deshalb wird Heinz Czechowskis skeptische Diagnose vielleicht noch eine ganze Generation lang ihre Gültigkeit beweisen: „Die Saat der SED, die Unmündigkeit, entwickelt und beweist ihre Langzeitwirkung.“⁸⁷

IV. Schlußbetrachtung

Die Revolution in der DDR war die geglückte Selbstbefreiung der Ostdeutschen von einem totalitären Regime. Am 9. Oktober 1989 gelang den Demonstranten in Leipzig der entscheidende Durchbruch, am 9. November 1989 besiegelte die Öffnung der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs den Triumph der Freiheit: Die Menschen hatten sich aus der staatlich verordneten Unmündigkeit gelöst. Von diesem Imperativ der Aufklärung war das Handeln aller an der Revolution beteiligten Gruppen bestimmt.

Die Revolution handelte nicht von der deutschen Vereinigung, die erst nach dem Fall der Mauer ins Blickfeld der Politik rückte. Sie handelte auch nicht vom Kampf gegen soziales Elend, wie beispielsweise die Befreiungskämpfe in Südamerika. Überdies ging es nicht um die Auferstehung einer sozialistischen Utopie, denn der aufschäumende Traum vom demokratischen Sozialismus bot in der Realität keinen alternativen Dritten Weg. Bemerkenswert an den Vorgängen ist vielmehr, „daß sie gerade nicht“, wie Joachim Fest ausgeführt hat, „jenes Element sozialrevolutionärer Emphase enthalten, von dem so gut wie alle historischen Revolutionen der Neuzeit beherrscht waren“⁸⁸. Dar-

86 Monika Maron, Zonophobie, in: dies. (Anm. 34), S. 119.

87 Heinz Czechowski, Euphorie und Katzenjammer, in: M. Naumann (Anm. 41), S. 33.

88 Joachim Fest, Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Dezember 1989, S. 25.

über hinaus hatten die Wochen zwischen dem 9. Oktober und dem 9. November nichts mit der sogenannten „Wende“, also einem bloßen politischen Kurswechsel, zu tun: zum einen, weil es der oppositionelle Druck der Straße war, der zunächst Erich Honecker und schließlich die Regierung und das gesamte Politbüro zum Rücktritt zwang, zum anderen, weil der Begriff „Wende“ von Honeckers Nachfolger Egon Krenz in die Öffentlichkeit eingeführt wurde, um die Erfolge der Revolution für die SED zu reklamieren. Begreiflicherweise haben Christa Wolf, Jens Reich und andere ihr Unbehagen und ihren Ärger über die Unangemessenheit des Begriffs zum Ausdruck gebracht⁸⁹. Allein die Entwicklung unmittelbar nach der Revolution, als statt der Selbstbefreiung die Vereinigung auf die Tagesordnung rückte, läßt sich zutreffend als „Wende“ bezeichnen.

Was die Revolution in der DDR von vergleichbaren Beispielen in der Neuzeit unterscheidet, ist ihre Gewaltlosigkeit. Während blutige Machtkämpfe in einem Klima des Bürgerkriegs für den Ausgang der Amerikanischen, der Französischen oder der Russischen Revolution von entscheidender Bedeutung waren, verfolgten die revolutionären Bewegungen in Osteuropa eine zivilisierte Strategie der Gewaltlosigkeit. Sieht man einmal vom Blutvergießen in Rumänien ab, wurde auf diese Weise mit jener unglückseligen revolutionären Tradition gebrochen, nach der eine neue Ordnung stets nur mittels barbarischer Handlungen durchgesetzt wurde. Was die Revolution in der DDR darüber hinaus von zeitgleichen Entwicklungen in Nachbarländern wie Polen und der Tschechoslowakei unterscheidet, ist das Ausbleiben des Machtanspruchs. Jenes erstaunliche Phänomen, daß die politische Macht im November 1989 auf der Straße lag, aber niemand kam, um sie aufzuheben⁹⁰, ist auf das Fehlen eines politischen Zukunftsprogramms und einer revolutionären Leitfigur zurückzuführen – ein Sachverhalt, den Wolf Biermann sarkastisch als „eine Weltpremiere: eine Revolution ohne Revolutionäre“⁹¹ bezeichnet hat. Bedenkt man allerdings den grotesken Personenkult im „real existierenden“ Sozialismus und zieht zudem die pathologische Führerfixierung in der NS-Zeit in Betracht, so könnte die Abwesenheit eines charismatischen Kopfes und einer Ideologie auch mit dem Bemühen der Bürgerrechtsbewegung

um einen genuin demokratischen Dialog erklärt werden.

Kritiker haben behauptet, daß das Ende der totalitären Herrschaft nicht durch eine Revolution herbeigeführt wurde, sondern als Ergebnis von Michail Gorbatschows Reformprogramm begriffen werden muß. Es besteht kein Zweifel, daß die neue Politik der Sowjetunion ab 1985 im gesamten Ostblock einen Dominoeffekt auslöste, der auch die Allmacht der SED schwächte. „Ohne vorausgehende Machtkrisen“, schreibt Dieter Henrich, „haben nämlich Revolutionen niemals eine Erfolgchance.“⁹² So gesehen ebnete Gorbatschow den Weg für den Wandel. Entscheidend ist allerdings, daß die *Perestroika* nicht das Ende des SED-Regimes bewirkte, sondern lediglich ein Klima erzeugte, in dem fundamentale Veränderungen möglich wurden. Die Kräfte der Erneuerung selbst unterschieden sich hier und dort grundlegend voneinander: Während die Reformen in der Sowjetunion durch die politische Führung „von oben“ verordnet wurden, ging der Impuls zur Veränderung in der DDR von einer Massenbewegung „von unten“ aus.

In diesem Zusammenhang haben Kritiker zudem eingeschränkt, daß die Revolution eigentlich immer nur die Angelegenheit einer kleinen Gruppe entschiedener Systemgegner gewesen sei, während die Mehrzahl der Bürger sich lediglich als Mitläufer hervorgetan habe, und das auch erst, als der öffentliche Protest mit keinerlei Risiko mehr verbunden war. Mit Blick auf die Montagsdemonstrationen hat der Bürgerrechtler Jürgen Tallig zum Beispiel Christoph Heins Bezeichnung der Stadt Leipzig als „Heldenstadt“⁹³ für unzutreffend erklärt und die Mehrheit der Demonstranten als bloße „Spaziergänger von Leipzig“⁹⁴ abqualifiziert. Derartige Kritik ignoriert nicht nur, daß die 70 000 von Leipzig am 9. Oktober zumindest ihre Verhaftung, wenn nicht Schlimmeres riskierten, sondern übersieht auch die geschichtliche Tatsache, daß Revolutionen zumeist nur von wenigen Aktivisten vorangetrieben wurden: Auch am Sturm auf die Bastille war nur eine relativ kleine Anzahl von Vorkämpfern beteiligt.

Mehr Aufmerksamkeit sollte vielleicht der Frage gewidmet werden, warum der Revolution in der DDR die breite öffentliche und offizielle Anerkennung im heutigen Deutschland vorenthalten wird. Es ist gewiß zutreffend, wenn Jens Reich im Rückblick auf den Herbst 1989 schreibt: „Die

89 Vgl. C. Wolf (Anm. 39), S. 213; J. Reich (Anm. 73).

90 Vgl. Jürgen Tallig, Rowdys, Helden und Spaziergänger, in: Das Parlament, Nr. 38 vom 14. September 1990, S. 3; Wolfgang Templin, Bündnis 90 – Die Verlierer der Reformbewegung. Von der Opposition der ersten Stunde zur Bedeutungslosigkeit?, ebd.

91 W. Biermann (Anm. 42), S. 58.

92 Dieter Henrich, Das Ende der Befangenheit? in: ders., Nach dem Ende der Teilung, Frankfurt/M. 1993, S. 173.

93 C. Hein (Anm. 37), S. 209.

94 J. Tallig (Anm. 90); vgl. auch W. Biermann (Anm. 30), S. 81.

Erinnerungen an die Leipziger Montagsumzüge wird aus unserem kollektiven Gedächtnis nicht mehr auszulöschen sein. Sie ruft ins Bewußtsein, daß es in Deutschland in einer historischen Sekunde gelungen ist, das Volk zur Wiederherstellung der Freiheits- und Bürgerrechte, der Ziele der großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts (in Frankreich und Amerika), zu vereinigen.“⁹⁵ Als Triumph der Freiheit nach vierzig Jahren Bevormundung ist die Revolution allerdings bis heute nicht in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingedrungen. „Daß im Herbst 1989 erreicht wurde, was 1953 nicht hatte erreicht werden können,“ schreibt deshalb Rolf Schneider, „notabene die erste geglückte Selbstbefreiung einer deutschen Bevölkerung von einer Zwangsherrschaft, ist aus dem Bewußtsein der Deutschen, auch jener östlich der Elbe, mittlerweile völlig herausgefallen.“⁹⁶

Seit dem Mauerfall haben die zahlreichen Probleme der Vereinigung die öffentliche Diskussion bestimmt. Warum, bleibt allerdings zu fragen, ist selbst nach zehn Jahren kein Symbol geschaffen, kein Ort oder Tag bestimmt worden, an dem die Bedeutung der Revolution von 1989 gewürdigt wird? Nach dem Arbeiteraufstand vom Juni 1953 war in der „alten“ Bundesrepublik der 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit gefeiert worden, bis er 1990 vom 3. Oktober, einem bloß bürokratischen Datum, abgelöst wurde. Wie aber alle wußten, war der eigentliche Tag der deutschen Einheit der 9. November gewesen: der Tag, an dem die Grenzen überwunden wurden. Als Feiertag hielt man ihn jedoch für zu problematisch, da er zusammenfällt mit der Ausrufung der Republik 1918, mit Hitlers Münchner Putschversuch 1923 und mit der Pogromnacht 1938, als in Deutschland die Synagogen brannten⁹⁷. Als ein sowohl der Feier wie der Erinnerung gewidmeter Tag hätte der 9. November gleichwohl die Möglichkeit eröffnet, das allgemeine Verständnis für die Ambivalenz deutscher Geschichte zu stärken: Der Tag hätte die positive Bedeutung von 1989 hervorgehoben und zugleich das Geschichtsbewußtsein vertieft für die fragwürdigen und beschämenden Vorkriegsereignisse, die Deutsche ebenfalls mit ihm verbinden müssen.

95 Jens Reich, Tagebuch der Wende (Folge 3), in: Die Zeit vom 23. September 1994, S. 9.

96 Rolf Schneider, Gnadenlose Klischees, in: Die Woche vom 3. Oktober 1997, S. 35.

97 Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu den Beitrag von Peter Steinbach, Der 9. November in der Geschichte des 20. Jahrhunderts und in der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43–44/99, S. 3 ff.

Jenes handgeschriebene Schild mit der Aufschrift *Straße des 9. November*, das jemand nach der Maueröffnung über das Schild der *Straße des 17. Juni* geklebt hatte, ist längst entfernt worden. Und während der vergebliche Kampf für die Freiheit vom Juni 1953 mitten in Berlin einen Ort und einen Namen hat, den die Menschen täglich lesen, schreiben und aussprechen, bleibt der erfolgreiche Kampf für die Freiheit aus dem Jahre 1989 im heutigen Deutschland ohne ein sichtbares Zeichen. Während zahlreiche Mahnmale zur Erinnerung an die NS-Diktatur errichtet wurden, wurde die Berliner Mauer – ein einzigartiges Schandmal der SED-Diktatur – fast völlig beseitigt, und damit auch die Erinnerung an den 9. November 1989 erschwert.

Die ostdeutsche Revolution enthält zu viele fragwürdige Aspekte, um sie als „Erfolg“ zu glorifizieren; und sie weist zu viele unbestreitbare Errungenschaften auf, um sie als „Mißerfolg“ abzutun. Eher sollte nicht vergessen werden, daß die Bürgerrechtsbewegung der DDR ihre geschichtliche Inspiration in den Imperativen der Tradition der Aufklärung fand. Die Ostdeutschen kämpften für die Freiheit und lösten sich schließlich aus der Bevormundung durch den Staat. Viele glaubten, daß der Sozialismus zu einer anachronistischen Idee aus der Vergangenheit verkommen war, die sie daran gehindert hatte, in der Gegenwart anzukommen und an ihr teilzuhaben. Jürgen Habermas hat die Vorgänge deshalb als „nachholende Revolution“ beschrieben: „Nachholen will man, was den westlichen Teil Deutschlands vom östlichen vier Jahrzehnte getrennt hat – die politisch glücklichere und ökonomisch erfolgreichere Entwicklung.“⁹⁸ Eine Minderheit demokratischer Sozialisten träumte den Traum der Vernunft und glaubte, daß die Revolution von der Verwirklichung des Dritten Weges handelte. Sie zog jene Vorbehalte über die Revolution nicht in Betracht, die Immanuel Kant schon vor zweihundert Jahren zu bedenken gegeben hatte: „Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zustande kommen.“⁹⁹ Im Licht dieser Einsicht scheint es, als habe die Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik der „Dialektik der Aufklärung“ ein weiteres Kapitel hinzugefügt.

98 J. Habermas (Anm. 3), S. 215.

99 I. Kant (Anm. 2), S. 55.

Die „Wende“ in der DDR als demokratische Revolution

I. „Wende“ versus Revolution

Warum hat man zehn Jahre nach dem Fall der Mauer längst aufgehört, von einer demokratischen Revolution zu sprechen? Es ist bezeichnend, daß die ostdeutsche Revolution fast nur noch „die Wende“ genannt wird – ein Ausdruck, der ironischerweise von Egon Krenz stammt. Warum wird die ostdeutsche Revolution nicht – um auf R. R. Palmers Begrifflichkeit zurückzugreifen – als Teil des „Zeitalters der demokratischen Revolution“¹ verstanden? Warum werden die spontanen Volksaufstände in Osteuropa und anderswo hinsichtlich ihrer Analyse nicht in den wissenschaftlichen Kanon der Revolution aufgenommen? Es fehlt allzu oft eine vergleichende Perspektive, um die demokratische Revolution in der DDR als eine unter vielen derartigen demokratischen Revolutionen zu betrachten. Abgesehen von einem offenbar impliziten Kulturchauvinismus (man kann Europa doch nicht mit den Entwicklungsländern vergleichen!), findet man wenig in der Revolutions- oder Demokratieforschung, das hilft, die revolutionären Ereignisse in der DDR in einer globalen „revolutionären“ Perspektive zu betrachten.

Demokratische Revolutionen können als friedliche Volkserhebungen verstanden werden, die überwiegend in Großstädten stattfinden bzw. dort ihr Zentrum haben, meistens spontan beginnen und nur lose organisiert sind. Einer revolutionären Situation folgt zumeist ein demokratisches Resultat. Nach dem Sturz eines unnachgiebigen Diktators werden Meinungsvielfalt toleriert, freie Wahlen abgehalten und die gewählten Volksvertreter mit der Macht des Staates ausgestattet. In den letzten 13 Jahren haben fast ein Dutzend demokratische Revolutionen in Asien, Osteuropa und Afrika stattgefunden.

Im innerdeutschen Diskurs jedoch behaupteten viele Kritiker – vor allem die „Revolutionäre“ selbst –, es habe sich bei den Ereignissen 1989/90 in der DDR nicht um eine wirkliche Revolution gehandelt. Enttäuschte ostdeutsche Bürgerrechtler

sprachen von einer „mißglückten“ Revolution. Die Maueröffnung in der DDR markierte für viele Bürgerrechtler den Anfang des Scheiterns der Revolution. Statt der erhofften „Basisdemokratie“ in einer sozialistischen DDR „mit menschlichem Antlitz“ wurde ein parlamentarisches politisches System und mit der deutschen Einigung die Marktwirtschaft eingeführt.

Aber die Enttäuschung einiger Bürgerrechtler erklärt die Ablehnung des Revolutionsbegriffes auf die Vorgänge in der DDR nicht vollständig. Sie beruht auch auf allgemeinen theoretischen Defiziten. Für viele Revolutionsforscher muß eine echte Revolution soziale Umwälzungen mit sich bringen². Darüber hinaus ist das Revolutionsbild in der Forschung stark von gewalttätigen, streng organisierten und auf den ländlichen Raum konzentrierten sozialen Bewegungen geprägt³. Offensichtlich verlief die ostdeutsche Revolution nach einem anderen Muster. Sie war friedlich, spontan und städtisch. Zwar hat sie einen Regimewechsel und mit der Einigung sogar erhebliche sozioökonomische Veränderungen mit sich gebracht. Doch Demokratie und Kapitalismus zählen offenbar nicht zu jenen Ergebnissen, welche die geläufige Revolutionsforschung als revolutionär bezeichnet.

Ein zweiter Grund, warum der Revolutionsbegriff dem Wort „Wende“ weichen mußte, ist, daß oft verkannt wird, wer die eigentlichen Revolutionäre waren. Die Bürgerrechtler waren allenfalls Revolutionäre wider Willen⁴. Sie waren keine antikom-

2 Sehr einflußreich ist das Konzept der „social revolutions“ von Theda Skocpol, *States and Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, Cambridge 1979. Es wird oft übersehen, daß Skocpol „social revolutions“ als nur eine Form von Revolution unter anderen sieht (es gibt ihrer Meinung nach auch „politische Revolutionen“).

3 Z. B. setzt James B. Rule, *Theories of Civil Violence*, Berkeley 1988, „revolution“ mit „civil violence“ gleich. Samuel L. Popkin, *Political Entrepreneurs and Peasant Movements in Vietnam*, in: Michael Taylor (Hrsg.), *Rationality and Revolution*, Cambridge 1988, S. 9–62, betont die Wichtigkeit von strenger Organisation und starker Führung (von politischen „entrepreneurs“), um das Problem des „Trittbrettfahrens“ bei revolutionären Handlungen zu überwinden.

4 Vgl. Mark R. Thompson, *Reluctant Revolutionaries: Anti-Fascism and the East German Opposition*, in: *German Politics*, (1999) 2, S. 40–65.

1 R. R. Palmer, *Das Zeitalter der demokratischen Revolution*, Frankfurt am Main 1970.

munistischen Dissidenten wie anderswo in Osteuropa, sondern sozialistische Revisionisten⁵. Sie lehnten es zumeist sogar ab, sich als Oppositionelle zu bezeichnen. Weit davon entfernt, einen schnellen, tatsächlichen Machtwechsel erzwingen zu wollen, versuchten die DDR-Bürgerrechtler, den Reformkommunisten unter Ministerpräsident Hans Modrow zu helfen, den gesellschaftlichen Aufstand zu überstehen. An Runden Tischen wollten sie gemeinsam mit der Regierung die DDR reformieren, nicht abschaffen. Dabei ignorierten sie den überwältigenden Wunsch der Bevölkerung nach der Überwindung des unfähigen SED-Systems sowie letztlich nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Politisch und gesellschaftlich isoliert sowie schlecht organisiert, schnitten die Bürgerrechtler bei den Parlamentswahlen im März 1990 geradezu katastrophal ab: Bündnis 90, die größte politische Partei der Bürgerbewegung, erreichte bei den Volkskammerwahlen nur wenige Stimmen.

Die Fixierung der wissenschaftlichen und populären Literatur auf die Bürgerbewegung deutet darauf hin, daß die ostdeutsche Revolution fundamental mißverstanden wird. Um die Begrifflichkeit von Albert O. Hirschmann anzuwenden: Die „Abwanderung“ („exit“) der Massen war für die Systemüberwindung wichtiger als der „Widerspruch“ („voice“) der Bürgerrechtler⁶. Schon bevor die Ausreisewelle im Sommer 1989 die Revolution ins Rollen brachte, hatten Gruppen von „Ausreisewilligen“ öffentlich protestiert – Demonstrationen, welche die Bürgerrechtler weitgehend boykottierten. „Exit“ hatte nicht nur „voice“ ausgelöst, die Ausreisewilligen waren auch maßgeblich am „Widerspruch“ beteiligt und verkörperten dabei die Forderung der großen Mehrheit der Ostdeutschen nach der Vereinigung. Man kann in gewisser Weise von einem kollektiven „exit“ der Ostdeutschen in die Bundesrepublik sprechen und damit von einer revolutionären Massenbewegung.

Auch wenn die revolutionären Tendenzen der Ereignisse von 1989 anfangs von westdeutschen Politikern begrüßt wurden, breitete sich schnell die Besorgnis aus, daß sie außer Kontrolle geraten

5 Vgl. Christian Joppke, *East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime*, Basingstoke 1995. Der Titel von Joppkes exzellentem Buch ist jedoch irreführend, weil der Verf. argumentiert, daß die ostdeutschen Bürgerrechtler nie zu wirklichen „Dissidenten“ geworden seien.

6 Vgl. Albert O. Hirschmann, *Exit, Voice and the Fate of the GDR: An Essay in Conceptual History*, in: *World Politics*, 45 (1993), S. 173–202; auf Deutsch erschienen als: *Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Leviathan*, 20 (1992), S. 330–358.

könnten. Die Regierung der Bundesrepublik bemühte sich, die „Wende“ in geordnete Bahnen zu lenken. Es wurde befürchtet, daß eine Demokratisierung durch eine eventuell gewalttätige Revolution kaum möglich wäre, deswegen – sowie im Hinblick auf die hohe Zahl der Übersiedler – mußte die Vereinigung so schnell wie möglich stattfinden. Die Demokratisierungsliteratur neigt dazu, die Formen des Übergangs zur Demokratie unter dem Aspekt der Spannungen bzw. der Verhandlungen zwischen elitären und zumeist autoritären Reformern einerseits und der Masse der gemäßigten Oppositionellen andererseits zu betrachten. Sie setzt sich deswegen selten mit der Frage auseinander, was eigentlich zu tun ist, wenn ein diktatorisches Regime die Macht nicht freiwillig aufgeben will. Honecker war ein „Hardliner“, und die Verhandlungen begannen erst nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes. Die Demokraten in der DDR rebellierten, weil sie rebellieren *mußten*, um eine Demokratisierung zu verwirklichen.

Bevor ich die einzelnen Kritikpunkte zu beantworten versuche, muß eine zusätzliche Ursache für die Skepsis kurz angesprochen werden. Handelt es sich bei dieser Diskussion nicht bloß um einen uninteressanten Streit um die richtige Benennung eines Phänomens, um eine nominalistische Debatte? Schon Shakespeare fragte: „What’s in a name? that which we call a rose/By any other word would smell as sweet.“⁷ Führt nicht eine „Revolution“ unter einem anderen, weniger umstrittenen Namen auch zum Sturz des *ancien régime*? Bedeutet nicht Demokratie – als Regimegegensatz – zumindest Meinungsfreiheit und freie Wahlen? Abstrakt betrachtet, ist die Bezeichnung dieser Sachverhalte vollkommen willkürlich. In der Realität der Systemkonfrontation und des heftig umkämpften politischen Diskurses aber sind die Konzepte „Revolution“ und „Demokratie“ durchaus Schwergewichte. Die Bezeichnung eines politischen Ereignisses als „revolutionär“ verleiht ihm große Bedeutung. Ein Regime demokratisch zu nennen, stellt in der politischen Theorie wie in der Praxis ein kaum zu übertreffendes Kompliment dar. Verwehrt man dem Umbruch 1989/90 in der DDR die Bezeichnung „Revolution“, so schmälert man seinen Stellenwert. Enthält man ihm das Wort „demokratisch“ vor, so impliziert dies eine gewisse Skepsis gegenüber dem Wesen und dem Wert des Systemwechsels. Der Begriff der *demokratischen Revolution* ist also keine bloße analytische Feststellung, sondern auch eine normative Aussage über Bedeutung und Resultate der Ereignisse.

7 *Romeo and Juliet*, act II, scene 2, line 43.

II. Keine „wirkliche“ Revolution?

Die demokratische Revolution in der DDR wurde von führenden Bürgerrechtlern nur kurze Zeit als eine Revolution betrachtet. Noch am 4. November 1989 sprach man von einer „gewaltlosen Revolution“ oder – eher etwas ironisch – von der „Novemberrevolution“⁸. Nach dem Mauerfall am 9. November aber änderte sich rasch die Sicht vieler prominenter Bürgerrechtler. Konrad Weiß begann, von Revolution nur in Anführungszeichen zu sprechen: „Ich selbst gebrauche eigentlich das Wort ‚Revolution‘ in diesem Zusammenhang nicht, sondern ich sage ‚Umbruch‘.“⁹ Bärbel Bohley ging noch einen Schritt weiter. Im Februar 1990 sagte sie: „Ich habe schon immer daran gezweifelt, daß es eine Revolution ist. Ich habe das mehr als ein Aufbegehren empfunden, das aus einer großen Hilflosigkeit entstanden ist.“¹⁰ Der Ruf nach der Einheit, der bald nach dem 9. November dominant wurde, bedeutete für die Bürgerrechtler das Ende ihrer Hoffnung auf einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Bei den ersten und letzten freien Wahlen der DDR erreichte das Bündnis 90 lediglich 2,9 Prozent der Stimmen. Aus Sicht der Bürgerrechtler war nach Weiß „die Revolution vom vergangenen Herbst [1989] . . . mißglückt“¹¹.

Betrachtet man diese Aussagen in einer vergleichenden Perspektive, so stellt man fest, daß es sich dabei um ein typisches Phänomen demokratischer Revolutionen handelt. Die ersten Zweifel an demokratischen Revolutionen werden oft von den Revolutionsführern selbst geäußert. Die Vorbehalte entstehen dadurch, daß die Revolutionäre oft bald nach Ende des Aufstandes in der Bedeutungslosigkeit versinken. In Südkorea waren die Studenten die Hauptträger der Proteste gegen das Militärregime im Jahre 1987. Schon wenige Monate später wurden sie aber durch Wahlen politisch an den Rand gedrängt¹². Ähnliches gilt für die Studenten in Indonesien, die bei den Wahlen

im Juni dieses Jahres nur eine geringe Rolle spielten – und das, obwohl sie wesentlich an Suhartos Sturz im Mai 1998 beteiligt waren¹³. Die Verdienste der Anführer einer demokratischen Revolution werden von der Bevölkerung in den Wahlen nach dem Aufstand oft nicht honoriert. Anders als bei einer nichtdemokratischen Revolutionsbewegung, wo Revolutionäre Macht und Legitimation ohne freie Wahlen für sich beanspruchen, müssen Oppositionsführer, die demokratisch sein wollen, nach ihrem Erfolg so schnell wie möglich freie Wahlen abhalten. Ihr Triumph über die Diktatur kann bei den Wahlen schnell in eine Niederlage verwandelt werden. Es ist deswegen kaum verwunderlich, daß enttäuschte Revolutionäre von „verratenen“ Revolutionen sprechen. Ihre Stimmungslage dürfte der von Winston Churchill nach seiner Wahlniederlage gegen die Labour-Partei unmittelbar nach Kriegsende ähneln. Von einer Osteuropäerin gefragt, ob er nun erschossen werde, soll er geantwortet haben: „Nein, Madam, etwas viel Schlimmeres. Ich muß Oppositionsführer werden.“

Neben der Enttäuschung über den eigenen Bedeutungsverlust steht aber auch die Annahme, daß ein Aufstand, ein fundamentaler Systemwechsel, der nicht zur sozialen Gerechtigkeit beiträgt, keine wirkliche Revolution sei. Die sozioökonomischen Umwälzungen, die in der DDR und anderswo nach 1989 stattfanden, wurden daher nicht als „revolutionär“ angesehen. Nach Meinung von Kritikern kann die Einführung des Kapitalismus nur als reaktionär bezeichnet werden¹⁴. Michael Schneider hat dies stellvertretend für viele DDR-Bürgerrechtler und westdeutsche Linke in seinem polemischen Buch „Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie“ auf den Punkt gebracht¹⁵. Der Bankrott auch des sozialpolitischen Systems der DDR wird dabei ignoriert. Es wurde oft behauptet, daß die Ostdeutschen nur am Reichtum Westdeutschlands teilhaben wollten, symbolisiert durch die in der DDR nur schwer zu erhaltenden Bananen. Diese Position ist nicht nur mit viel Heuchelei verbunden – wie viele Intellektuelle und Aktivisten im Westen würden wohl freiwillig auf ihren materiellen Komfort verzichten? –, sie ignoriert auch Untersuchungen, die zeigen, daß die Ostdeutschen auch andere Ziele hatten. Umfragen unter gerade aus der DDR Geflohenen beweisen, daß politische Freiheit als Beweggrund höher eingestuft wurde als wirtschaftlicher Wohl-

8 Vgl. Bernd Lindner, Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 148.

9 Konrad Weiß, Ich habe keinen Tag in diesem Land umsonst gelebt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1990) 5, S. 555.

10 Zit. in: Hagen Findeis/Detlef Pollack/Manuel Schilling, Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interview mit ehemals führenden Vertretern, Leipzig 1994, S. 57, zitiert nach B. Lindner (Anm. 8), S. 149.

11 K. Weiß (Anm. 9), S. 555.

12 Vgl. Sung-Joo Han, South Korea: Politics in Transition, in: Larry Diamond/Juan J. Linz/ Seymour Martin Lipset (Hrsg.), Democracy in Developing Countries: Asia, Boulder 1989, S. 290.

13 Vgl. Seth Mydans, Indonesia, Unprepared, Gets Ready for an Election, in: International Herald Tribune vom 29. April 1999, S. 4.

14 Zitiert nach taz Journal, DDR Journal zur Novemberrevolution, Berlin 1990, S. 126.

15 Michael Schneider, Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.

stand¹⁶. Retrospektive Befragungen von Ostdeutschen haben ergeben, daß sich deren Unzufriedenheit mit der SED ebenso sehr auf politische wie auf wirtschaftliche Themen bezog und „für ‚Teilnahme an Demonstrationen‘ (statistisch) nur politische Unzufriedenheit signifikant“ war¹⁷.

Obwohl demokratische Revolutionen nicht unbedingt von sozialen Reformen begleitet werden (oder zumindest nicht von solchen, welche die Revolutionäre selbst wünschen), haben sie doch einen *Regimewechsel* zur Folge. Regime definieren die Rahmenbedingungen für Regierungen. Regierungen sind sozusagen das Personal, Regime aber die Strukturen der Macht. Der Regimetypus bestimmt die „Spielregeln“ eines politischen Systems. Die „Spieler“ sind die Regierung und, im Falle eines demokratischen Systems, auch die Opposition. Beide sollten sich an die Spielregeln halten. Wenn ein Regimewechsel von einer Diktatur zu einer Demokratie durch einen gewaltlosen Volksaufstand stattfindet, können wir von einer demokratischen Revolution sprechen.

Aber können wir das wirklich? Was hat sich tatsächlich verändert? Zwar kann man vielleicht „formal“ von Demokratie sprechen (so leiten Kritiker des Konzeptes ihre Vorwürfe gerne ein), aber die Gesinnung der Elite ändert sich nur wenig. In vielen Entwicklungsländern sind zumindest die Mitläufer des *ancien régime* oft zuhauf in den neu entstandenen politischen Parteien zu finden. Diese alte Elite hält wenig von sozialen Reformen und behindert sie oft nach Kräften. Auch in Osteuropa befinden sich viele Mitglieder der alten *Nomenklatura* wieder in hohen Positionen.

Wir haben es hier mit einer neuen Version der alten Restaurationsthese zu tun. Die Wirklichkeit einer neuen und sicherlich problembeladenen Demokratie wird mit einem noch nie erreichten (und wahrscheinlich nie erreichbaren) Idealzustand kontrastiert. Über die diesbezüglichen Erfahrungen in der Bundesrepublik schreibt Kurt Sontheimer: Weil viele „nach 1945 von der Idee einer geistigen und politischen Neuordnung von Grund auf ausgingen . . . , vermochten sie dem Neuen, das sich in der Demokratie der Bundesrepublik positiv abzeichnete, nicht genügend gerecht zu werden; sie sahen fast überall nur Fehlentwicklungen und Restauratives“¹⁸. Ähnlich erging es vielen Ländern nach demokratischen Revolutio-

nen: Kritiker sprachen von einer Restauration und übersahen dabei das grundsätzlich Neue: die Entstehung einer Demokratie.

Einflußreiche Revolutionsforscher behaupten, daß eine Revolution eine grundlegende soziale Transformation sei, die durch intensive, gewaltsame Klassenkonflikte herbeigeführt werde¹⁹. Mao sagte, eine Revolution sei keine „tea party“ – eine Auffassung, die zu unvorstellbarer Brutalität, zur Vernichtung von Millionen Menschen führte. Die Realisierung sozialistischer bzw. kommunistischer Utopien rechtfertigte offenbar auch den Einsatz von unbegrenzt gewaltsamen Mitteln. Der Widerstand der „reaktionären“ Klasse wird von den selbsternannten Erneuerern erbarmungslos und ohne Rücksicht auf Rechtsstaatlichkeit gebrochen. „Revolutionäre Justiz“ ist zwar ein Widerspruch in sich, wurde aber als „sozialistische Errungenschaft“ gefeiert.

Entsprechend einem anderen Diktum Maos, nämlich dem, daß die Städte vom Land her eingekreist werden müßten, konzentrieren sich viele Analysen moderner Revolutionen auf Kleinbauern und Landlose, bei denen starke revolutionäre Kräfte vermutet werden. Nachdem in Kambodscha die roten Khmer mit ihrer Armee von Kleinbauern (deren Führung zum Teil aber an der Pariser Sorbonne ausgebildet worden war) Phnom Penh erobert hatten, leerten sie die Stadt von Menschen. Im Namen einer sozialistischen Agrarutopie begannen sie den Genozid an zwei Millionen ihrer Landsleute – fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Demokratische Revolutionen hingegen folgen weder utopischen Zielen, noch werden sie gewaltlos durchgeführt. Hier wurde man nicht von Lenin oder Mao inspiriert, sondern von Gandhi und Martin Luther King. Gandhis *Satyagraha*, der gewaltlose Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft in Indien, oder Kings *civil rights movement* in den USA der fünfziger und sechziger Jahre haben die Macht des zivilen Ungehorsams gezeigt und bewiesen, daß er für Massenbewegungen geeignet ist. Auch mit der prinzipiellen Ablehnung von Gewalt kann die Opposition Macht gewinnen²⁰.

Der vielleicht wichtigste Beitrag der Bürgerrechtler der DDR waren vor diesem Hintergrund ihre Ideen und Strategien des gewaltlosen Protestes, vor allem vor und während der entscheidenden Demonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig.

16 Vgl. Richard Hilmer/Anne Köhler, Der DDR läuft die Zukunft davon: Die Übersiedler-/Flüchtlingsswelle im Sommer 1989, in: Deutschland Archiv, 22 (1989) 12, S. 1389–1393.

17 Karl-Dieter Opp/Peter Voß/Christiane Gern, Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993, S. 94 und 360.

18 Kurt Sontheimer, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999, S. 42.

19 Vgl. T. Skocpol (Anm. 2), S. 4 f.
20 Vgl. Peter Ackerman/Christopher Kruegler, Strategic Nonviolent Conflict: The Dynamics of People Power in the Twentieth Century, Westport 1994.

Die Frage, warum die „chinesische Lösung“, mit der Honecker und andere Politbüromitglieder Demonstranten einschüchtern wollten, nicht angewandt wurde, bleibt eines der wenigen Rätsel der ostdeutschen Revolution²¹. Behauptungen von Egon Krenz, er habe die Schießbefehle für die Armee widerrufen, werden von allen anderen Beteiligten zurückgewiesen. Mehrere Faktoren erklären den gewaltlosen Verlauf der Ereignisse: (a) der Präzedenzfall einer erfolgreichen Verständigung zwischen Demonstranten und örtlichen Parteifunktionären am Vortag in Dresden; (b) die Zahl, die Disziplin und die gewaltlosen Taktiken der Demonstranten; (c) eine Gruppe aus drei Künstlern und Intellektuellen, von denen Kurt Masur der prominenteste war, und drei niederrangigen Parteifunktionären, die zusammen einen Aufruf zum friedlichen Dialog in Leipzig ausarbeiteten; und (d) die Unentschlossenheit im Ostberliner Politbüro, das von den Leipziger Parteiführern am Abend des 9. Oktobers um Rat gefragt worden war. Anstatt Massenverhaftungen vorzunehmen und scharfe Munition gegen die Demonstranten zu benutzen, wie es das Regime geplant und öffentlich angedroht hatte, wurden in Leipzig lediglich zehn Personen verhaftet, und nur einige wenige Demonstranten und Polizisten erlitten leichte Blessuren.

Die Konzeption des gewaltlosen Protestes war sicherlich auch entscheidend dafür, daß Friedensgruppen und Kirchenkreise viel über Gewaltlosigkeit diskutiert und vorab konkrete Strategien entwickelt hatten. Für die Verbreitung von Ideen des gewaltlosen Widerstands in der DDR spielte der Westberliner Friedensforscher Theodor Ebert eine wichtige Rolle. Seine Schriften, welche die Techniken und Philosophien der Gewaltlosigkeit rezipierten, wurden nach Ostdeutschland eingeschmuggelt und vor allem in Kirchenkreisen studiert²². Schon vor dem „Schicksalstag“ in Leipzig wurden in Dresden erstmals erfolgreiche Verhandlungen mit den Behörden über gewaltlose Proteste geführt. Die Initiative dazu ging von Kirchenvertretern und Bürgerrechtlern aus und war eine direkte Reaktion auf die gewaltsame Auseinandersetzung um den Dresdner Bahnhof in

der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1989, wo Tausende von Ausreisewilligen sich in der Hoffnung versammelt hatten, die aus Prag kommenden Sonderzüge mit DDR-Flüchtlingen besteigen zu können. Diese gewaltlosen Strategien wurden von Kirchenmitgliedern und Bürgerrechtlern so erfolgreich angewandt, daß die Gewaltlosigkeit der Revolution beinahe als selbstverständlich empfunden wurde – was auch dazu geführt hat, daß dieser Aspekt der DDR-Opposition bis heute in der Forschung nur wenig Berücksichtigung gefunden hat.

In Städten können Demonstrationen spontan entstehen, vor allem an bekannten Orten, die dann zu „Ritualstätten“ der Proteste werden. Ein Beispiel für dieses Phänomen waren die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche (sie wurden pünktlich um 17 Uhr abgehalten, so daß die Protestierenden ihrer Arbeit nicht fernbleiben mußten – die Revolution in der DDR lief sehr gesittet und ordentlich ab!). Die darauf folgenden Demonstrationen, die von der Kirche ausgingen, zogen immer mehr Menschen an, bis dann am 9. Oktober 70 000 friedliche Demonstranten durch ihre große Zahl den Sicherheitsapparat zur Zurückhaltung bewegten und damit dem Erfolg der Revolution den Weg bahnten.

Die Erfahrungen in der DDR sind ein Beispiel für das weltweit auftretende Phänomen, daß reformunwillige autoritäre Regime durch mutigen, friedlichen Protest zu Fall gebracht werden können. Diese demokratischen Revolutionen unterscheiden sich von gewalttätigen Rebellionen, die häufig in ein neues autoritäres Regime münden. Ohne die besonnene Führung durch Schlüsselfiguren der Bürgerrechtsbewegung wäre ein blutiges Ende der Demonstrationen in Sachsen, das den Fortgang der demokratischen Revolution in der gesamten DDR bedroht hätte, viel wahrscheinlicher gewesen.

III. Wer waren die eigentlichen Revolutionäre?

Trotz der unbestreitbaren Zivilcourage der enttäuschten Bürgerrechtler ist fraglich, wie „revolutionär“ sie überhaupt waren. Ein Vergleich mit den osteuropäischen Nachbarn offenbart die zögerliche Haltung der DDR-„Oppositionellen“. In Polen und Ungarn nutzte die Opposition während ihrer Gespräche am Runden Tisch die Drohung, eine Massenoppositionsbewegung auf die Straße zu bringen, um die kommunistische Führung zur Machtübergabe zu drängen²³. In der Tschechoslo-

21 Zu diesen Drohungen siehe Elizabeth Pond, *Beyond the Wall: Germany's Road to Unification*, Washington, DC 1993, S. 111 f. Daniel V. Friedheim, *Democratic Transition Through Regime collapse: East Germany in 1989*, Ph. D. Dissertation, Yale University 1997, Kap. 7, bietet eine hervorragende Analyse der Leipziger Demonstration vom 9. 10. 1989 anhand von Interviews mit Teilnehmern und Archivrecherchen. Es zeigt sich aber, daß die Archive bezüglich dieses Themas irgendwann „gesäubert“ wurden. Deswegen wird es vielleicht nie möglich sein, die Frage nach den Ursachen für den friedlichen Verlauf dieser Demonstration vollständig zu beantworten.

22 Vgl. Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 376–377 und 393.

23 Einen guten Überblick über die Runden-Tisch-Gespräche in Osteuropa bietet John Elster (Hrsg.), *The Round-*

wakei – in der die Situation wegen der geringen Größe der organisierten Opposition und des unnachgiebigen Verhaltens des Regimes der DDR am ähnlichsten war – hatte die von Václav Havel geführte Opposition erfolgreich zum Generalstreik aufgerufen und den Rücktritt des Politbüros erzwungen²⁴. In der DDR dagegen waren viele Bürgerrechtler bereit, mit Ministerpräsident Hans Modrow zusammenzuarbeiten. Sie schlugen einen Runden Tisch vor, ein Angebot, das die neue SED-Führung bereitwillig akzeptierte²⁵. Die scheinbaren Parallelen zu Polen und Ungarn sind irreführend. In der DDR begannen die Verhandlungen zwischen Bürgerrechtlern und Regime erst, *nachdem* das Regime fast zusammengebrochen war. In Polen und Ungarn hatten Regimereformer solch eine Initiative ergriffen, *bevor* Massenproteste ausbrachen. In der DDR zielten die Gespräche am Runden Tisch darauf ab, die politische Situation zu stabilisieren; damit wurde indirekt jedoch auch das SED-Regime gestützt²⁶. Statt die Machtübergabe zu erzwingen, trugen Teile der Bürgerrechtsbewegung (vielleicht auch ungewollt) mit dazu bei, zunächst die Fortexistenz der DDR als Staat zu retten. Gert-Joachim Glaeßner stellt dazu fest: „Ab Ende Januar [1990] entstand die paradoxe Situation, daß der Runde Tisch und die Regierung – mit unterschiedlichen Motivationen – Repräsentanten einer eigenständigen ‚DDR-Identität‘ waren, während die Mehrheit der Bevölkerung längst das möglichst schnelle Ende eben dieser DDR wollte.“²⁷

table Talks and the Breakdown of Communism, Chicago 1996; für die DDR vgl. Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie*, Opladen 1990.

24 Ein zusätzlicher Unterschied zwischen der Situation in der DDR und der Tschechoslowakei war die Oppositionsführung. Um die Frage „Warum gab es keinen Havel in der DDR?“ zu beantworten, müssen wir nicht nur die Ausweisung von führenden ostdeutschen Dissidenten durch das SED-Regime berücksichtigen, sondern auch den Tod von Robert Havemann im Jahre 1982. Es ist aber zweifelhaft, ob Havemann, hätte er die Revolution erlebt, eine ähnliche Führungsposition wie Havel hätte übernehmen können. Er verband die Forderung nach Demokratisierung mit einer prosozialistischen, „antifaschistischen“ Haltung, die mit der nationalen Vereinigung nur schwer in Einklang zu bringen gewesen wäre.

25 Vgl. Ulrich K. Preuss, *The Roundtable Talks in the German Democratic Republic*, in: J. Elster (Anm. 23), S. 103–106.

26 In einem Vortrag an der Technischen Universität Dresden vom 25. 1. 1995 mit dem Titel „Aufbruch und Ernüchterung“ sprach Konrad Weiß von dem Gefühl, verraten worden zu sein. Er beklagte die Naivität der Bürgerrechtler, die von der SED-Führung vor allem in bezug auf die Stasi irreführt worden waren. Weiß und viele andere Bürgerrechtler haben durch die Aufdeckung der Untaten der SED/Stasi viel zur „Vergangenheitsbewältigung“ in der DDR beigetragen.

27 Gert-Joachim Glaeßner, *Der schwierige Weg zur Demokratie: Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit*, Opladen 1991, S. 94.

Diese Identifikation von Bürgerrechtlern mit der DDR illustriert Albert O. Hirschmans These über die Konsequenzen der „Loyalität“²⁸. Intellektuelle, die zuvor nur privat Kritik am Regime geäußert hatten, traten damit nun an die Öffentlichkeit, wie zum Beispiel Jens Reich²⁹. Führende DDR-Künstler wie Christa Wolf und Stefan Heym schlossen sich einer Initiative „für unser Land“ an. Sie betonten die Notwendigkeit, die DDR als antifaschistische und sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu erhalten. Bei der Massendemonstration am 4. November in Ostberlin wurden sie von einigen Berliner Bürgerrechtlern in dieser Forderung unterstützt, ebenso wie von selbsternannten Reformern in der SED und in den Blockparteien.

An dieser Stelle greift Hirschmans Analyse von „Abwanderung und Widerspruch“ zu kurz. Hirschmann argumentiert, daß in der DDR 1989 Abwanderung und Widerspruch „Verbündete“ geworden seien³⁰. In Wirklichkeit jedoch *führte* die Abwanderung zum Widerspruch. Einige Bürgerrechtler hatten zwar die Fälschung der „Wahlen“ vom Mai 1989 aufgedeckt, waren aber nicht in der Lage, für den Juni geplante Demonstrationen durchzuführen. Erst nach der Flucht Hunderttausender Ostdeutscher über Ungarn und andere Länder gelang es einer Koalition von Bürgerrechtsgruppen, das *Neue Forum* zu gründen. Die Demonstrationen begannen nicht in Berlin, wo die meisten Bürgerrechtler versammelt waren, sondern in Dresden und Leipzig, wo die Gruppen von Ausreisewilligen am stärksten waren³¹. Sie waren es, die als erste demonstrierten. Nach Hirschmann gebrauchten auch sie „voice“, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Parole der Ausreisewilligen – „Wir wollen raus!“ – in den Montagsdemonstrationen nach den Friedensgebeten wurden beantwortet mit dem Ruf „Wir bleiben hier“ durch Bürgerrechtler, die Reformen in der DDR verlangten³². Berichte in den westdeutschen Medien über zwei angeblich unterschiedlich strukturierte Gruppen übersahen die Tatsache, daß die „Bleiber“ hauptsächlich auf die Initiative der Ausreisewilligen reagierten³³.

28 A. O. Hirschman (Anm. 6).

29 Vgl. Jens Reich, *Rückkehr nach Europa: Bericht zur neuen Lage der deutschen Nation*, München 1991, S. 171–203.

30 A. O. Hirschman (Anm. 6).

31 Vgl. Christian Joppke, *Why Leipzig? „Exit“ and „Voice“ in the East German Revolution*, in: *German Politics*, (1993), S. 393–414, und D. V. Friedheim (Anm. 21), Kap. 6.

32 Hirschmans Analyse ist insoweit irreführend, als er „exit“ als individuelles und „voice“ als kollektives Handeln bezeichnet. Im Rahmen ihrer Bemühungen, die DDR zu verlassen, organisierten Ausreisewillige jedoch Dissidentengruppen, die eine freie Ausreise forderten.

33 Vgl. C. Joppke (Anm. 5) S. 59.

Von Anfang an hielt die Bürgerrechtsbewegung nicht mit der Dynamik der Massenbewegung – der Revolution – Schritt. Die großen Demonstrationen gegen das SED-Regime fanden erst statt, nachdem die Massenflucht begonnen hatte. Zudem wurden auch die Leute auf der Straße zu kollektiven „Ausreisewilligen“, indem sie die Vereinigung forderten. Daß aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ bald „Wir sind *ein* Volk“ wurde, zeigt, wie schnell sich die Bestrebungen der Bürgerrechtler nach einer reformierten DDR als überholt erwiesen. Umfragen belegen, wie groß der Wunsch nach Wiedervereinigung schon vor der „Wende“ war: 83,9 Prozent aller Übersiedler aus der DDR hofften auf einen Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik³⁴. Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen Karl-Dieter Opp und seine Co-Autoren in einer Umfrage in Leipzig, der zufolge die Mehrheit der Befragten schon vor der friedlichen Revolution die Wiedervereinigung befürwortete³⁵. Wie Walter Friedrich in Umfragen unter Leipziger Jugendlichen feststellte, war das wirklich Revolutionäre an den Ereignissen des Herbstes 1989, daß die lang „verdrängte (oft allerdings heimlich ersehnte) deutsche Identität, der Wunsch, als Deutscher zu gelten, bei vielen DDR-Bürgern wieder in den Vordergrund“ trat und nun durchgesetzt werden konnte³⁶.

IV. Können Revolutionen demokratisch sein?

Auch angesichts der „friedlichen“ Revolution hatten viele westdeutsche Politiker zunächst die Befürchtung, daß es zu Chaos und Gewalt kommen könnte³⁷. Wolfgang Schäuble schrieb in seinem Bericht über die Vereinigung: „Revolutionen, das zeigt die Geschichte, beschleunigen sich, werden mächtiger, reißen dann wie Lawinen alles mit sich. Die deutsche Revolution war, so gesehen, keine richtige Revolution. Und das war gut so – im Interesse der Einheit. Wäre Blut geflossen, hätten wir,

meiner Ansicht nach, die Vereinigung nicht erreicht.“³⁸ Offenbar wurde Schäuble von der schon angesprochenen Revolutionsliteratur beeinflusst. Aber auch in der gängigen Transitionsliteratur hätte er eine überwiegend skeptische Haltung gegenüber der Kompatibilität von Demokratisierung und Revolution gefunden³⁹.

Einflußreiche Theorien des Übergangs von einer Diktatur zur Demokratie betonen die entscheidende Rolle von Verhandlungen zwischen Reformern innerhalb des autoritären Regimes und gemäßigten Anführern der Opposition. Die Demokratisierung Spaniens nach Francos Tod ist das Beispiel für eine solche „Transition durch Transaktion“. Aus dieser theoretischen Perspektive sind Massenproteste nicht nur unerwünscht, sondern auch gefährlich. Die Mobilisierung der Straße kann radikale Oppositionsführer stärken und Regime-Hardliner erschrecken. Das Resultat dieser Polarisierung ist entweder blutige Staatsrepression oder eine gewaltsame Revolution. Statt freie Wahlen durchzuführen, „legitimieren“ sich erfolgreiche Revolutionäre, indem sie sich darauf berufen, daß sie das Volk mobilisiert haben. An dieser Stelle werden oft die Revolutionen 1979 in Nicaragua und im Iran erwähnt. Nach erfolgreichen Volksaufständen gegen verhaßte Regime setzten sich die islamistischen Mullahs bzw. die linksextremen Sandinisten gegen die Demokraten in der Opposition durch. Während für viele Revolutionsforscher demokratische Revolutionen „zu wenig“ Veränderungen mit sich bringen, um als revolutionär bezeichnet werden zu können, verursachen sie für die Demokratieforschung „zu viel“ Wandel.

Aber was tun, wenn „Hardliner“ das autoritäre Regime dominieren und deswegen Verhandlungen zwischen Regime und Opposition ausgeschlossen sind? Die Totalitarismustheorie gab sich hier pessimistisch, weil Massendemonstrationen in Osteuropa als unmöglich galten. Die militärische Überlegenheit und das staatliche Nachrichten- und Repressionsmonopol machten totalitäre Regime in Osteuropa scheinbar unantastbar. Daß kurz

34 Vgl. Dieter Voigt/Hannelore Belitz-Demiriz/Sabine Meck, Die innerdeutsche Wanderung und der Vereinigungsprozeß: Sozialdemographische Struktur und Einstellungen von Flüchtlingen/Übersiedlern aus der DDR vor und nach der Grenzöffnung, in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 5, S. 737 und 744; John Torpey, Two Movements, Not a Revolution: Exodus and Opposition in the East German Transformation, 1989–1990, in: German Politics and Society, 26 (Summer 1992), S. 30.

35 Vgl. K.-D. Opp u. a. (Anm. 17), S. 104.

36 Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/90, S. 30.

37 Vgl. B. Lindner (Anm. 8), S. 148.

38 Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 15; vgl. auch Ludger Kühnhardt, Umbruch – Wende – Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 12.

39 Juan J. Linz, der wohl wichtigste Demokratisierungsforscher, schreibt: „A leaderless and disorganized people filling the square and demanding a change of regime may be unable to negotiate a transfer or sharing of power, or processes to achieve such a goal, and may be pushed to intransigent positions, and, thus, their efforts will end if not in revolutions, then in repression.“ Juan J. Linz, Transitions to Democracy, in: The Washington Quarterly, Summer 1990, S. 152.

nach Gorbatschows Amtsantritt eine Welle der Demokratisierung die Region erfassen würde, überraschte z. B. eine bekannte Totalitarismustheoretikerin⁴⁰.

Doch schon in den siebziger Jahren hatte Václav Havel scharfsinnig die Anfälligkeit der nach außen so stabil erscheinenden Regime Osteuropas erkannt. Er nannte sie posttotalitär, weil sie zwar ihre Herrschaftsformen beibehielten (die marxistisch-leninistische Ideologie, den Führungsanspruch der Partei und die Ablehnung jeglicher Form von Opposition), ihre innere Überzeugungs- und Anziehungskraft aber verloren hätten⁴¹. Statt eines dynamischen Führers (und das Wort „Führer“ ist für einen totalitären Diktator wohl angebracht) gab es eine kollektive, uncharismatische und altersschwache Führung. Das Regime versuchte, eine vorgetäuschte Welt aufrechtzuerhalten, so daß man schließlich den Schein als Wirklichkeit interpretierte. Während posttotalitäre Regime die alten ideologischen Kleider des Totalitarismus tragen, sind sie in Wirklichkeit ideologisch nackt. Unter günstigen Bedingungen (wozu hier z. B. der Amtsantritt Gorbatschows und die darauf folgende Liberalisierung in Polen und Ungarn zählen) kann sich eine Massenbewegung formieren. In diesem Fall kann man frei nach Havel von der „Machtlosigkeit der Mächtigen“ sprechen.

Das Honecker-Regime war ein eindeutiges Beispiel für den Post-Totalitarismus⁴². Die scheinbare Stabilität täuschte über eine tiefe Legitimationskrise hinweg. Trotz des – verglichen mit anderen sozialistischen Ländern – relativ hohen Lebensstandards in der DDR fühlten sich viele Ostdeutsche benachteiligt. Wie eine Umfrage zeigte, verglichen sich zwei Drittel von ihnen mit den Westdeutschen und nicht mit den Osteuropäern⁴³. Genau so wichtig – wenn nicht sogar wichtiger – war die Tatsache, daß im Falle der DDR sowohl das *Regime* als auch der *Staat* unbeliebt waren, während kommunistische Staaten wie Polen und Ungarn zumindest über eine starke nationale Legitimation verfügten. Laut einer Umfrage in Leipzig fühlte sich

40 Vgl. Jeane J. Kirkpatrick, *The Withering Away of the Totalitarian State ... and Other Surprises*, Washington, DC 1990.

41 Vgl. Václav Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben*, Reinbek 1989, S. 16; vgl. ferner Juan J. Lin/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore 1996, Kap. 3,4 und 17; Mark R. Thompson, *Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa*, in: Achim Siegel (Hrsg.), *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*, Köln 1998, S. 309–339.

42 Vgl. D. V. Friedheim (Anm. 21), S. 65–73; Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 13–22.

43 Vgl. K.-D. Opp u. a. (Anm. 17), S. 95.

vor der Revolution nicht einmal jeder zweite mit der DDR als Staat verbunden: Schon damals identifizierte sich die Mehrheit der Bevölkerung mit der Bundesrepublik⁴⁴. Als die ostdeutsche Rebellion begann, stellte sich schnell heraus, daß das Regime ausgehöhlt war. Die Zahl der Ausreisenden bzw. Flüchtlinge sowie der Demonstranten zeigte, daß „der Kaiser keine Kleider mehr anhatte“.

Doch die Ostdeutschen *konnten* nicht nur rebellieren, sondern sie *mußten* es, wenn Demokratisierung und Vereinigung realisiert werden sollten. Während das polnische und das ungarische Regime die Demokratisierung in der Hoffnung einleiten konnten, wenigstens einige ihrer Interessen unter einer postkommunistischen Herrschaft zu bewahren, bestand für die SED das Risiko, auch noch ihren Staat zu verlieren. Die DDR konnte nur überleben, indem sie ihre Bürger davon abhielt, in den größeren, reicheren und freieren deutschen Staat derselben Nation auszuwandern, nämlich in die Bundesrepublik. Die DDR als liberaler Staat war unvorstellbar. Deshalb liefen alle Reformversuche buchstäblich gegen die Mauer, die bei jeder politischen Öffnung zur Sprache kommen mußte. Otto Reinhold, einer der wichtigsten Ideologen des Regimes, wies warnend darauf hin, daß die DDR „nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar“ sei⁴⁵.

Obwohl das SED-Regime nur mit revolutionären Mitteln zu bezwingen war, verlief die darauf folgende Demokratisierung erstaunlich geordnet. Die Demonstranten auf der Straße forderten außer der Vereinigung auch freie Wahlen. Es mag etwas künstlich erscheinen, doch die Demokratisierung kann von der Vereinigung losgelöst betrachtet werden. Natürlich war der Wunsch nach der Wiedervereinigung eine wesentliche Motivation für die rasche Demokratisierung in der DDR. Die Ostdeutschen wollten die Vereinigung, brauchten sie aber für die Transition zur Demokratie nicht. Mit der Abhaltung der Volkskammerwahlen und der Bildung einer Koalitionsregierung in Ostdeutschland setzte die Demokratisierung schon vor der Vereinigung ein. Entgegen der Befürchtung Schäubles hatte der „revolutionäre“ Übergang zur Demokratie den Weg zur Vereinigung freigemacht. Die ostdeutsche Revolution mündete zuerst in die Demokratie und dann in die nationale Einheit.

44 Vgl. ebd.

45 Otto Reinhold zur DDR-Identität am 19. August 1989, in: Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Die deutsche Vereinigung: Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt*, Köln 1991.

V. Schlußbetrachtung

Während der „Wende“ in der DDR wurde ich oft gefragt, wie ich diese friedliche Revolution beurteile. Ich habe – nicht immer zur Zufriedenheit des Fragenden – geantwortet, sie entwickle sich fast genauso wie auf den Philippinen 1986. Dieser etwas unorthodoxe Vergleich zwischen der DDR und den Philippinen kann zu Irritationen führen, weil der Unterschied zwischen den beiden Ländern kaum größer sein könnte. Trotz politischer, wirtschaftlicher, kultureller und anderer Gegensätze behaupte ich jedoch, daß die beiden politischen Ereignisse in der DDR und auf den Philippinen demokratische Revolutionen waren: Unnachgiebige Diktaturen wurden friedlich durch Massendemonstrationen gestürzt, der Übergang zur Demokratie wurde eingeleitet. Demokratische Revolutionen haben in verschiedenen Kulturkreisen stattgefunden. Nicht ein „Kampf der Kulturen“ ist hier festzustellen, sondern eine kulturübergreifende Tendenz zur Demokratie. Demokratische Revolutionen verlaufen friedlich. Die Regierung wird durch zivilen Ungehorsam zur Aufgabe gebracht. Demokratische Revolutionen basieren auf einer moralischen Empörung, die ein „Leben in der Lüge“ unerträglich macht und auf den Wegen des Protestes gegen das seit langem unbeliebte Regime zum „Leben in der Wahrheit“ führt.

Demokratische Revolutionen haben gemäßigte Ziele. Die Opposition will die Welt nicht verändern, sondern das politische System demokratisieren. Die endgültige Form des gesellschaftlichen Wandels überlassen sie zukünftigen Wahlergebnissen. Demokratische Revolutionen sind nur „notwendig“, wenn ein autoritäres Regime nicht bereit ist, mit der demokratischen Opposition zu verhandeln. Ein reformorientiertes Regime organisiert die Machtübergabe selbst und macht damit eine Revolution unnötig. Aber einige Diktatoren wollten die Logik der Verhandlung nicht akzeptieren. Sie klammerten sich an die Macht, koste es, was es wolle. Marcos auf den Philippinen und Honecker in der DDR waren Vertreter dieser Haltung. Honecker fürchtete Reformen, wie Gorbatschow sie vorgeführt hatte, weil nur der „real existierende“ Sozialismus die DDR erhalten konnte. Daher wurden alle Reformversuche in Ostdeutschland mit mehr oder weniger Gewalt unterbunden. Nur eine Revolution konnte in Ostdeutschland eine Demokratisierung ermöglichen.

Ich möchte aber nicht den Eindruck erwecken, daß eine Demokratisierung direkt ins „gelobte

Land“ führt, ohne daß man vorher viele Jahre in der „Wildnis“ der politischen Streitigkeiten, blockierten politischen Reformen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbringen muß. Der Weg in die Demokratie ist nach einer Revolution besonders steinig, weil hier die allgemeinen Erwartungen sehr hoch gesteckt sind. (So kann man auch die Hoffnungen der Ostdeutschen verstehen, möglichst schnell den Lebensstandard der Westdeutschen zu erreichen.) Nach der Revolution muß ein neues, demokratisches Regime aus dem Nichts aufgebaut werden, was zu tiefer Verunsicherung führen kann. Im Falle der deutschen Vereinigung wurde das westliche System im Osten zwar einfach übernommen, doch auch dies bereitete und bereitet große Schwierigkeiten. Eine Demokratisierung durch Verhandlung hingegen erlaubt sowohl einen kontrollierten Anstieg der gesellschaftlichen Ansprüche als auch ein hohes Maß an institutioneller Kontinuität.

Die weitverbreitete These vom „Unmut im Osten“ scheint ein markantes Beispiel für die „Altlast“ einer demokratischen Revolution zu sein. Wenn man die Umfragen aber genau betrachtet, ist die große Mehrheit der Ostdeutschen mit der Demokratie einverstanden, auch wenn viel Kritik am politischen System der Bundesrepublik zu hören ist⁴⁶. Drei Viertel der Ostdeutschen berichten, daß es ihnen wirtschaftlich besser geht als vor der Einheit; nur im Vergleich mit dem Lebensstandard der Westdeutschen steigt die Unzufriedenheit⁴⁷. Die Demokratie und die wirtschaftliche Ordnung bleiben für die meisten Ostdeutschen legitim, auch wenn sie sich von beiden mehr erwartet haben.

Wie bei allen Revolutionen tritt auch bei demokratischen nach anfänglicher Euphorie eine Desillusionierung ein. Auf das überwältigende Gefühl von Einheit („Wir sind *ein* das Volk“) folgt mit der Einführung der indirekten Demokratie des Parlamentarismus eine gewisse Ernüchterung. Aber auch wenn die Euphorie vorüber ist, sollte man die Verdienste einer demokratischen Revolution – der friedliche Sturz eines autoritären Regimes und die Demokratisierung – nicht unterschätzen.

46 Vgl. Detlef Pollack/Gert Pickel, Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 9–23, hier S. 17.

47 Vgl. Richard Rose/Christian Haerpfer, The Impact of a Ready-made State. Die privilegierte Position Ostdeutschlands in der postkommunistischen Transformation, in: Helmut Wieselthaler (Hrsg.), Einheit als Privileg: vergleichende Perspektive auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt am Main 1996, S. 127.

Deutsche – zehn Jahre nach der Wende

Ergebnisse einer vergleichenden Ost-West-Untersuchung

Vor vier Jahren haben wir in dieser Zeitschrift konstatiert: „Auch sechs Jahre nach dem Mauerfall sind die materiellen Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland noch sehr unterschiedlich. Die Kluft ist durch zahlreiche Daten für jedermann sichtbar. Fest steht, daß auch die psychische Entfremdung zwischen den Menschen beider Landesteile noch lange nicht überwunden ist.“¹ Weitere vier Jahre später fällt die Bilanz, wie unsere Untersuchung zeigt, nicht günstiger aus. Bereits die ständig zunehmende Zahl der sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Ost-West-Problematik deutet auf die ungelösten Fragen hin. So hat H. Berth 1999 im Internet nicht weniger als 17 850 einschlägige Arbeiten zu diesem Themenbereich zusammengetragen².

Wenn wir uns wiederholt mit dem Ost-West-Spannungsverhältnis in vergleichenden psychologischen Untersuchungen beschäftigen, ziehen wir uns vor allem im Westen gelegentlich den Vorwurf zu, wir würden dadurch Gegensätze, die wir finden, vielleicht verschärfen, wenn nicht gar erst erzeugen. Es ist für viele nicht leicht einzusehen, daß die erhobenen durchschnittlichen Selbstbilder und Meinungen der Befragten nichts mit Deutungen der Autoren zu tun haben. Einseitige Sympathie wird den Untersuchungen gelegentlich unterstellt, wenn die Ergebnisse verbreiteten Vorurteilen widersprechen, so etwa der im Westen geläufigen Annahme, die DDR-Krippenerziehung müsse Massen von Gefühlskrüppeln erzeugt haben.

Umgekehrt ist es ja gerade die Absicht solcher Studien, Mißverständnisse und wechselseitige Vorurteile aufzudecken und ihnen entgegenzuwirken. Je genauer man weiß, wie jeweils auf der anderen Seite gedacht und gefühlt wird, um so eher kann man vermeiden, fruchtlos aneinander vorbeizurennen. Vorteilhaft ist es, erhobene Befunde gemeinsam zu besprechen, so wie es die beiden Autoren zu tun pflegen, die sich regelmäßig in einem Ost-West-Symposium mit Wissenschaftlern, Politikern, Kirchenleuten, Journalisten – Frauen und Männern – treffen, wo man wechselseitig nachfragen

und sich über die Hintergründe von Differenzen und Möglichkeiten der Überbrückung verständigen kann.

Im April 1999 haben wir 1 003 Westdeutsche und 997 Ostdeutsche im Alter von 14 bis 50 Jahren vergleichend untersucht. Die Erhebung wurde in unserem Auftrag vom Meinungsforschungsinstitut USUMA (Unabhängiger Service für Umfragen, Methoden und Analysen) durchgeführt. Die Befragung erfolgte durch 210 geschulte Interviewer in der Wohnung der Befragten. Die Auswahl erfolgte nach einem Zufallsverfahren (*random-route*) nach den Kriterien der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute. Erhoben wurden, neben Angaben zum Kinderwunsch, auf die wir an dieser Stelle nicht eingehen wollen, Daten zu folgenden Fragenbereichen:

- a) Bewertung von Lebensbereichen³,
- b) Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen,
- c) erinnertes elterliches Erziehungsverhalten⁴,
- d) soziale Unterstützung⁵,
- e) Bindungsstile in der Partnerschaft⁶,
- f) Zukunftserwartungen und Aspekte der politischen Situation.

Zur Bewertung von Lebensbereichen in Ost und West

Es wurde ein Fragebogen eingesetzt, der in acht Lebensbereichen die Einschätzung der Wichtigkeit (1 = nicht wichtig, 5 = extrem wichtig) erwartet

3 Zu a) und b) vgl. G. Henrich/P. Herschbach/M. von Rad, Lebensqualität in den alten und neuen Bundesländern. Psychotherapie, Psychosomatik, in: Medizinische Psychologie, 42 (1992), S. 31 f.

4 Vgl. C. Perris/W. A. Arrindell/M. Eisemann, Parenting and psychopathology, New York 1994.

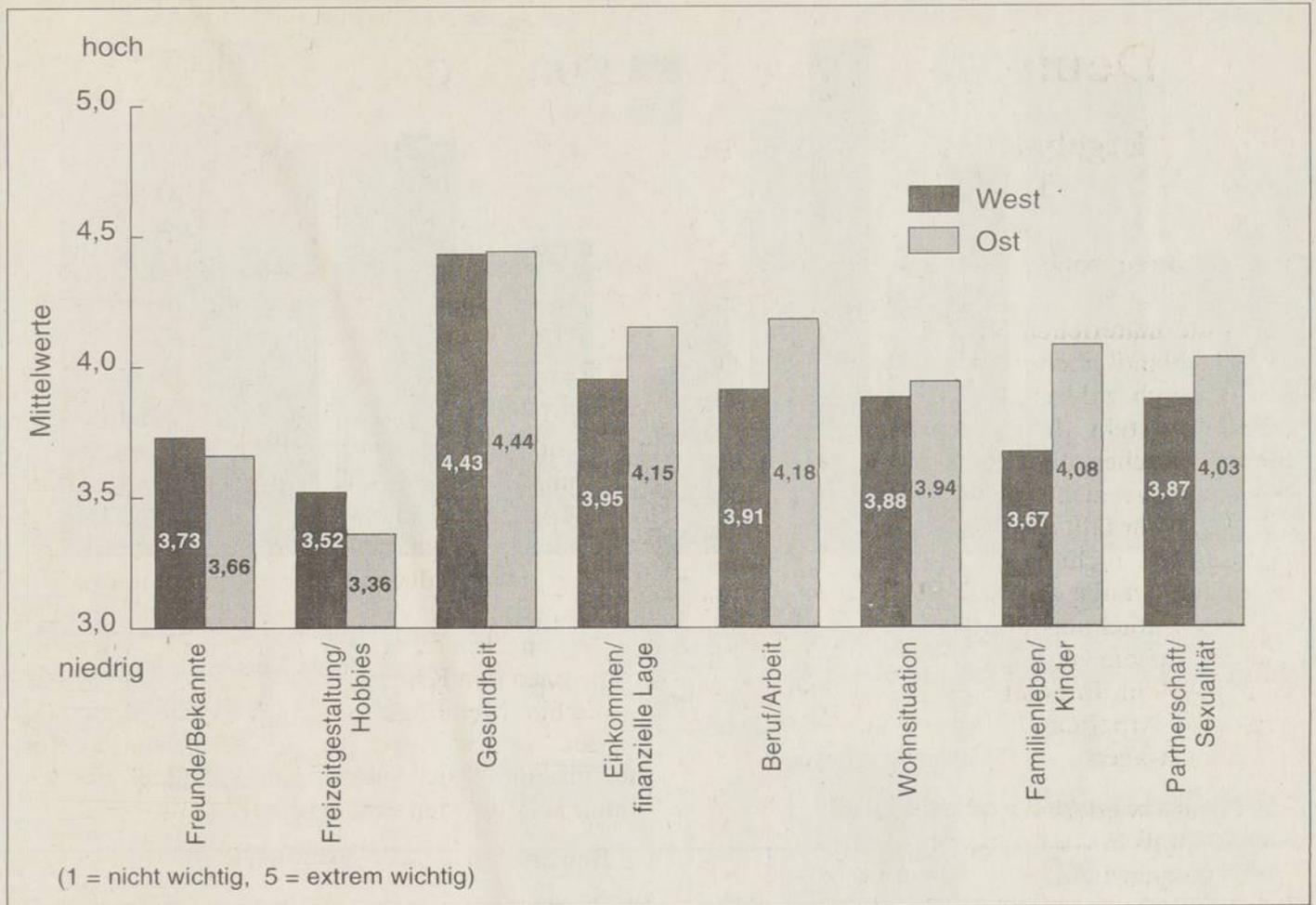
5 Vgl. T. Fydrich/M. Geyer/A. Hessel/G. Sommer/E. Brähler, Fragebogen zur sozialen Unterstützung (F-SOZU): Neue Ergebnisse zur Testgüte und Normierung an einer repräsentativen Stichprobe, in: Diagnostica, (1999) (im Druck).

6 Vgl. D. Höger, Bielefelder Fragebogen zu Partnerschaftserwartungen, (1998), unveröffentlicht.

1 E. Brähler/H.-E. Richter, Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/95, S. 13.

2 Vgl. H. Berth, Sozialwissenschaftliche Literatur zur Deutschen Wiedervereinigung: <http://www.wiedervereinigung.de>.

Abb. 1: Bewertung von Lebensbereichen



sowie die Zufriedenheit mit diesen Lebensbereichen.

Abbildung 1 zeigt, daß der Gesundheit übereinstimmend in Ost- und Westdeutschland hohe Bedeutung zugesprochen wird. Auch bei der Wohnsituation gibt es keine Ost-West-Differenzen, sie wird jedoch nicht so hoch bewertet. Bei allen anderen Bereichen gibt es Differenzen zwischen den Bewertungen in Ost und West. Freunden und Bekannten sowie der Freizeitgestaltung bzw. den Hobbies wird im Westen eine höhere Bedeutung beigemessen. Im Osten werden das Einkommen bzw. die finanzielle Lage sowie Beruf und Arbeit höher bewertet als im Westen. Höheren Stellenwert für die Ostdeutschen haben auch die Bereiche Familienleben und Kinder sowie Partnerschaft und Sexualität. Die Befunde decken sich weitgehend für alle der auch im Wohlfahrtssurvey 1998 erhobenen Wertebereiche mit den dortigen Ergebnissen (Gesundheit, Familie, Arbeit, Beruf, Einkommen, Freizeit).

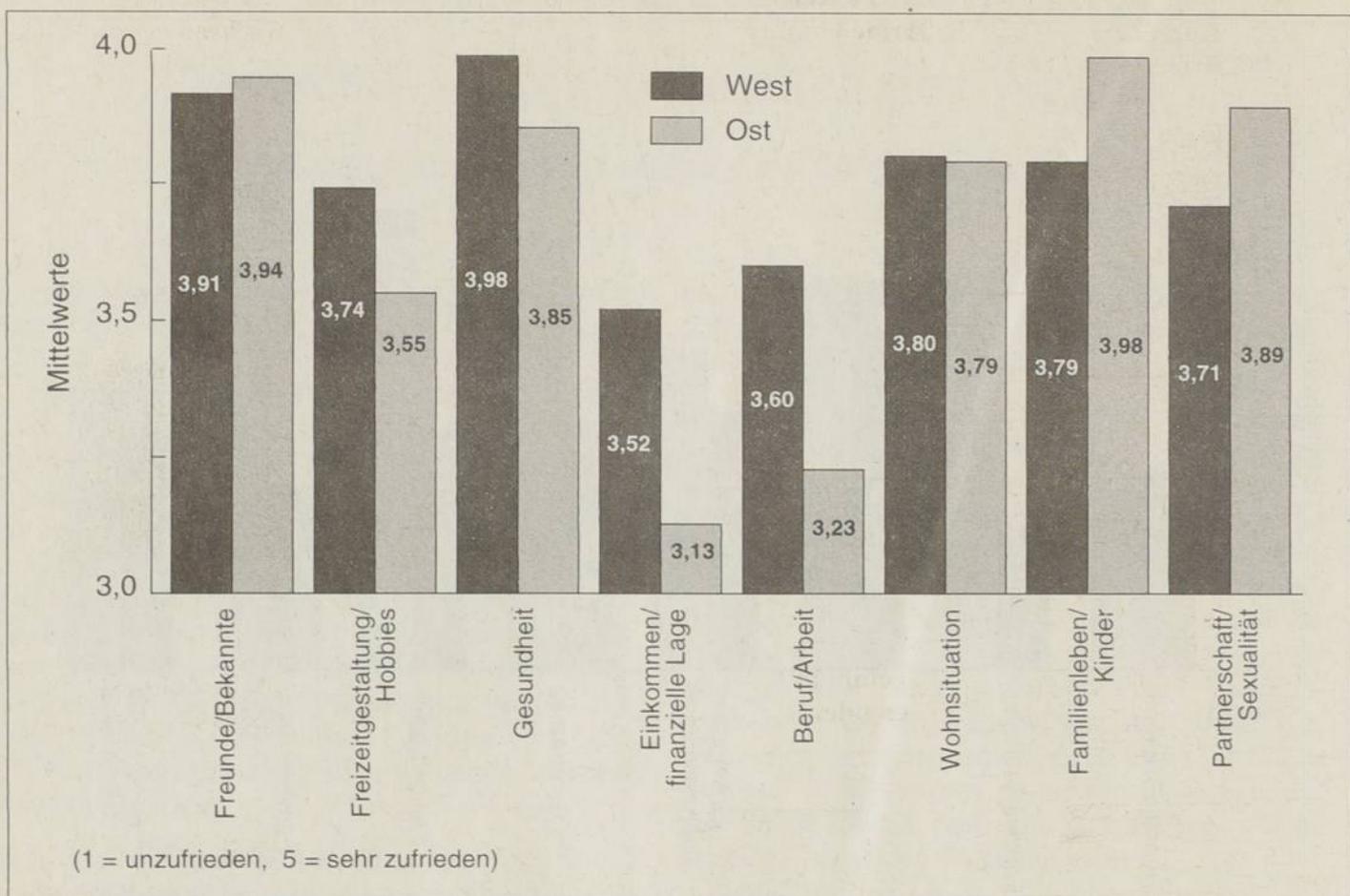
Abbildung 2 zeigt gravierende Differenzen in der Lebenszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen für etliche Lebensbereiche, nur bezüglich der Wohnsituation und Freunden bzw. Bekannten ist die Zufriedenheit ähnlich. In den Bereichen

Freizeit/Hobbies sowie Gesundheit sind die Ostdeutschen unzufriedener als die Westdeutschen. Besonders kraß ist die Differenz in den Bereichen Beruf, Arbeit, Einkommen bzw. finanzielle Lage. Hier ist die Zufriedenheit der Ostdeutschen wesentlich geringer. Wesentlich besser ist bei den Ostdeutschen die Zufriedenheit mit den Lebensbereichen Familienleben und Kinder sowie Partnerschaft und Sexualität.

Die Ostdeutschen holen sich mehr Befriedigung aus ihren privaten Beziehungen – Familie, Kinder, Partnerschaft, Sexualität –, doch dies verhindert nicht ein Gesamtdefizit an Wohlbefinden, das vor allem durch einen Mangel an materiellen Ressourcen entsteht. Die große Unzufriedenheit mit Arbeit und Beruf im Osten fällt deshalb auch noch besonders stark ins Gewicht, weil dieser Bereich dort als besonders wichtig gesehen wird. Dies ergaben Befragungen immer wieder seit Anfang der neunziger Jahre⁷. Die vergleichsweise größere

7 Vgl. R. Habich/H. H. Noll/W. Zapf, Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau, in: Informationsdienst soziale Indikatoren, 22 (1999), S. 1–6; R. Habich/A. Spellerberg, Wertorientierungen und Erwartungen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992; H. Meulemann, Aufholtendenzen

Abb. 2: Lebenszufriedenheit nach Bereichen



Zufriedenheit in den privaten Beziehungen bei den Ostdeutschen hatten wir bereits in einer früheren Befragung 1994 gefunden⁸. Im Gegensatz zu R. Habich u. a.⁹ können wir nicht konstatieren, daß die Unterschiede in der Zufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen abnehmen.

Gesellschaftliche Veränderungen und ihre Auswirkungen

Ost- wie Westdeutsche sehen voraus, daß sich in der Gesellschaft die Kluft zwischen Arm und Reich erweitern (vgl. Abb. 3) und daß das Gemeinschaftsgefühl in Deutschland zurückgehen werde (vgl. Abb. 4). In beiden Punkten sind die Ostdeutschen vergleichsweise noch pessimistischer (vgl. Abb. 5 und 6).

und Systemeffekte. Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40-41/95, S. 21-33.

⁸ Vgl. J. Schumacher/W. Laubach/E. Brähler, Wie zufrieden sind wir mit unserem Leben? Soziodemographische und psychologische Prädiktoren der allgemeinen und bereicherspezifischen Lebenszufriedenheit, in: *Zeitschrift für Medizinische Psychologie*, (1995) 1, S. 17-26.

⁹ Vgl. R. Habich u. a. (Anm. 7).

Volle Übereinstimmung zwischen Ost und West besteht in der Vermutung, daß Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft künftig zunehmen werde (vgl. Abb. 7). Alle drei Prognosen laufen jedenfalls auf eine erwartete Zunahme von gesellschaftlichen Spannungen hinaus.

Diese Ergebnisse decken sich mit denen des Wohlfahrtssurvey 1998, dem zufolge die Ostdeutschen Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen deutlicher wahrnehmen als die Westdeutschen und der Arm-Reich-Gegensatz von ihnen noch deutlicher empfunden wird¹⁰.

Während im Westen tendenziell eher mehr Menschen glauben, daß die junge Generation für eine Verbesserung der Verhältnisse im Land sorgen wird, sind die Ostdeutschen tendenziell eher skeptischer (vgl. Abb. 8).

Im Westen werden auch noch eher als im Osten gute Vorbilder für die Jugend als existent angesehen (vgl. Abb. 9).

Offensichtlich glauben die Westdeutschen jedoch, daß sie mit einer solchen gesellschaftlichen Entwicklung persönlich besser zurecht kommen werden. Denn sie vermuten, daß sie in fünf Jahren persönlich mit ihrem Leben zufriedener als heute

¹⁰ Vgl. ebd.

Abb. 3: Werden in unserem Land die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden?

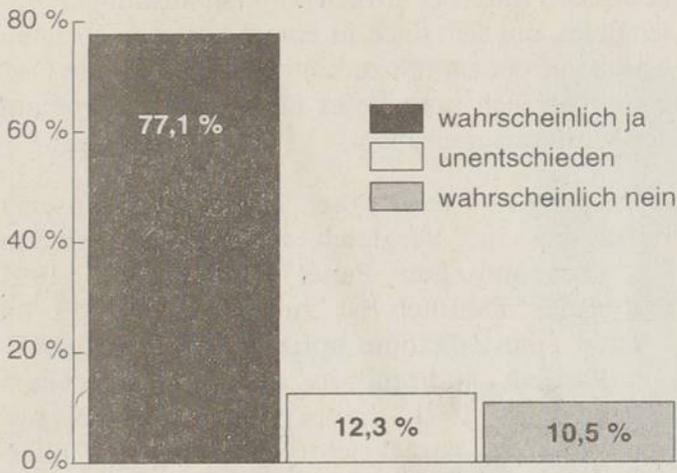


Abb. 6: Wird das Gemeinschaftsgefühl in Deutschland eher wachsen oder abnehmen?

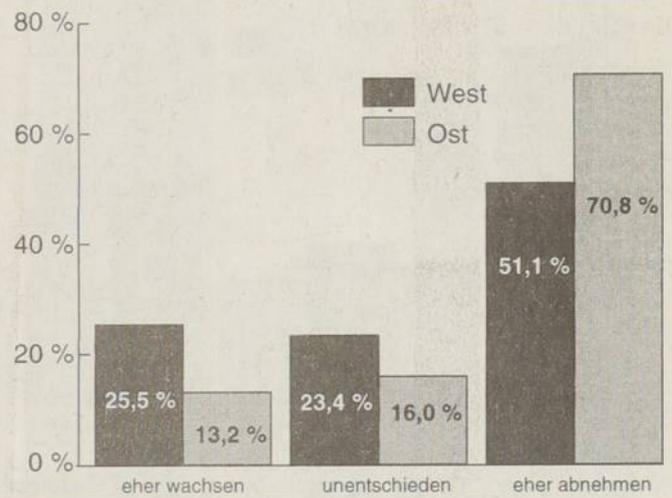


Abb. 4: Wird das Gemeinschaftsgefühl in Deutschland eher wachsen oder abnehmen?

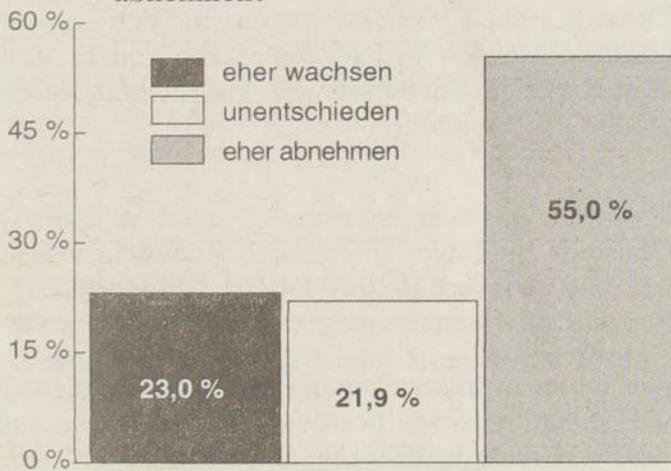


Abb. 7: Wird die Gesellschaft in Zukunft rücksichtsloser oder rücksichtsvoller werden?

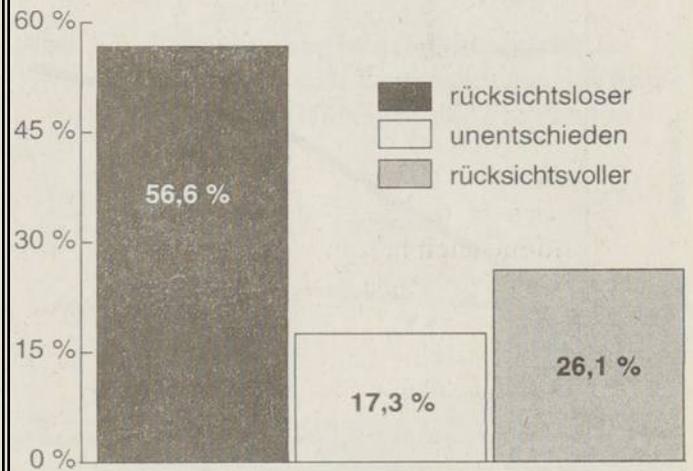


Abb. 5: Werden in unserem Land die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden?

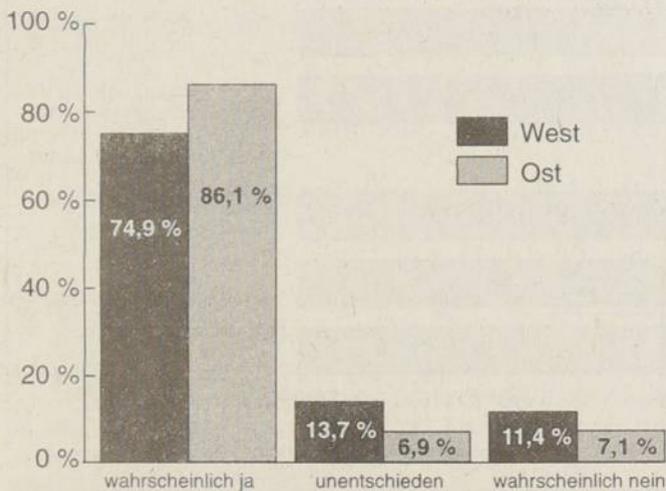


Abb. 8: Wird die junge Generation für eine Verbesserung der Verhältnisse im Land sorgen?

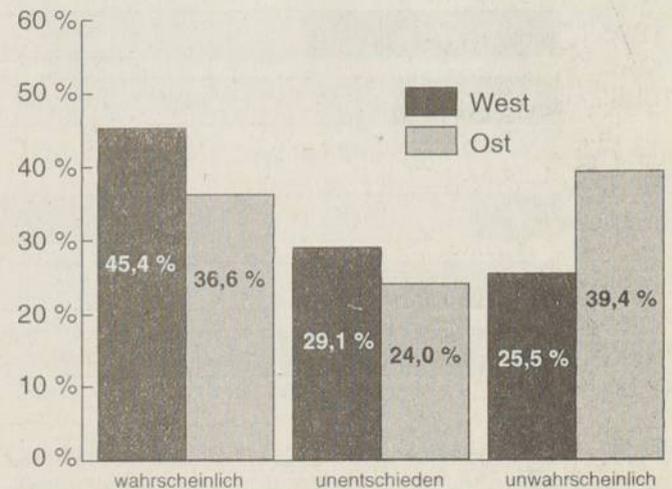


Abb. 9: Sind heute noch Vorbilder für die Jugend vorhanden?

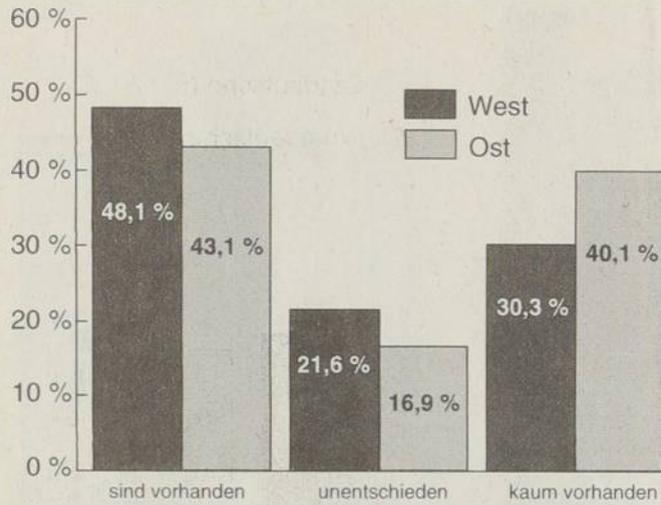
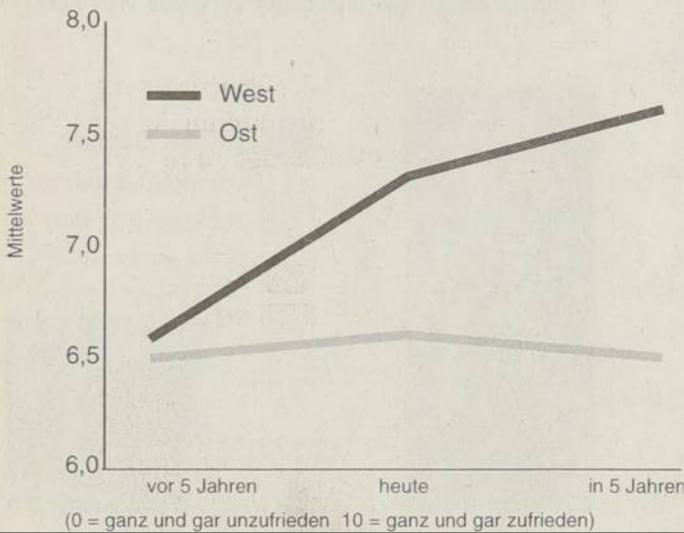


Abb. 10: Wie zufrieden waren Sie vor fünf Jahren mit Ihrem Leben? Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben? Was glauben Sie, wie wird es wohl in fünf Jahren sein?



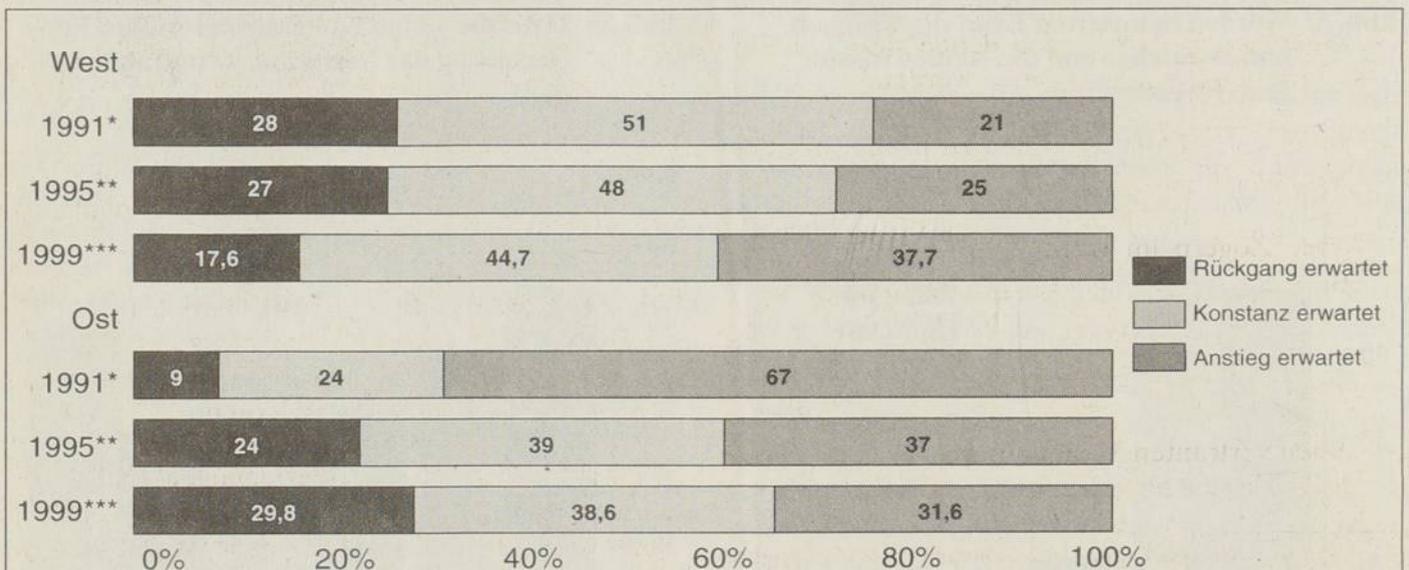
sein werden, während die Ostdeutschen für sich keine Besserung der Lebenssituation erwarten (vgl. Abb. 10), was wohl heißt, daß sich die Westdeutschen durchschnittlich widerstandsfähiger einschätzen, um sich auch in einem härteren sozialen Klima gut behaupten zu können, während die Ostdeutschen sich umgekehrt eher nach wie vor auf der Verliererseite sehen.

Abbildung 11 zeigt die Ergebnisse unserer Befragung im Vergleich zu Befragungen im Sozioökonomischen Panel (SOEP) von 1991 und 1995. Deutlich ist zu erkennen, daß im Westen eine Zunahme optimistischer Erwartungen vorliegt, während im Osten nach großem Optimismus 1991 heute eher Pessimismus herrscht. Zu berücksichtigen dabei ist allerdings, daß sowohl Ost- wie Westdeutsche ihre Lebensbedingungen als verbessert konstatieren im Verlauf der letzten fünf Jahre (vgl. Abb. 10). Während jedoch die Verbesserungen im Westen deutlicher empfunden werden, herrschen hier zugleich auch größere Erwartungen für die Zukunft. Die Verbesserungen in den neuen Ländern werden als geringer empfunden, und an zukünftige Entwicklungen knüpft man keine großen Hoffnungen.

Familie, Freunde und Fremde

Wie schon in unserer ersten Ost-West-Befragung 1994 erstaunt es, wie positiv die Ostdeutschen auf ihre Erziehung im Elternhaus zurückblicken (vgl.

Abb. 11: Gegenwärtige Lebenszufriedenheit im Vergleich zur erwarteten Lebenszufriedenheit in den Jahren 1991, 1995 und 1999.



* Sozioökonomisches Panel 1991, ** Sozioökonomisches Panel 1995, *** eigene Untersuchungen 1999.

Abb. 12: Das erinnerte elterliche Erziehungsverhalten im Ost-West-Vergleich.

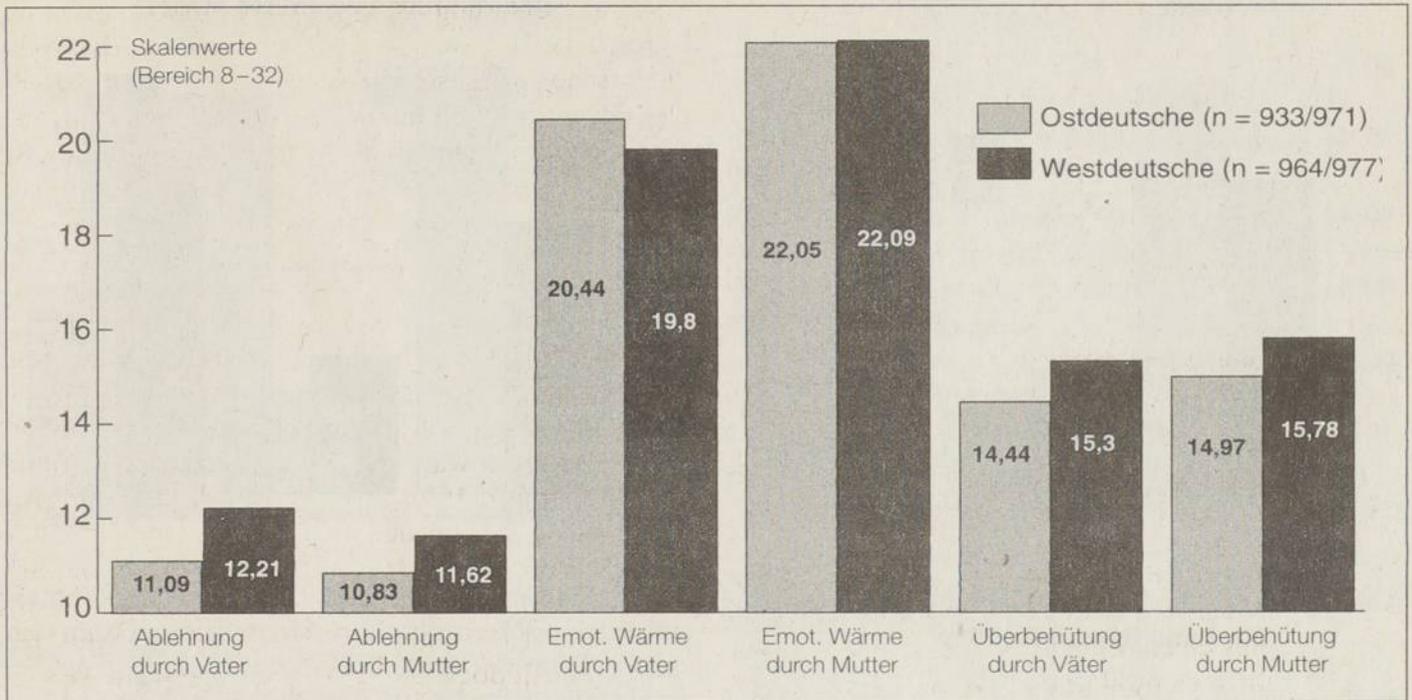


Abb. 12)¹¹. Die Eltern hat man im Westen ablehnender als im Osten und auch als überbehütender und fordernder in Erinnerung, die Väter im Westen überdies als weniger warmherzig.

Auch die Partnerschaft wird im Westen als weniger offenherzig geschildert, und hier wird auch größere Sorge geäußert, in der Partnerschaft nicht anerkannt zu werden, während die Ostdeutschen mehr Bedürfnis nach Zuwendung in der Partnerschaft äußern (vgl. Abb. 13).

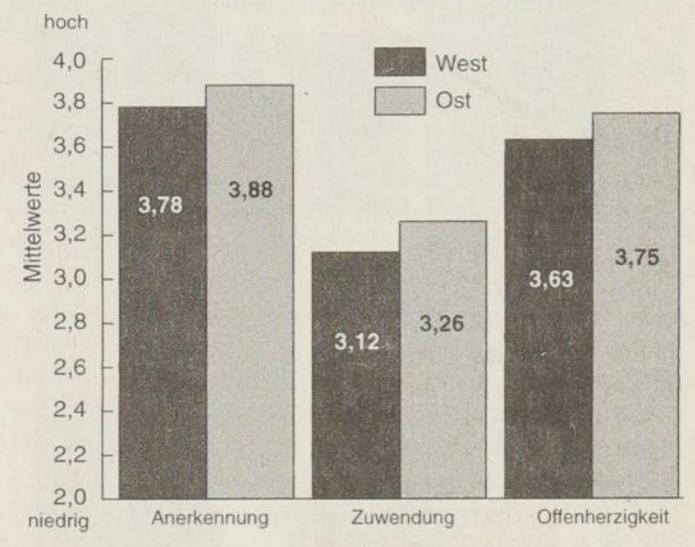
Im Fragebogen zur sozialen Unterstützung ergeben sich folgende hochsignifikante Differenzen:

Ostdeutsche geben öfter als Westdeutsche an,

- Menschen zu haben, von denen sie ohne Einschränkungen angenommen werden;
- einen vertrauten Menschen zu haben, mit dessen Hilfe sie immer rechnen können;
- ohne Zögern im Krankheitsfall Freunde bzw. Bekannte bitten zu können;
- Menschen zu haben, die Freude und Leid mit ihnen teilen;
- einen vertrauten Menschen zu haben, in dessen Nähe sie sich ohne Einschränkung wohlfühlen.

11 Vgl. C. Perris u. a. (Anm. 4); J. Schumacher/M. Eisemann/E. Brähler, Rückblick auf die Eltern: Der Fragebogen zum erinnerten elterlichen Erziehungsverhalten (FEE), in: Diagnostica, (1999) (im Druck).

Abb. 13: Anerkennung in der Partnerschaft, Bedürfnis nach Zuwendung in der Partnerschaft, Offenherzigkeit in der Partnerschaft



Dagegen geben Westdeutsche häufiger an, eine Gruppe von Menschen zu haben, zu denen sie gehören und mit denen sie sich häufig treffen.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Ostdeutschen über wesentlich mehr soziale Unterstützung berichten als die Westdeutschen. Sie entsprechen denen einer früheren Untersuchung von uns¹².

Die Frage, ob die Familienbeziehungen – als Gegenentwurf zur staatlichen Reglementierung oder im Sinne einer Idealisierung als heile Welt – sich im

12 E. Brähler/M. Geyer/A. Hessel/Y. Richter, Soziale Befindlichkeiten in: Ost und West, in: Psychosozial, (1996) 64.

Abb. 14: Viel oder wenig Angst vor Ausländern im Land

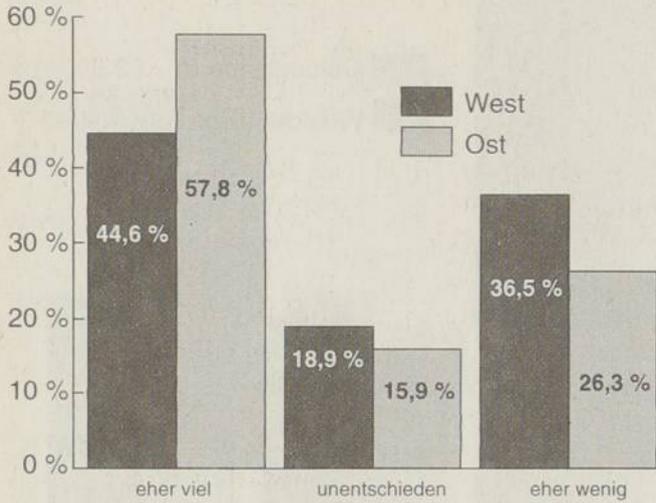


Abb. 17: Ist die Todesstrafe ein zur Verbrechensbekämpfung geeignetes Mittel?

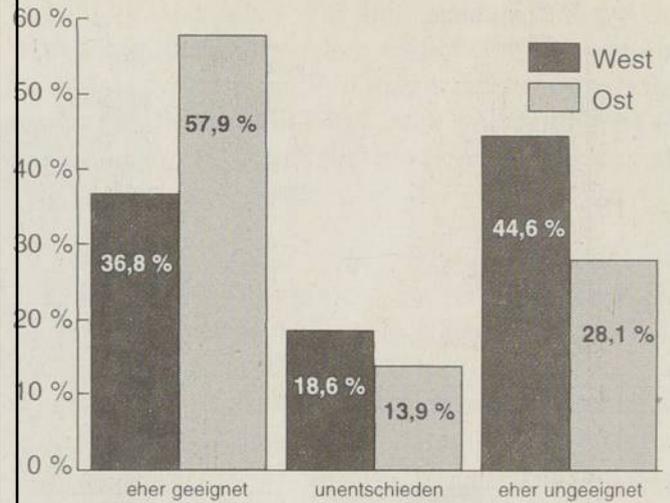


Abb. 15: Willkommen für Ausländer, die in unserem Land leben möchten

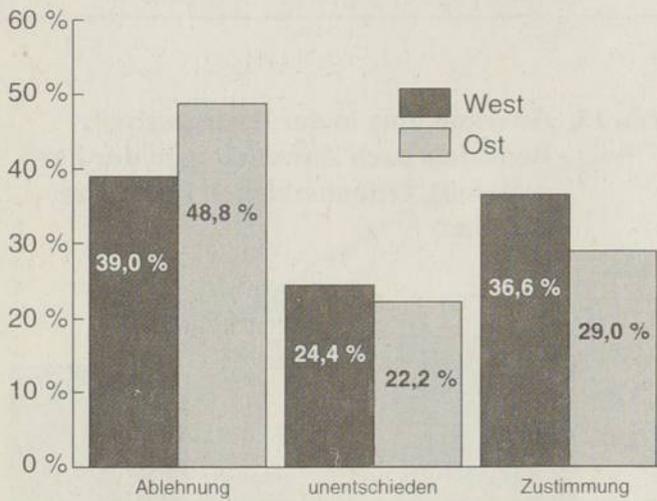
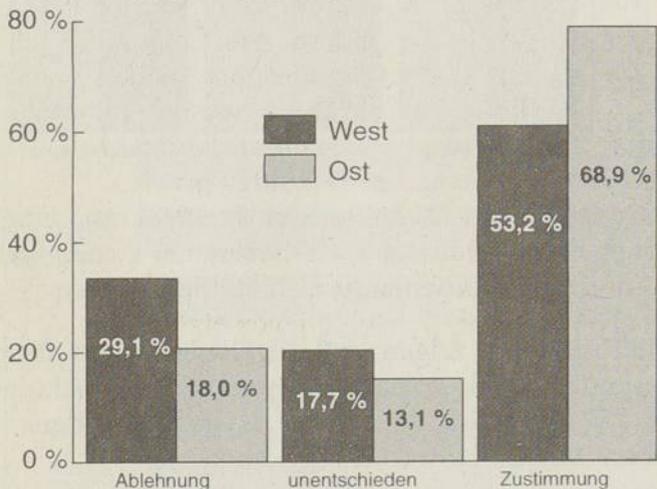


Abb. 16: Härtere Verfahrensweise mit Kriminalität und Unmoral



Osten tatsächlich besser gestaltet haben, ist empirisch schwer zu beantworten. Brähler u. a. haben darauf hingewiesen, daß ältere Personen in Ost und West, die vor dem Entstehen der DDR und der Bundesrepublik gleiche Sozialisationsbedingungen hatten, sich

innerhalb der Gesellschaft besonders stark unterscheiden insofern, als ältere Menschen im Osten sich an ihre Eltern besonders positiv erinnern¹³.

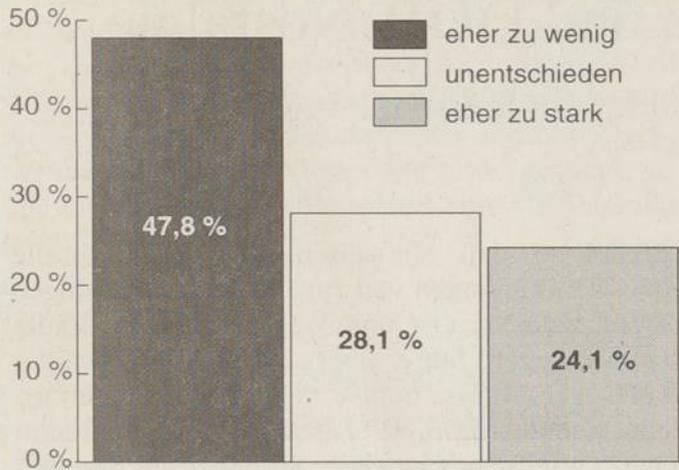
Es gibt keine gesicherten Belege für die These von Chr. Pfeifer, daß ganze Generationen in den neuen Ländern durch Krippenerziehung geschädigt seien¹⁴.

Während die Ostdeutschen einen Harmonie und gefühlsmäßige Befriedigung versprechenden Privatbereich schildern, sehen sie andererseits eine unfreundliche und Mißtrauen erweckende Außenrealität. Sie sehen sich von außen vergleichsweise stärker durch Gefahren bedroht. So gestehen die Ostdeutschen mehr Angst vor Ausländern zu (vgl. Abb. 14) und heißen Ausländer, die im Land leben möchten, eher weniger willkommen (vgl. Abb. 15), obwohl der dortige Ausländeranteil bekanntlich sehr viel geringer ist als im Westen (dies wäre eine Bestätigung der psychologischen Regel, wonach Ressentiment-Bereitschaft mit einem Defizit an narzißtischer Genugtuung wächst). Die Ostdeutschen wünschen sich ein härteres Vorgehen gegen Kriminalität und Unmoral und sind der Anwendung der Todesstrafe weniger entschieden abgeneigt als die Westdeutschen (vgl. Abb. 16 und Abb. 17). Kurz: Sie erwarten eine strengere Kontrolle des „Bösen“ draußen, vor dem sie in dem warmen Klima ihrer sozialen Binnenwelt verschont bleiben wollen.

13 Vgl. E. Brähler/J. Schumacher/M. Eisemann, Das erinnerte elterliche Erziehungsverhalten im Ost-West-Vergleich und seine Beziehung zur aktuellen Befindlichkeit, in: I. Kerz-Rühling/T. Plänklers (Hrsg.), Sozialistische Diktatur und psychische Folgen (Psychoanalytische Beiträge aus dem Sigmund-Freud-Institut Frankfurt a. M., Band 4), Tübingen 1999 (im Druck).

14 Vgl. Chr. Pfeifer, Zuflucht unterm Kirchendach. Schwierige Debatte zwischen Ost und West: Welchen Anteil hat die DDR-Erziehung an Ausländerfeindlichkeit, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 3. 1999.

Abb. 18: Wird die Wirtschaft von der Politik zu wenig oder zu stark kontrolliert?



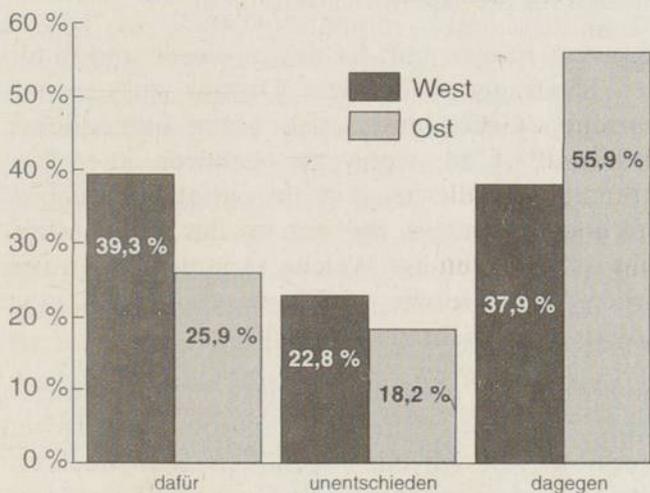
Politische Fragen

Politisch erwartet man in Ost und West, daß die Politik die Wirtschaft stärker kontrollieren sollte (vgl. Abb. 18).

Zur Frage der deutschen Beteiligung an Nato-Militärschlägen (in der zweiten Aprilhälfte 1999 vorgelegt) haben die Ostdeutschen mehrheitlich eine klar ablehnende, die Westdeutschen eine geteilte Meinung (vgl. Abb. 19). Dies entspricht den Ergebnissen einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im April 1999¹⁵.

Daß die immer noch auf deutschem Boden gelagerten amerikanischen Atomwaffen beseitigt werden sollten, erwarten beide Seiten; die Ostdeutschen wiederum mit einer noch stärkeren Mehrheit (vgl. Abb. 20).

Abb. 19: Sind Sie dafür oder dagegen, daß sich deutsche Soldaten an Nato-Militärschlägen beteiligen?

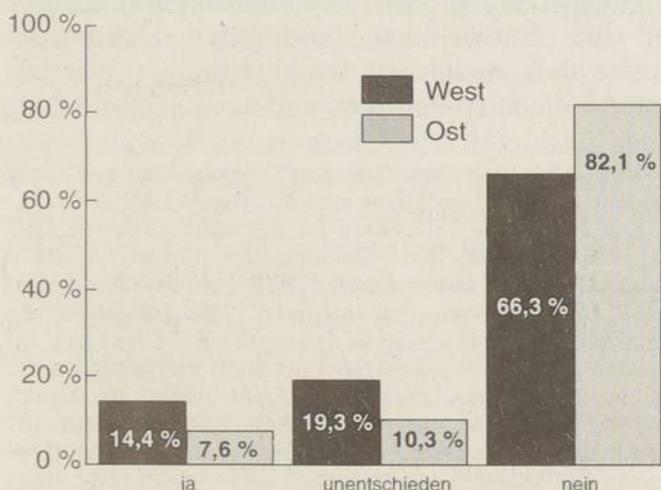


Schlußfolgerungen

Wenn sich in einer Beziehung ein Teil vom anderen relativ entwertet fühlt, wird er sich dem anderen nicht annähern, sondern sich eher trotzig abgrenzen, weil Annäherung heißen würde, die eigene Selbstachtung noch mehr zu gefährden. Dann wird seine Bereitschaft zur Selbstkritik gebremst, weil diese wie Unterwerfung unter den anderen Teil empfunden wird. Wenn offen erklärt wird, Wahlen könnten in der Bundesrepublik nur mit einer Politik für den Westen gewonnen werden, weil die Ostwählerstimmen zu wenig ins Gewicht fielen, dann ist der Weg für eine weitere Entfremdung gebahnt.

Also sollten die Befunde unserer Untersuchung nicht danach eingeschätzt werden, welche Seite besser abschneidet, sondern wie dem östlichen Übergewicht z. B. an Pessimismus, Widerstandsschwäche und Argwohn Abhilfe geschaffen werden könnte und wie andererseits die stärkeren östlichen sozialen Qualitäten, die in erfüllten privaten Beziehungen – Familie, Partnerschaft, Freundschaft, Nachbarschaftshilfe – zum Vorschein kommen, zu einem Bindemittel auch im Ost-West-Verhältnis werden könnten. Denn hier liegen emotionale Ressourcen für eine Überwindung der Ost-West-Kluft, ohne die das oft beschworene Zusammenwachsen nicht gefördert werden kann. Aber gesamtdeutscher Gewinn aus diesen Ressourcen wird sich erst einstellen, wenn zur Überwindung der materiellen Benachteiligung und der westlichen Bevormundungshaltung (z. B. Westdeutsche in vielen östlichen Spitzenpositionen) mehr geschieht.

Abb. 20: Mit weiterer Lagerung amerikanischer Atombomben auf deutschem Boden einverstanden?



¹⁵ Vgl. Chr. Dieckmann, Friedenskind, hilflos mittendrin, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 20. 4. 1999, S. 9.

Zwischen Freiheitssuche und DDR-Nostalgie

Lebensentwürfe und Gesellschaftsbilder ostdeutscher Jugendlicher

I. Zwischen Wertewandel und Distanz zur gesamtdeutschen Gesellschaft

Immer wieder ist in den nunmehr zehn Jahren nach dem Herbst 1989 gefragt worden, welches soziokulturelle „Gepäck“ junge Ostdeutsche in das vereinigte Deutschland mitgebracht haben – welche Lebensentwürfe, welche alltagspraktischen Orientierungen, welche Gesellschaftsbilder. Schon kurz nach der politischen Wende wurden Umfragen präsentiert, aus denen sich auf einen grundlegenden soziokulturellen Wandel schließen ließ der die jüngere Generation in Ostdeutschland schon zu DDR-Zeiten erfaßt hatte. Zur Beschreibung des Veränderungsprozesses wurde vielfach der Begriff des Wertewandels gebraucht – wesentliche Charakteristika, die in Analysen zum Wertewandel in Westdeutschland herausgearbeitet worden sind, lassen sich im ostdeutschen Kontext wiederfinden. Beispielsweise stellten Imbke Behnken u. a. aufgrund einer Befragung von Schülerinnen und Schülern in Ost und West im Jahr 1990 fest, die jungen Deutschen hätten bereits eine Vereinigung im „Wertehimmel“ vollzogen¹.

Auch Umfrageergebnisse der DDR-Sozialforschung, die vor 1989 unter Verschuß gehalten wurden, weisen in diese Richtung, wie z. B. Thomas Gensicke in verschiedenen Veröffentlichungen konstatiert: Demnach wuchs seit den siebziger Jahren die Zustimmung zu Einstellungen, aus denen sich die Suche nach Lebensgenuß (z. B. „Liebe und Sexualität voll genießen“) und Ausbruch aus dem Alltäglichen (z. B. „etwas Verrücktes erleben, echte Abenteuer haben“) ableiten läßt; das weist durchaus auf ein Streben nach Selbstentfaltung hin, wie es in der westdeutschen Wertewandel-Diskussion festgestellt wurde².

1 Vgl. Imbke Behnken u. a., Schülerstudie '90. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung, Weinheim – München 1991.

2 Vgl. Thomas Gensicke, Unzufrieden, aber aktiv und optimistisch. Zur Mentalität der jungen Generation in den neuen deutschen Bundesländern, in: Journal für Sozialforschung, (1993) 2, S. 175 ff.

Parallel zu den Hinweisen auf soziokulturelle Übereinstimmungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ost und West wurden im Laufe der neunziger Jahre aber auch immer wieder Umfrageergebnisse publik, die eine bei vielen Ostdeutschen ausgeprägte Distanz zur gesamtdeutschen Gesellschaft belegen. So gaben im Sommer 1999 bei einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Zeitung „Die Woche“ 42 Prozent der befragten Ostdeutschen an, sie hätten sich „im Gesellschaftssystem der DDR alles in allem wohler gefühlt als heute“; 31 Prozent verneinten dies, 18 Prozent sahen keinen Unterschied, neun Prozent entschieden sich für die Antwort „weiß nicht“³.

Das wirft Fragen auf: Ist die in dieser und ähnlichen Umfragen bekundete Distanz zur gesamtdeutschen Gesellschaft auch unter Jugendlichen verbreitet? Und wenn ja, gehören dieselben Jugendlichen, die nach Selbstentfaltung suchen, auch zu denjenigen, die sich in der DDR insgesamt wohler fühlten? Welche Orientierungen verbergen sich hinter Schlagworten wie etwa „Selbstverwirklichungsstreben“?

Antworten auf diese und andere Fragestellungen suchte ich mit Hilfe von soziobiographischen Interviews, die ich mit Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern führte. Im Zuge der hermeneutischen Interpretation dieses Interviewmaterials sollten soziale Deutungsmuster der Jugendlichen herausgearbeitet werden⁴. Eine eingehende Analyse von Einzelfällen, wie ich sie erarbeitete, erlaubt es, die Strukturen und Begründungszusammenhänge von Deutungsmustern ebenso zu erschließen wie die lebensweltlichen Hintergründe für die Entwicklung bestimmter Deutungen. Neben den Anzeichen soziokulturellen Wandels gehörte die Sicht der alten und neuen Gesellschaft

3 Vgl. „Der Osten im Zwiespalt“, Woche-Umfrage unter Ostdeutschen, in: Die Woche vom 27. August 1999, S. 6.

4 Die Interviews entstanden im Zeitraum zwischen 1992 und 1996. Die Anzeichen soziokulturellen Wandels blieben in dieser Zeit stabil; Tendenzen der DDR-Nostalgie haben hingegen möglicherweise zugenommen. Die Interviewinterpretation erfolgte in einem Gruppenprozeß, in dem eine gemeinsame Sicht des jeweiligen Einzelfalls erarbeitet wurde. Bei der Zusammensetzung der Gruppen achtete ich darauf, daß Personen mit unterschiedlichen biographischen Erfahrungen vertreten waren: Ostdeutsche und Westdeutsche, Frauen und Männer.

ebenso zu den Schwerpunkten der Analyse wie fremdenfeindliche und rassistische Deutungen der sozialen Wirklichkeit. Der Komplex der rassistischen Orientierungen soll dabei an dieser Stelle nur am Rande thematisiert werden⁵. Statt dessen wird im folgenden die Ambivalenz von soziokultureller Modernisierung einerseits und der Orientierung an den Strukturen der untergegangenen DDR-Gesellschaft andererseits im Mittelpunkt stehen.

II. Voraussetzungen des soziokulturellen Wandels

Bevor erörtert werden soll, welche grundlegenden Orientierungen sich im Zuge des soziokulturellen Wandels herausgebildet haben, ist zu fragen, welche gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR-Gesellschaft einen solchen Wandel befördert hatten. Die Faktoren, die für den soziokulturellen Wandel in Westdeutschland ursächlich waren, sind vielfach thematisiert worden; zu nennen sind: der Strukturwandel der gesellschaftlichen Arbeit (Tertiärisierung und Intellektualisierung; Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen); im Zusammenhang damit die massive Steigerung des Lebensstandards, der Ausbau des Sozialstaats, die Arbeitszeitverkürzung und die »Bildungsexpansion« seit den sechziger Jahren; die Enttraditionalisierung und Individualisierung von Lebensläufen und Lebensstilen, zugleich auch die Diskontinuität von Erwerbsbiographien; nicht zuletzt auch die kulturelle Öffnung in der Folge von „1968“.

Eine Reihe dieser sozialen Voraussetzungen des Wandels können auch für die DDR festgestellt werden – in spezifischem Kontext. Einen starken Schub in Richtung soziale Mobilität erlebte bereits die DDR-„Aufbaugeneration“, in der viele Arbeiterkinder höhere Bildungsabschlüsse erwerben und beruflich aufsteigen konnten. Dies begünstigte Selbstentfaltungsprozesse, gleichzeitig förderte der Staat die Berufstätigkeit von Frauen. In der Folge veränderten sich Familienmodelle – die Zahl der Scheidungen, der Alleinerziehenden, der nichtehelichen Lebensgemeinschaften usw. stieg an. Die Auswirkungen dieser Veränderungen waren auch noch für die junge Generation der siebziger und achtziger Jahre von Bedeutung: Die Jugendlichen dieser Zeit waren vielfach bereits in nichttraditionellen Familienformen aufgewachsen, konnten teilweise von den Eltern die Orientierung

auf Bildungserwerb und berufliche Mobilität übernehmen. Allerdings gab es unter den ökonomischen Bedingungen der achtziger Jahre vergleichsweise wenig Raum für Selbstentfaltung im Beruf, vielmehr waren Tendenzen zu sozialer Schließung und Erstarrung wirksam⁶. Es fand auch kein so tiefgreifender Wandel der Arbeitsgesellschaft statt wie in der Bundesrepublik – nicht in der Form der Produktion und schon gar nicht in den Beschäftigungsverhältnissen.

Motor des soziokulturellen Wandels war also keineswegs ein Veränderungsprozeß in diesem Bereich, vielmehr ging von den eingeschränkten Chancen beruflicher Mobilität wie auch der Standardisierung der Arbeitsverhältnisse eine Gegenbewegung aus: Wolfgang Kühnel sieht eine „Aufwertung des Alltagskulturellen“ – demnach lebten viele den Anspruch auf Selbstentfaltung in den Lebensbereichen jenseits der immer unattraktiveren Erwerbsarbeit aus; es vollzog sich eine „nischenhafte Modernisierung in den Erfahrungsbezügen und Lernfeldern nichtinstitutioneller Lebensbereiche“⁷. Wesentliche materielle Voraussetzungen für das Aufkommen eines Strebens nach Selbstentfaltung waren in der DDR gegeben: ein relativer Wohlstand für die Masse der Bevölkerung sowie umfassende soziale Sicherheit, auch eine Ausweitung der erwerbsarbeitsfreien Zeit. Zugleich kann angesichts des seit den sechziger Jahren insgesamt gestiegenen Niveaus der Bildungs- und Berufsabschlüsse auch für die DDR von einer »Bildungsexpansion« gesprochen werden – in den achtziger Jahren erhielten immerhin ca. 25 Prozent eines Altersjahrgangs Zugang zu einer weiterführenden Bildungslaufbahn, mit der ein Hoch- oder Fachschulabschluß erreicht werden konnte. Damit hatten Jugendliche insgesamt mehr Freiraum zur Entwicklung kultureller Kompetenz, aber auch zur Reflexion und Selbstfindung.

Als Anzeichen eines soziokulturellen Wandels konnten zu DDR-Zeiten insbesondere die Tendenzen der politischen Desintegration und der Hinwendung zu einer unpolitischen Freizeitkultur gewertet werden. Nach Ergebnissen der DDR-Soziologie verbrachten Jugendliche in den achtziger Jahren den größten Teil ihrer Freizeit mit dem Konsum von Medien (Musik hören, Fernsehen, Lesen); das Zusammensein in Gruppen von Gleichaltrigen war der zweite wesentliche Kristal-

6 Vgl. Thomas Gensicke, Werte und Wertwandel im Osten Deutschlands, in: Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.), Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt a. M. – New York 1992, S. 677 ff.

7 Wolfgang Kühnel, Doppelte Identität. Jugendliche im Vereinigungsprozeß, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1991) 11, S. 1335 f.

5 Vgl. dazu ausführlicher Thomas Rausch, Zwischen Selbstverwirklichungsstreben und Rassismus. Soziale Deutungsmuster ostdeutscher Jugendlicher, Opladen 1999.

lisationspunkt des jugendlichen Freizeitverhaltens. Politische Aktivitäten, sogenannte gesellschaftliche Arbeit, spielten für die Durchschnittsjugendlichen eine untergeordnete Rolle. Der Trend zu einem regen Cliquenleben in staatsfreien Räumen setzte dem staatlichen Anspruch, das Alltagsleben der Bevölkerung institutionell zu durchdringen, Grenzen. Neben diesen Entwicklungen im Freizeitverhalten war Umfrageergebnissen zufolge bei Jugendlichen im Lauf der achtziger Jahre auch ein deutlicher Rückgang der Loyalität gegenüber dem DDR-System zu verzeichnen. Der politische Wissenskanon wurde von vielen als abfragbarer Lernstoff behandelt, die Identifikation mit den politischen Inhalten ging zurück. Mit der Rockmusikszene und Discokultur etablierten sich Orte für die Artikulation nichtkonformer Orientierungen. Als Gipfel dieser Entwicklung sind die Subkulturen zu betrachten, die sich in einigen wenigen Großstädten herausbildeten und zum Anziehungspunkt für eine Minderheit von jungen Leuten wurden⁸.

III. Umriss eines neuen kulturellen Modells

Bei der Auswertung der Interviews mit ostdeutschen Jugendlichen, die ich in den neunziger Jahren führte, fielen sehr bald Parallelen zu den Orientierungen von westdeutschen Jugendlichen auf, die in der Forschung zum soziokulturellen Wandel in der „alten“ Bundesrepublik beschrieben worden sind. Das im westdeutschen Kontext entwickelte Konzept eines neuen kulturellen Modells⁹ erwies sich auch bei der Interpretation der Interviews ostdeutscher Jugendlicher als geeignetes Analyseraster¹⁰: Wesentliche Charakteristika des neuen kulturellen Modells finden sich unter ostdeutschen Jugendlichen wieder, wobei von Einzelfall zu Einzelfall große Unterschiede auftreten. Während sich innerhalb der von mir untersuchten

8 Vgl. Antonia Grunenberg, *Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR 1971–1990*, Bremen 1990, S. 102 ff.

9 Vgl. Rainer Zoll u. a., „Nicht so wie unsere Eltern!“ Ein neues kulturelles Modell?, Opladen 1989.

10 An die Adresse methodisch interessierter Leserinnen und Leser ist an dieser Stelle der Hinweis zu richten, daß das Konzept des neuen kulturellen Modells selbstverständlich nicht von vornherein an das ostdeutsche Interviewmaterial herangetragen wurde. Zunächst sollten ausschließlich aus den vorliegenden Interviews Kategorien gewonnen werden. Erst nachdem die dabei festgestellten Strukturen – durchaus unerwarteterweise – in vielerlei Hinsicht mit den Spezifika des neuen kulturellen Modells übereinstimmten, wurde dieses Konzept systematisch zur Analyse des Materials heran- gezogen.

repräsentativen Stichprobe (Sample) einzelne Jugendliche geradezu als Prototypen des neuen kulturellen Modells darstellen, ist bei anderen nur wenig oder kaum etwas vom soziokulturellen Wandel zu spüren. Belegt ist somit nur, daß in Ost- und Westdeutschland ein vergleichbarer Prozeß des Wandels stattgefunden hat und stattfindet. Über die gesellschaftliche Reichweite dieses Wandels und darüber, ob er in Zukunft immer größere Teile der Gesellschaft erfassen wird, können dagegen keine Aussagen getroffen werden.

Ein wesentlicher analytischer Bezugsrahmen, in dem sich das Konzept des neuen kulturellen Modells ansiedelt, sind die Strukturen der „Risikogesellschaft“¹¹ – insbesondere die fortschreitende Individualisierung. Die Freisetzung der Individuen aus traditionellen Bindungen, kulturellen Gewißheiten und vorgegebenen Biographiemustern bringt es mit sich, daß die einzelnen sich in verstärktem Maße ihrer Identität vergewissern müssen. Dies gilt in besonderer Weise für die ostdeutsche Gesellschaft nach der politischen Wende. An die Stelle der Standardisierung und Planung von Lebensläufen durch den paternalistischen Staat traten Individualisierung und Marktabhängigkeit. Wo obrigkeitstaatliche Normen mit einem Mal obsolet waren, sahen sich die Individuen auf sich selbst zurückgeworfen. Unter diesen Bedingungen wurde „Identitätsarbeit“¹² zu einer dauernden Aufgabe; damit ergibt sich notwendig ein höheres Maß an Selbstbezüglichkeit.

Der veränderte Selbstbezug ist grundlegend für das neue kulturelle Modell: Im Zuge des soziokulturellen Wandels wird zunehmend das bisher gesellschaftlich prägende, auf der säkularisierten Form der protestantischen Ethik beruhende alte kulturelle Modell abgelöst, dessen Kern Selbstverleugnung ist. Demgegenüber basiert das neue kulturelle Modell auf einer anderen Grundlogik; in seinem Zentrum steht ein „neues Verhältnis der Individuen zu sich selbst . . . eine besonders intensive Art der Selbstbezüglichkeit – eine neue Form dessen, was Michel Foucault die Sorge um sich nennt“¹³. Diese Haltung drückt sich im Streben nach Selbstverwirklichung aus. Wobei das Selbstverwirklichungsstreben kulturhistorisch durchaus nicht neu ist – neu ist vielmehr seine massenhafte Verbreitung.

11 Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986.

12 Vgl. Heiner Keupp, *Identitätsverlust oder neue Identitätsentwürfe?*, in: Rainer Zoll (Hrsg.), *Ein neues kulturelles Modell. Zum soziokulturellen Wandel in Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas*, Opladen 1992, S. 106.

13 Rainer Zoll, *Der soziokulturelle Wandel in der Bundesrepublik*, in: ebd., S. 14.

Ein zentraler Stellenwert der Suche nach Selbstverwirklichung zeichnete sich innerhalb meiner Interviews insbesondere bei zwei Fallbeispielen ab, bei der 18jährigen Kerstin und der 17 Jahre alten Line¹⁴. Kerstin beansprucht für sich „*ein Stück Freiheit*“: Sie will – zumindest für die nächsten Jahre – Freiheit von den Erwartungen eines Partners, sie will die Welt entdecken (Auto fahren, reisen), sich persönlich weiterentwickeln und ihren individuellen Vorlieben folgen; den Ausdruck „*austoben*“ gebraucht sie in diesem Zusammenhang ebenfalls. Unübersehbar ist: Sie will ihre persönliche Zukunft offenhalten, will sich Entwicklungsmöglichkeiten nicht verbauen. Genauso ist auch in Kerstins beruflichen Orientierungen das Streben nach persönlicher Entfaltung unübersehbar. Ursprünglich wollte sie Ärztin werden, sie spricht in diesem Zusammenhang von ihrem „*Traumberuf*“. Durch das Ergebnis eines Allergietests, dem sie sich im Hinblick auf ihren Berufswunsch unterzog, sah sie jedoch den Zugang zu dem angestrebten Beruf verbaut. Daraufhin zog sie sich auf eine instrumentelle Arbeitsorientierung zurück und wählte einen Beruf, der für sie im wesentlichen nicht mehr als ein Broterwerb ist: die Tätigkeit als Bürokauffrau. Allerdings hat sie die Suche nach einer Tätigkeit, mit der sie sich identifizieren könnte, noch nicht aufgegeben. So denkt sie daran, eine weitere Ausbildung im Hotelgewerbe zu absolvieren; eine Tätigkeit in diesem Sektor ist in ihren Augen offenbar mit Reisen, interessanten Kontakten u. ä. verbunden. Aus der Suche nach Identifikation mit ihrer Arbeit entspringt offenbar auch eine andere Überlegung von Kerstin – sie würde gerne ihr Hobby (Autofahren) mit einem Beruf verknüpfen, etwa durch die Tätigkeit als Sekretärin in einer Kfz-Werkstatt.

Auch Line sucht Selbstverwirklichung im Beruf – deutlich erkennbar ist bei ihr das Streben nach einer kreativen oder sozial nützlichen Tätigkeit. Nach dem Abitur will sie sich beruflich noch nicht festlegen, sondern erst einmal interessante Erfahrungen machen: „... *wenn ich mein Abi hab', dann also, hab' ich mir überlegt, entweder geh' ich ein Jahr ins Ausland, entweder mach' ich ein Jahr Sozialarbeit, also soziales Jahr, oder na, ich fang' erst mal 'ne Lehre an – also jetzt' praktisch, so zum Beispiel Töpfer oder so was. Daß ich irgendwas Praktisches – also irgendwie 'n Handwerk wollte ich . . . eventuell auch machen. Daß ich das erst mal in der Tasche hab' und dann eventuell noch . . . studier'. Aber das steht alles noch nich' fest.*“

Von den drei Alternativen, die Line für die Zeit nach ihrem Abitur in Erwägung zieht, verspricht ein Auslandsjahr sicherlich am meisten neue

Erlebnisse und Eindrücke. Aber auch bei einem „*Freiwilligen sozialen Jahr*“ spielt Selbsterfahrung neben dem Einsatz für humanistische Ziele wohl eine Rolle; eine Töpferlehre schließlich erlaubt es, Kreativität auszuleben. Damit eröffnet jedes der drei genannten Projekte zumindest teilweise die Chance zur Selbstverwirklichung: Es ist offensichtlich, daß Line hiernach sucht. Neben dem Beruf stellen sich für Line auch kreative Freizeitbeschäftigungen oder eigene Kinder als Möglichkeiten dar, sich auszuleben. Eine besondere Selbstbezüglichkeit und Verantwortung für sich selbst wird auch in ihrem Anspruch, ausreichend Zeit für sich allein zu haben, augenfällig. Ebenso ist ihre Suche nach persönlicher Autonomie einzuordnen, die sich u. a. in dem starken Wunsch ausdrückt, grundlegende Entscheidungen in ihrem Leben selbst zu treffen – ohne den Einfluß der Eltern.

Auch der 19jährige Sven zeigt einen deutlich expressiven Bezug zu seiner Arbeit – obwohl die Ausbildung zum Industrieelektroniker, die er gerade durchläuft, nicht unbedingt dem Ideal einer kreativen Tätigkeit entspricht. Doch kann er in seiner Arbeit „*Abwechslung*“ finden: Er und seine Kollegen müssen bei Einzelanfertigungen immer neue technische Problemlösungen entwickeln, damit hat ihr Job durchaus eine kreative Seite. An dieser ist Sven sehr gelegen. Auch den Zivildienst begrüßt er als „*Abwechslung*“; er hat Interesse für eine Tätigkeit im sozialen Bereich. Weiter geht seine Experimentierfreude allerdings nicht, dafür hat Arbeitsplatzsicherheit bei ihm einen hohen Stellenwert. Insgesamt ist das Bestreben, sich über die Arbeit zu entfalten, bei Sven jedoch ein keineswegs untergeordnetes Motiv.

Neben der Suche nach einem „*Traumberuf*“ und dem besonders bei Line erkennbaren Leitbild einer kreativen oder sozial nützlichen Arbeit tauchen in meinen Interviews weitere wesentliche Topoi der für das neue kulturelle Modell typischen Arbeitsorientierung auf, vor allem das Motiv, Spaß bei der Arbeit zu suchen (sofern inhaltliche Identifikation nicht möglich ist), und der Traum von der Selbstständigkeit. Angesichts des Befunds, daß Orientierungen aus dem Kontext des neuen kulturellen Modells bei manchen der befragten Jugendlichen wenig oder so gut wie gar nicht anzutreffen sind, verbietet sich der Schluß, daß diese Orientierungen bei jungen Ostdeutschen quasi bereits Allgemeingut sind. Aus verschiedenen gesamtdeutschen Jugendumfragen ergibt sich gleichwohl ein etwas anderes Bild: Danach ist zumindest das Selbstverwirklichungsstreben in Ost und West gleichermaßen sehr weit verbreitet. Beispielsweise nannten bei einer Fragebogenerhebung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) von 1990 rund 80 Prozent der befragten Schülerinnen und Schü-

14 Die Namen der Jugendlichen sind fiktiv.

ler die „Entfaltung persönlicher Fähigkeiten“ als ein Lebensziel, das sie „stark“ oder „sehr stark“ anstrebten. Etwa 95 Prozent kreuzten das Lebensziel „interessante Arbeit“ an („stark“ oder „sehr stark“ angestrebt). Diese Werte waren in Ost- und Westdeutschland in etwa gleich hoch¹⁵. Daraus könnte nun geschlossen werden, daß Selbstverwirklichung für etwa 80 Prozent der jungen Ostdeutschen ein wesentliches Ziel ist. Vor dem Hintergrund meiner Fallstudien erscheint eine solche Bilanz jedoch vorschnell. So war in der DJI-Befragung keine Prioritätensetzung unter den verschiedenen Aussagen vorgesehen, möglicherweise wirkten die Antwortvorgaben auch zum Teil suggestiv.

IV. Ostdeutsche Spezifika im soziokulturellen Wandel

Auffällig sind bei den befragten Jugendlichen verschiedene ostdeutsche Spezifika, die sich von den in Westdeutschland gewonnenen Ergebnissen zum neuen kulturellen Modell abheben. So ist unübersehbar, daß die Jugendlichen materiellen Aspekten oder der Sicherheit des Arbeitsplatzes insgesamt eine größere Bedeutung beimessen, als dies im westdeutschen Untersuchungszusammenhang von Zoll u. a. beobachtet worden ist. Selbst Line, in deren Arbeitsorientierungen das neue kulturelle Modell besonders ausgeprägt in Erscheinung tritt, macht sich Gedanken über ihre materielle Absicherung und zieht auch aus diesem Grund eine Lehre vor dem Studium in Betracht – wenngleich diese Frage in ihren Überlegungen eher untergeordnete Bedeutung hat. Kerstin hingegen legt – trotz Selbstverwirklichungsstrebens – auf materielle Dinge großen Wert, sie will „jetzt endlich mal anfangen, Geld zu verdienen“; zu ihren Erwartungen gehören „Geld verdienen, Wohnung, Auto“. Das anscheinend größere Gewicht von Gelderwerb und beruflicher Sicherheit kann mit dem ostdeutschen Nachholbedarf beim Konsumieren erklärt werden, ebenso mit der besonders desolaten Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Ist die Aussage, daß Arbeitslohn und Arbeitsplatzsicherheit bei ostdeutschen Jugendlichen eine größere Rolle spielen als bei westdeutschen, anhand weniger Fallstudien eher nur als Hypothese zu formulieren, so wird sie durch Ergebnisse der quantitativen Forschung bestätigt. Anhand einer Umfrage von Mitte 1991 konstatierte Thomas Gensicke unter ost- und westdeutschen Jugend-

lichen (18- bis 24jährige) bei Berufsmotiven, die auf Selbstentfaltung zielen, im Durchschnitt ähnlich hohe Werte. Gleichzeitig wird die Sicherheit des Arbeitsplatzes in Ostdeutschland als noch wichtiger eingestuft (Mittelwert 6,5 auf einer 7er-Skala) – anders als im Westen (Mittelwert 6,0). Auch auf das Einkommen legen Ostdeutsche durchschnittlich stärkeres Gewicht (Mittelwert Ost: 6,0; West: 5,3)¹⁶.

Der interessanteste Unterschied beim Ost-West-Vergleich hinsichtlich des Selbstverwirklichungsstrebens scheint mir allerdings, daß junge Frauen in Ostdeutschland offenbar ähnlich stark wie junge Männer nach Selbstverwirklichung im Beruf suchen – innerhalb der zufälligen Auswahl der von mir befragten Jugendlichen sind Frauen sogar diejenigen mit den ausgeprägtesten dahingehenden Orientierungen. Dabei wurden Themen wie das Leitbild einer kreativen oder sozial nützlichen Arbeit im westdeutschen Untersuchungszusammenhang von Zoll u. a. ausdrücklich als Arbeitsorientierungen bezeichnet, die sich vorwiegend bei jungen Männern finden. Bei den meisten jungen Frauen in der Studie von Zoll u. a. steht im Vordergrund, daß sie über die Berufstätigkeit persönliche Autonomie gewinnen wollen¹⁷. Hierbei wirkt sich wahrscheinlich aus, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen in der DDR deutlich stärker verbreitet und damit selbstverständlicher war als in der Bundesrepublik. Die eigene Lohnarbeit ist bei einem Gros ostdeutscher Frauen, vor allem bei den jüngeren, unhinterfragter Bestandteil ihres Lebens – nicht anders als bei Männern¹⁸. Damit hat wohl auch eine Angleichung der Ansprüche an die Arbeit stattgefunden.

Außerdem scheinen Probleme der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienrolle für ostdeutsche junge Frauen weniger ein Thema zu sein als für westdeutsche. Bei meinen drei Fallstudien zu weiblichen Jugendlichen springt ins Auge, daß zwei dieser jungen Frauen (Line und Silke) sich im Interview über diese Frage keine Gedanken machen. Im Gegenteil, Line und Silke betrachten ihre Berufstätigkeit als Voraussetzung, sich und ihre (künftigen) Kinder ernähren zu können. Sie streben nach ökonomischer Eigenständigkeit, um – mit oder ohne einen Partner – den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Kinder sicherstellen zu können. Das Spezifische dieser Berufs- und Familienorientierung ist gerade auch im Kontrast zu anderen Formen des Umgangs mit dieser The-

16 Vgl. Th. Gensicke (Anm. 2), S. 183 ff.

17 Vgl. R. Zoll u. a. (Anm. 9), S. 126 ff.

18 Vgl. Regina Kröplin, Das Selbstbild ostdeutscher Frauen, in: Rainer Zoll (Hrsg.) Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt a. M. 1999.

matik zu erkennen: So finden sich bei Kerstin mit dem Drei-Phasen-Modell (Beruf – Unterbrechung der Berufstätigkeit in der Kleinkindphase – Beruf) und dem Hinausschieben der schwierigen Familienplanung eben jene Muster, die von Zoll u. a. bei westdeutschen jungen Frauen analysiert worden sind; bei Line und Silke jedoch ist Vergleichbares nicht anzutreffen.

Sind beim Selbstverwirklichungsstreben und bei der Arbeitsorientierung die genannten ostdeutschen Spezifika, insbesondere bei jungen Frauen, festzustellen, so zeichnen sich bei der neuen kommunikativen Kultur, einem weiteren Charakteristikum des neuen kulturellen Modells, keine signifikanten Ost-West-Unterschiede ab. In Ost wie in West spielt Kommunikation für die alltägliche Lebensbewältigung vieler Jugendlicher heute eine wesentliche Rolle. Das Jonglieren mit unterschiedlichen Erwartungen ans Leben, mit Beziehungsmodellen, verschiedenen Optionen beruflicher Sinnsuche, mit Geschlechtsrollenentwürfen usw. verlangt den jungen Individuen erhöhten Aufwand ab, um Orientierung zu gewinnen. Das Stichwort „Identitätsarbeit“ ist in diesem Zusammenhang schon gefallen. Damit steigt der Bedarf an kommunikativer Selbstvergewisserung. Da Handlungssicherheit praktisch in allen Lebensbereichen dahinschwindet, ist Kommunikation als Handlungsmuster quasi allgegenwärtig. Wenn alle Entscheidungen kommunikativ legitimiert sein müssen, dann brauchen die Individuen auch Zeit und den geeigneten Rahmen für Kommunikation – ob dies der Brunch im Freundeskreis oder die Teestube in kirchlichen Räumen ist; anziehend wirken die tendenziell fehlende Zeitbegrenzung ebenso wie das Zusammensein. In einer solchen Atmosphäre können menschliche Nähe und Vertrauen hergestellt werden, die nicht von vornherein aufgrund gleicher Lebenslagen gegeben sind.

V. Soziokulturelle Modernisierung und Widerstand gegen die Moderne

Zugleich mit den deutlichen Anzeichen der soziokulturellen Modernisierung finden sich in meinen Interviews starke Tendenzen einer Verklärung von autoritären gesellschaftlichen Strukturen, die zu DDR-Zeiten bestanden haben. Da wollen Jugendliche einerseits die Vorzüge der gesellschaftlichen Modernisierung nutzen und begeben sich auf die Suche nach Selbstverwirklichung – andererseits aber wenden sich teilweise dieselben Jugendlichen gegen die Moderne und ihre Folgen: gegen Individualisierung (die an die Stelle von DDR-spezifischen

kollektiven Strukturen getreten ist), gegen individuell zu tragende Risiken (die mit der Beseitigung des staatlichen Paternalismus auftreten). Die Übersichtlichkeit einer autoritär überformten DDR wird der gesellschaftlichen Komplexität der Gegenwart positiv entgegengesetzt. Teilweise verbindet sich die nachträgliche Idealisierung von autoritären gesellschaftlichen Bedingungen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Orientierungen – mit der Ablehnung von Pluralisierung und Internationalisierung der Gesellschaft (worauf im Rahmen dieses Aufsatzes jedoch nur kurz verwiesen werden kann). In der Gleichzeitigkeit von soziokultureller Modernisierung und Widerstand gegen die gesellschaftliche Moderne liegt eine tiefgreifende Paradoxie der Entwicklung in Ostdeutschland nach 1989.

Ursachen der Welle der DDR-Nostalgie, die ostdeutsche Jugendliche (wie auch andere Altersgruppen) erfaßt hat, sind sicherlich zum einen in der Asymmetrie im Vereinigungsprozeß wie auch in den heutigen Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland zu suchen; auf die rigorose Abwertung der DDR-Kultur reagieren junge Ostdeutsche mit der Suche nach Selbstbehauptung – durch Aufwertung von Spezifika der DDR¹⁹. Ferner ist aber auch davon auszugehen, daß diejenigen, die sich auf eine spezifische ostdeutsche Identität zurückbeziehen versuchen, diese Identität bejahen. Die Sozialisation im paternalistischen Fürsorgestaat DDR ist sicherlich mit einer Voraussetzung für die Identifikation mit Werten aus dem kulturellen Kontext der DDR, die in bestimmten Tendenzen der DDR-Nostalgie zutage tritt.

VI. Topoi der DDR-Nostalgie

Ganz frei von DDR-Nostalgie sind die Jugendlichen, deren Orientierungen ich in Einzelfallstudien untersucht habe, allesamt nicht – auch wenn solche Sichtweisen sehr unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Ob ausgeprägt oder nicht, so finden sich in den einzelnen Fällen doch immer wieder dieselben Topoi des verklärenden Rückblicks auf die DDR²⁰.

19 Womit ich an die Interpretation von Detlef Pollack an-schließe: Vgl. ders., Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt, in: Soziologische Revue, (1996) 4, S. 420 ff.

20 Wobei nicht jeder der im folgenden zu nennenden Topoi in jeder Fallstudie auftaucht.

Ein erster Punkt ist „das Soziale“ (ein Begriff, den der 20jährige Matze gebraucht): Die Jugendlichen bedauern den Verlust der sozialen Sicherheit, wie sie zu DDR-Zeiten bestand, verlieren allerdings kein Wort über die Unzulänglichkeiten der sozialen Versorgung in der DDR. Sie äußern auch nicht den Vorbehalt, daß die fürsorgestaatlichen Strukturen mit Bevormundung verbunden waren. Kai preist dies sogar als Vorzug an: „Zu DDR-Zeiten mußte man arbeiten, man hat Arbeit gekriecht, man hat 'ne Lehre gekriecht, man mußte 'ne Lehre haben.“ Kerstin möchte die Freiheiten, die sie nach der politischen Wende neu gewonnen hat (Reisefreiheit, Autofahren u. a.), nicht missen – doch würde sie diese gern mit den sozialen Sicherheiten der DDR verbinden: „Die Sicherheiten hätten wir gerne übernommen. Also, ich hätte gerne meinen Arbeitsplatz sicher gehabt.“ Sven sieht in ähnlicher Weise einen Tausch von Sicherheit gegen Freiheit, der sich in seinen Augen letztlich nicht gelohnt hat; angesichts des heute bestehenden Rechts auf Kriegsdienstverweigerung meint er etwa: „... aber des, des is' nich' so die große Freiheit, na gut, die ham wir vielleicht gekriegt, aber die große Sicherheit, die wir damals hatten, die is' uns verlor'ngegangen...“

Ein zweiter Punkt der DDR-Nostalgie ist das Stereotyp der besonderen Gemeinschaftlichkeit und Solidarität zu DDR-Zeiten. Es findet sich insbesondere bei Line und Sven. Wie schon im Zusammenhang mit der sozialen Sicherheit in der DDR werden die Schattenseiten des DDR-Gemeinschaftslebens nicht wahrgenommen, beispielsweise der subtile Druck, Solidarität zu üben: Line blendet ihn vollkommen aus und bezeichnet die gegenseitige Lernhilfe unter Schülerinnen und Schülern, die von den Lehrkräften initiiert wurde, als „freiwillig“. Auch den durch die Mangelwirtschaft bedingten Zwang, in Bekanntenkreis oder Nachbarschaft Dienstleistungen auszutauschen, ignoriert sie; statt Zwang der Verhältnisse diagnostiziert sie alltägliche Solidarität. Und auch was den zu DDR-Zeiten engeren Zusammenhalt in ihrem Segelverein angeht, bedauert sie das verlorengegangene „Freundschaftsgefühl“ – ohne zu erwähnen, daß sie nach dem gesellschaftlichen Umbruch neue, recht starke Gemeinschaft gefunden hat (in der Kirche, in ihrer antifaschistischen Gruppe); auch daß intensivere Kontakte zu DDR-Zeiten oft auf das wenig differenzierte Freizeitangebot zurückzuführen waren, thematisiert Line nicht.

Ebenso beklagt sich Sven über die verlorene Verbindlichkeit der Gemeinschaft in Klassenverband, FDJ-Gruppe und Jugendclub – obwohl auch er heute in eine Clique von Jugendlichen sehr stark integriert ist und eine ganze Reihe von weiteren (unverbindlicheren) Kontakten unterhält. Die *institutionalisierten* Formen der Gemeinschaft sind dadurch seiner Ansicht nach nicht zu ersetzen. Hervorzuheben ist, daß mit Sven ein Jugendlicher, der sich an der Bürgerbewegung im Herbst 1989 aktiv beteiligte, eine solche Sicht entwickelt.

Ein dritter Punkt der DDR-Nostalgie schließlich taucht vor allem bei Kai auf: das Lob von „Sicherheit und Ordnung“ in der DDR, der Beifall für das autoritäre Management von Fragen der „inneren Sicherheit“; dazu zählen das Niedrighalten von Kriminalität und die weitgehende Abwehr von Drogeneinfuhr. Auch die massive Beschränkung von Einwanderung begreift er als ein zentrales Moment von Ordnung. Gerade hier liegen auch Anknüpfungspunkte für rassistische und rechtsextreme Deutungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Den verschiedenen Aspekten der DDR-Nostalgie gemeinsam ist die durchgängige gegensätzliche Wahrnehmung der Lebensverhältnisse in der DDR einerseits und im vereinigten Deutschland andererseits. Die DDR dient stets als Gegenwelt zu den Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik. Das konkrete Gegenbild erleichtert die Kritik an schwierigen Bedingungen in der Gegenwart, mit denen die Jugendlichen unzufrieden sind. Im Gefolge der DDR-Nostalgie haben die Interviewten stets eine Art Schuldigen zur Verfügung: Schuld an der Beseitigung der DDR-Kultur ist aus dieser Sicht die Vereinigung von BRD und DDR; und die Konditionen, nach denen diese Vereinigung vollzogen worden ist, hat im Prinzip „der Westen“ bestimmt – sein Gesellschaftsmodell wurde in Ostdeutschland eingeführt. Und so ist der Schuldige an allerlei Mißhelligkeiten der Gegenwart am Ende „der Westen“. Durch solche einfachen Schuldzuweisungen wird die Auseinandersetzung mit komplexen Zusammenhängen und Ursachen, die hinter aktuellen sozialen Problemen stehen, verzichtbar. Eine solche gedankliche Reduzierung sozialer Komplexität ist offenbar auch für solche Jugendliche attraktiv, die mit vielen ihrer Orientierungen Trägerinnen und Träger der gesellschaftlichen Moderne sind.

Auf Grund eines technischen Versehens fehlten in der Ausgabe B 43–44 die folgenden Zusammenfassungen.

Peter Steinbach: Der 9. November in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und in der Erinnerung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43–44/99, S. 3–11

1918 wurde die Weimarer Republik ausgerufen. Fünf Jahre später, am 9. November 1923, versuchte Hitler erstmals, die Macht zu ergreifen. Geprägt wurde die Erinnerung an den 9. November aber vor allem durch die Verfolgung der deutschen Juden durch die Nationalsozialisten; der 9. November stand deshalb zunehmend im Schatten des Parteipogroms von 1938, das im Volksmund „Reichskristallnacht“ genannt wurde. Ein Jahr nach dem 50. Jahrestag dieses belastenden Ereignisses fiel in Berlin am 9. November 1989 die Mauer; wenig später stürzte die Führung des SED-Staates und machte den Weg für den Beitritt der fünf neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes frei. Die Vielfalt der Erinnerungsbezüge eröffnet die Möglichkeit, am 9. November ein Spektrum deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert vor das Auge zu rücken. Die Erinnerungsbezüge lassen sich miteinander verknüpfen und begründen zugleich Prinzipien des politischen Miteinanders in der Reflexion über grundlegende Daten deutscher Geschichte im Zeitalter der Diktaturen.

Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer – Sternstunde einer friedlichen Revolution

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43–44/99, S. 12–19

Als eine der Sternstunden der europäischen Revolutionen des Jahres 1989 steht der Fall der Mauer, zusammen mit der Demontage des „Eisernen Vorhangs“ im Mai und der Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich für DDR-Bürger im September 1989, zugleich als Symbol für das Ende des Kalten Krieges, für die Aufhebung der politischen Teilung Deutschlands und des europäischen Kontinents. Der Beitrag rekonstruiert die unmittelbare Vorgeschichte und den Verlauf des 9. November 1989. Er entschlüsselt die äußeren und inneren Einwirkungen auf die Handlungs- und Entscheidungsprozesse und das Durcheinander der Einzelhandlungen im Partei- und Staatsapparat der DDR. Er macht deutlich, daß die Mauer gegen alle Absichten und Planungen der politischen Akteure fiel.

Peter Förster: Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43–44/99, S. 20–31

Eine Längsschnittstudie, die 1987 bei damals 14jährigen sächsischen Schülern gestartet wurde, begleitet seitdem mit bisher 13 Untersuchungswellen den Weg dieser Jugendlichen von den letzten Jahren der DDR über die Wende hinweg in das vereinte Deutschland: vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Besonders die Zeitreihen zur gesellschaftlichen und persönlichen Zukunftszuversicht machen die gravierenden krisenhaften Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld der Teilnehmer deutlich, zuerst in der Endzeit der DDR, später in Ostdeutschland. Die Daten lassen erkennen, daß die persönlichen Zukunftsmöglichkeiten dieser Jugendlichen zum zweiten Mal in einem lebensgeschichtlich kurzen Zeitraum durch gesellschaftliche Krisenerscheinungen beeinträchtigt werden. Hinsichtlich ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen befinden sie sich nach wie vor in einem intensiven Such- und Wandlungsprozeß, dessen Ergebnisse heute noch nicht absehbar sind.

Klaus-Peter Schwitzer: Ältere und alte Menschen in den neuen Bundesländern im zehnten Jahr nach der Wende. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43–44/99, S. 32–39

Der Beitrag behandelt sozialwissenschaftliche Veränderungen in den Einkommensverläufen, den Wohnbedingungen und der Erwerbstätigkeit älterer Menschen im bisher abgelaufenen Vereinigungsprozeß in Ostdeutschland. Es wird dargestellt, wie die Lebensbedingungen wahrgenommen werden und wie sich die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen entwickelt hat. Einkommen und Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner haben sich – trotz noch vorhandener Unterschiede – an das westdeutsche Niveau angenähert. Dagegen werden die Erwerbsbiographien und Einkommensverläufe jüngerer Altersgruppen künftig zu neuen und stärkeren sozialen Ungleichheiten führen, wovon vor allem Frauen betroffen sein werden. Seit Mitte der neunziger Jahre findet in Ostdeutschland eine Neubewertung von Lebensbedingungen statt. Dabei werden der Verlust des Arbeitsplatzes und die Erosion der sozialen Sicherungssysteme anders bewertet als Gewinne an Konsum und Reisemöglichkeiten sowie die demokratisch-politische und individuelle Freiheit.

Frank Brunssen: Die Revolution in der DDR. Ambivalenzen einer Selbstbefreiung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/99, S. 3–14

Die DDR war ein Staat, der das Projekt der Aufklärung stillgelegt und statt dessen die Bevormundung seiner Bürger zum Programm erhoben hatte. Im Herbst 1989 weckte die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung das Land aus dem „Schlaf der Vernunft“ (Christoph Hein), indem sie den Kampf für die Freiheit öffentlich machte. Als am 9. Oktober 70 000 Demonstranten in Leipzig der Staatsmacht gewaltlos die Stirn boten, gelang der Revolution der entscheidende Durchbruch. Der Mauerfall am 9. November besiegelte einen Monat darauf das eigentliche Ziel der Revolution: die Freiheit. Eine Minderheit demokratischer Sozialisten träumte den „Traum der Vernunft“ und glaubte an die Verwirklichung eines Dritten Weges. Dieser erschien dem Volk jedoch nie als echte Alternative. Die friedlich geglückte Selbstbefreiung der Ostdeutschen, die ihre Inspiration auch aus den Imperativen der Tradition der Aufklärung bezog, hat bis heute im kollektiven Bewußtsein der Deutschen immer noch keinen angemessenen Platz gefunden. Dies erweckt den Eindruck, als hätte man im vereinigten Deutschland den Wert der erkämpften Freiheit nicht wirklich begriffen.

Mark R. Thompson: Die „Wende“ in der DDR als demokratische Revolution

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/99, S. 15–23

Warum hat man zehn Jahre nach dem Fall der Mauer längst aufgehört, von einer *demokratischen Revolution* zu sprechen und benutzt statt dessen die ursprüngliche SED-Formulierung „Wende“? Haben es die Deutschen verlernt, positive Ereignisse und Begriffe ihrer Zeitgeschichte angemessen zu bezeichnen und zu würdigen? Manche Kritiker, vor allem die „Revolutionäre“ selbst, behaupten, es habe sich bei den Ereignissen von 1989/90 nicht um eine wirkliche Revolution gehandelt. Die Enttäuschung vieler Bürgerrechtler über die politische Entwicklung seit 1990 erklärt die Ablehnung des Revolutionsbegriffes aber nicht vollständig. Für viele Revolutionsforscher muß eine „echte“ Revolution u.a. gewalttätig und streng organisiert sein. Die ostdeutsche Revolution hingegen war friedlich, spontan und städtisch. Oft wird auch verkannt, wer die eigentlichen Revolutionäre waren. Die Bürgerrechtler waren zu einem größeren Teil Revolutionäre wider Willen. Die Fixierung der Forschungsliteratur auf die Bürgerbewegung deutet darauf hin, daß die ostdeutsche Revolution weitgehend mißverstanden wird. Die „Abwanderung“ der Ausreisenden und Flüchtlinge war in ihren politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen letztlich wichtiger als der politische „Widerspruch“ der Bürgerrechtler.

Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter: Deutsche – zehn Jahre nach der Wende. Ergebnisse einer vergleichenden Ost-West-Untersuchung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/99, S. 24–31

Im April 1999 wurden 1 000 Westdeutsche und 1 000 Ostdeutsche im Alter von 14 bis 50 Jahren befragt über ihre Lebenszufriedenheit, ihr soziales Umfeld, ihre Partnerschaft und ihre Familien sowie über Zukunftserwartungen und politische Einstellungen. Die Ergebnisse zeigen, daß auch knapp zehn Jahre nach der Wende die Kluft zwischen Ost- und Westdeutschen noch nicht geschlossen werden konnte und es ganz im Gegenteil momentan eher nach einer Vertiefung der Gegensätze aussieht. Während die materiellen Lebensbedingungen im Osten wesentlich schlechter beurteilt werden als im Westen, schildern Ostdeutsche zugleich eine größere Zufriedenheit mit dem privaten Bereich. Die Zukunftsaussichten werden im Osten deutlich pessimistischer bewertet. Skepsis herrscht in beiden Landesteilen über das Zusammenwachsen in Deutschland. Auch eine verstärkte Spaltung in Arm und Reich wird in beiden Landesteilen befürchtet. Offensichtlich glauben jedoch die Westdeutschen, eher zu den Gewinnern, die Ostdeutschen, eher zu den Verlierern zu gehören.

Thomas Rausch: Zwischen Freiheitssuche und DDR-Nostalgie. Lebensentwürfe und Gesellschaftsbilder ostdeutscher Jugendlicher

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/99, S. 32–38

In den Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher zeichnet sich eine tiefgreifende Ambivalenz ab: Auf der einen Seite stehen Orientierungen, in denen sich – wie im Westen – ein grundlegender soziokultureller Wandel spiegelt und damit die Wirkungen des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Auf der anderen Seite ist eine nostalgische Rückschau auf Strukturen der untergegangenen DDR-Gesellschaft zu verzeichnen, was als Widerstand gegen die Folgen der Modernisierung verstanden werden kann: Die DDR wird als positive Gegenwelt zu den oft schwierigen Bedingungen der Gegenwart konstruiert. Eine solche vereinfachende Sicht reduziert gesellschaftliche Komplexität; das Umgehen mit einer modernen, unübersichtlichen Gesellschaft sowie mit deren sozialen Problemen wird auf diese Weise erleichtert. Der Beitrag beleuchtet diese Thematik anhand der Ergebnisse von Fallstudien, die auf soziobiographischen Interviews beruhen.